



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

---

SKOPJE

---

2023

**Dreißigstes  
Treffen des Ministerrats  
30. November und 1. Dezember 2023**

**Beschlüsse des Ministerrats**

**Erklärungen des  
Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und der Delegationen**

**Berichte an den Ministerrat**

**Skopje 2023**

1 December 2023

GERMAN  
Original: ENGLISH

Hinweis: Personenbezeichnungen, die in diesem Dokument aus Gründen der Lesbarkeit nur in der männlichen Form wiedergegeben sind, umfassen Personen jeden Geschlechts.

MC30GW76

# INHALTSVERZEICHNIS

Seite

## I. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS

Beschluss Nr. 1/23 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats .....	3
Beschluss Nr. 2/23 über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2024 .....	4
Beschluss Nr. 3/23 über die Verlängerung der Bestellung der Generalsekretärin der OSZE.....	10
Beschluss Nr. 4/23 über die Bestellung des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte .....	15
Beschluss Nr. 5/23 über die Verlängerung der Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten .....	20
Beschluss Nr. 6/23 über die Verlängerung der Bestellung der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit.....	25

## II. ERKLÄRUNGEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE UND DER DELEGATIONEN

Eröffnungserklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE.....	33
Erklärung der Delegation Finnlands .....	39
Erklärung der Delegation Italiens .....	41
Erklärung der Delegation Tschechiens .....	43
Erklärung der Delegation Polens .....	45
Erklärung der Delegation Rumäniens .....	47
Erklärung der Delegation Armeniens .....	50
Erklärung der Delegation Japans (Kooperationspartner).....	52
Erklärung der Delegation von Türkei .....	54
Erklärung der Vertreterin der Europäischen Union .....	56
Erklärung der Delegation Luxemburgs (auch im Namen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika).....	59
Erklärung der Delegation des Vereinigten Königreichs .....	61
Erklärung der Delegation Islands (auch im Namen von Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Tschechien, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika) ...	63

Erklärung der Delegation Schwedens (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Portugal, Rumänien, San Marino, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern) .....	65
Erklärung der Delegation Dänemarks (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern) .....	68
Erklärung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika .....	71
Erklärung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und Zypern) .....	73
Erklärung der Delegation Kanadas .....	76
Erklärung der Delegation der Russischen Föderation (auch im Namen der Republik Belarus, der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik und der Republik Tadschikistan) .....	78
Erklärung der Delegation der Russischen Föderation .....	81
Erklärung des Vorsitzenden (auch im Namen von Polen, Malta und Finnland) .....	83
Erklärung der Delegation Nordmazedoniens (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern) .....	87
Erklärung der Delegation Nordmazedoniens (auch im Namen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien) .....	90
Schlussklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE .....	93

III.    BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

Bericht der Generalsekretärin an das  
dreißigste Treffen des Ministerrats .....99

Schreiben der Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation an den  
Minister für auswärtige Angelegenheiten Nordmazedoniens und  
Vorsitzenden des dreißigsten Treffens des Ministerrats der OSZE..... 104



# **I. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS**



**BESCHLUSS Nr. 1/23**  
**ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN TREFFENS DES**  
**OSZE-MINISTERRATS**

(MC.DEC/1/23/Corr.1 vom 25. Januar 2023)

Der Ministerrat

beschließt, das dreißigste Treffen des OSZE-Ministerrats am 30. November und 1. Dezember 2023 in Skopje abzuhalten.

**Anlage zu MC.DEC/1/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG**  
**GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER**  
**GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR**  
**SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Die Russische Föderation schließt sich dem Konsens zum Beschluss des Ständigen Rates über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats an und geht dabei davon aus, dass Nordmazedonien als Gastgeber dieser Veranstaltung sowie alle Durchreiseländer umfassende Maßnahmen ergreifen werden, um sicherzustellen, dass alle Vertreterinnen und Vertreter ausnahmslos aller OSZE-Teilnehmerstaaten auf der von ihnen selbst gewählten politischen Ebene nach Skopje kommen können. Das bedeutet, dass es keine Diskriminierung hinsichtlich der Zusammensetzung der nationalen Delegationen geben wird und dass die Mitglieder der Delegationen nicht daran gehindert werden, mit dem Mittel ihrer Wahl, darunter auch Sonderflüge, zum Tagungsort des Ministerrats zu fliegen oder zu reisen. In diesem Zusammenhang nehmen wir die Erklärungen des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE zur Kenntnis, dass Nordmazedonien alle erforderlichen Anstrengungen zu diesem Zweck unternehmen wird.

Wir betonen, dass eine nicht ordnungsgemäße Umsetzung der OSZE-Dokumente, die die Einberufung des Ministerrats regeln, die Verabschiedung von Beschlüssen und Dokumenten auf dem Treffen unmöglich machen wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates aufzunehmen.“

**BESCHLUSS Nr. 2/23**  
**OSZE-VORSITZ IM JAHR 2024**  
(MC.DEC/2/23/Corr.1 vom 1. Dezember 2023)

Der Ministerrat –

erfreut über die Bereitschaft Maltas, im Jahr 2024 die Funktion des OSZE-Vorsitzes zu übernehmen –

beschließt, dass Malta im Jahr 2024 den Vorsitz in der OSZE führen wird.

**Anlage 1 zu MC.DEC/2/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG**  
**GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER**  
**GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR**  
**SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Maltas:

„Herr Vorsitzender,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich Dir, lieber Bujar, sowie den geschätzten Vertreterinnen und Vertretern der Teilnehmerstaaten für das im Hinblick auf die Übernahme des Vorsitzes im Jahr 2024 in Malta gesetzte Vertrauen danken.

Unter absolut beispiellosen Umständen ist Malta diesem Ersuchen nachgekommen. Wir waren damit einverstanden, diese so wichtige Funktion zu übernehmen, da wir nach wie vor fest an diese OSZE, ihre Relevanz und das Konsensprinzip glauben, das seit ihren Anfängen im Jahre 1975 der *raison d'être* der Organisation zugrunde liegt. Dieses Prinzip bleibt das Fundament unseres gemeinsamen Handelns und unserer gemeinschaftlichen Verantwortung.

Wir sind erfreut, dass wir, wenn auch erst recht spät am Tage, als OSZE-Gemeinschaft einen Konsens erzielt haben. Dies beweist unser gemeinsames Bestreben, die Organisation zu retten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie im Interesse von unser aller Wohl erneut aufblühen kann.

Herr Vorsitzender,

wir sind Estland für seine Kandidatur zutiefst dankbar. Wie auch die Europäische Union stand Malta voll und ganz hinter der Kandidatur Estlands. Estland achtet die OSZE-Verpflichtungen und erfüllt alle nötigen Kriterien, um die Organisation als Vorsitz zu leiten. Wir bedauern, dass über die Kandidatur Estlands nicht der nötige Konsens erzielt werden konnte. Für uns bleibt Estland ein solider, relevanter und zuverlässiger Partner.

Herr Vorsitzender,

Malta übernimmt seine Rolle als Vorsitz für das Jahr 2024 mit allergrößtem Engagement.

In den sechzig Jahren, seit wir 1964 die Unabhängigkeit erlangt haben, war die Außenpolitik Maltas stets in einer Gesamtheit an unerschütterlichen Überzeugungen verwurzelt, darunter das Bekenntnis zur Wahrung völkerrechtlicher Prinzipien und Verpflichtungen. Durch seine geografische Lage als Drehscheibe mitten im Mittelmeer hat sich Malta seit jeher der Mission verschrieben, als Brückenbauer zu fungieren, Verbindungen schaffen zu helfen und die Zusammenarbeit zu fördern.

Zum ersten Mal den Vorsitz in dieser ehrwürdigen Organisation antreten zu dürfen, ist für mein Land ein geschichtsträchtiger Moment. Die große Verantwortung und Aufgabe, die wir vor uns haben, ehrt uns, erfüllt uns aber auch mit Demut.

Um dieser Rolle gerecht zu werden, sind wir auf eine enge Zusammenarbeit mit allen Teilnehmerstaaten sowie deren Unterstützung im Sinne der Erfüllung des Mandats der OSZE und einer Rückbesinnung auf unsere gemeinsamen Werte unter uneingeschränkter Achtung unserer vereinbarten Prinzipien und Verpflichtungen angewiesen.

Wie es das Motto Deines Vorsitzes – „es geht um die Menschen“ – so schön zum Ausdruck bringt, ist das Allerwichtigste, dass wir in unseren Beziehungen an deren Verbesserung und Intensivierung und am Verbindenden arbeiten, um zum Wohle aller das Misstrauen zu überwinden und neues Vertrauen aufzubauen.

Danke.“

**Anlage 2 zu MC.DEC/2/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2024 möchten die Vereinigten Staaten folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Vereinigten Staaten begrüßen, dass Malta mit dem Vorsitz für das Jahr 2024 betraut wird. Wir danken Malta dafür, dass es dem Aufruf gefolgt ist, die OSZE in dieser kritischen Zeit zu leiten. Wir sind voller Zuversicht, dass Malta ein prinzipientreuer und fähiger Vorsitz sein wird, der die fortgesetzte Handlungsfähigkeit der OSZE im kommenden Jahr sicherstellt.

Wir sind auch Estland für seine Bereitschaft dankbar, die Organisation zu leiten, und freuen uns auf einen estnischen Vorsitz in der Zukunft.

Dieser Beschluss wurde in allerletzter Minute gefasst – was nicht sein dürfte. Wir möchten eine der Delegationen an ihre Verpflichtung erinnern, dass ‚in der Regel zwei Jahre vor Funktionsbeginn des Vorsitzes‘ ein Vorsitz zu bestimmen ist.

Wir freuen uns darauf, Malta bei der Übernahme des Vorsitzes in jeder erdenklichen Weise zu unterstützen.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages beifügen zu lassen.“

**Anlage 3 zu MC.DEC/2/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2024 möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Absatz IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich begrüßt die Betrauung Maltas und wünscht dem Land viel Erfolg bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Vorsitz im Jahr 2024. Besonders zu schätzen wissen wir seine Bereitschaft, dem Aufruf seiner Partner unter den Teilnehmerstaaten zu folgen und diese wichtige Verpflichtung zu einem so späten Zeitpunkt zu übernehmen. Wir sichern Malta die volle Unterstützung des Vereinigten Königreichs bei der Vorbereitung und Ausübung des Vorsitzes zu. Wir fordern andere auf, es uns gleichzutun.

Das Vereinigte Königreich dankt dem derzeitigen Vorsitz Nordmazedonien, dass er sich im letzten Jahr nach Treu und Glauben darum bemüht hat, eine Lösung in dieser Frage herbeizuführen.

Wir haben die Kandidatur Estlands mit Nachdruck unterstützt. Das Vereinigte Königreich stellt mit Bedauern fest, dass sich zwei Teilnehmerstaaten dem Konsens über diese Kandidatur nicht anschließen konnten. Estland wäre ein prinzipienfester und kompetenter Vorsitz gewesen – und könnte es auch in Zukunft noch sein.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Norwegens (auch im Namen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Kanada, Liechtenstein, Moldau, Monaco, der Schweiz, der Ukraine und dem Vereinigten Königreich):

„Ich äußere mich im Namen der Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Kanada, Liechtenstein, Moldau, Monaco, Schweiz, Ukraine und Vereinigtes Königreich sowie meines eigenen Landes, Norwegen, in Bezug auf den Beschluss über den OSZE-Vorsitz für das Jahr 2024. In diesem Zusammenhang möchten wir folgende Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Unsere Delegationen billigen diesen Beschluss und sprechen dem Vorsitz Nordmazedonien ihre Dankbarkeit für seine herausragende Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir sind Malta zutiefst dankbar dafür, dass es sich bereiterklärt hat, mit der Übernahme des Vorsitzes für 2024 die Arbeitsfähigkeit der OSZE aufrechtzuerhalten. Diese Geste beweist das Engagement und die Fähigkeiten Maltas, und wir versprechen, ihm bei all seinen Bemühungen mit voller Unterstützung zur Seite zu stehen. Die Nominierung Maltas als OSZE-Vorsitz 2024 genießt unsere uneingeschränkte Billigung, und wir freuen uns auf eine fruchtbare und kooperative Beziehung während seiner Amtszeit.

Wir bedauern zutiefst, dass Russland und Belarus die Kandidatur Estlands für den OSZE-Vorsitz 2024 vereitelt haben. Wir glauben, dass Estland ein prinzipientreuer und zuverlässiger OSZE-Vorsitz gewesen wäre. Wir danken Estland für seine Bereitschaft zur Übernahme der Führung der Organisation.

Das Konsensprinzip ist Teil der DNA der OSZE und bildet das Fundament, auf dessen Grundlage gemeinschaftlich Beschlüsse gefasst werden. In unserem Streben nach einer kooperativen Entscheidungsfindung müssen wir uns vor einem Missbrauch des Konsensprinzips für einseitige Zwecke in Acht nehmen, der die Grundfesten unseres kollektiven Vertrauens und unserer Zusammenarbeit untergräbt.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Spaniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2024 möchte die Europäische Union folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Europäische Union hat sich dem Konsens über die Verabschiedung dieses Beschlusses angeschlossen und spricht dem Vorsitz Nordmazedonien ihre Anerkennung für die engagierten Bemühungen um die Konsensfindung in Angelegenheiten von hoher Dringlichkeit für die Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir danken Malta dafür, dass es sich bereiterklärt hat, in letzter Minute einzuspringen, um die Arbeitsfähigkeit der Organisation aufrechtzuerhalten, und den OSZE-Vorsitz 2024 zu übernehmen. Wir würdigen Malts Einsatz für die Wahrung der Werte und Prinzipien der Organisation. Diesbezüglich bringt die Europäische Union ihre volle Unterstützung für die Nominierung Malts für den OSZE-Vorsitz 2024 zum Ausdruck und freut sich auf eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit während seiner Amtszeit.

Wir äußern erneut unser tiefes Bedauern darüber, dass wieder genau zwei Teilnehmerstaaten, Russland und sein Mittäter im fortgesetzten Angriffskrieg gegen die Ukraine – Belarus – die Kandidatur Estlands für den OSZE-Vorsitz 2024 blockiert haben. Die Europäische Union hat die Kandidatur Estlands stets entschlossen unterstützt und ist zuversichtlich, dass Estland ein prinzipientreuer und zuverlässiger Vorsitz wäre.

Wir weisen erneut drauf hin, dass alle Teilnehmerstaaten verantwortlich dafür sind, die für die Wirksamkeit der OSZE nötigen Beschlüsse zu erleichtern, statt sie zu blockieren, indem sie die Konsensregel als Waffe einsetzen.

Die Bewerberländer Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup>, Albanien<sup>1</sup>, Ukraine, Republik Moldau und Bosnien und Herzegowina<sup>1</sup>, das potenzielle Bewerberland Georgien sowie Andorra schließen sich dieser Erklärung an.“

---

1 Nordmazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien und Herzegowina nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Armeniens:

„Herr Vorsitzender,

die Delegation der Republik Armenien möchte im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2024 folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Wir möchten Malta für seine Bereitschaft danken, die Führung dieser Organisation in diesen herausfordernden Zeiten zu übernehmen. Wir sind uns bewusst, dass es unter den gegebenen Umständen kein Leichtes war, diese Entscheidung zu treffen. Die Bereitschaft Maltas, mit seiner wertvollen Führungsstärke und Hilfe die Pattsituation in der OSZE aufzulösen, genießt große Wertschätzung und uneingeschränkte Billigung seitens Armeniens.

Wir sind bereit, uns mit Malta hinsichtlich der Erfüllung seines Mandats im Jahr 2024 konstruktiv auszutauschen und es dabei zu unterstützen.

Ich ersuche darum, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.

Danke.“

**BESCHLUSS Nr. 3/23**  
**VERLÄNGERUNG DER BESTELLUNG DER**  
**GENERALSEKRETÄRIN DER OSZE**

(MC.DEC/3/23/Corr.1 vom 1. Dezember 2023)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf den Beschluss des dritten Treffens des Ministerrats in Stockholm 1992 über die Schaffung des Amtes eines Generalsekretärs, den Ministerratsbeschluss Nr. 15/04 vom 7. Dezember 2004 über die Rolle des Generalsekretärs der OSZE, den Ministerratsbeschluss Nr. 18/06 vom 5. Dezember 2006 über die weitere Stärkung der Wirksamkeit der Durchführungsorgane der OSZE und den Ministerratsbeschluss Nr. 3/08 vom 22. Oktober 2008 über die Dauer des Dienstverhältnisses des OSZE-Generalsekretärs,

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass die Generalsekretärin der OSZE ihre Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat der Generalsekretärin der OSZE wahrnimmt,

in Anbetracht der Tatsache, dass die Amtszeit der derzeitigen Generalsekretärin der OSZE, Helga Maria Schmid, am 3. Dezember 2023 endet –

beschließt, dass als außerordentliche vorübergehende Maßnahme zur Sicherstellung eines für die OSZE wesentlichen Maßes an Führung in einer Zeit, in der eine Bestellung für eine reguläre Amtsperiode nicht erfolgen kann, Helga Maria Schmid bis zum 3. September 2024 als Generalsekretärin der OSZE im Amt bleibt.

**Anlage 1 zu MC.DEC/3/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG**  
**GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER**  
**GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR**  
**SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Verlängerung der Bestellung der Generalsekretärin der OSZE möchten die Vereinigten Staaten von Amerika folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die Verlängerung der Bestellung von Generalsekretärin Helga Schmid. Auch wenn wir uns dem Konsens über diesen Beschluss als außergewöhnliche vorübergehende Maßnahme angeschlossen haben, die dafür sorgen soll, dass die OSZE weiterhin eine Führung hat, hätte es sich eigentlich um eine reguläre Wiederbestellung auf drei Jahre handeln müssen. Dieser Beschluss schafft keinen Präzedenzfall für künftige Bestellungen oder Wiederbestellungen der Generalsekretärin/des Generalsekretärs.

Wir unterstützen die Arbeit der Generalsekretärin und des OSZE-Sekretariats. Wir erinnern daran, dass sich die Autorität der Generalsekretärin/des Generalsekretärs aus den gemeinsamen Beschlüssen der Teilnehmerstaaten ableitet und sie/er unter Anleitung des oder der Amtierenden Vorsitzenden handelt. Er/sie hat das höchste administrative Amt der OSZE inne und hat unter anderem die Aufgabe, als Vertreter/in des/der Amtierenden Vorsitzenden zu handeln und ihn/sie bei allen auf die Erfüllung der Ziele der OSZE ausgerichteten Aktivitäten zu unterstützen.

Nichts in diesem Beschluss darf als Änderung des Mandats des Generalsekretärs/der Generalsekretärin oder als Einschränkung seiner/ihrer Tätigkeit in Wahrnehmung seines/ihrer Mandats ausgelegt werden.

Abschließend möchten die Vereinigten Staaten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die die Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse der Organisation verabschiedet haben, und daher in erster Linie sie selbst für deren Umsetzung verantwortlich sind.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.“

**Anlage 2 zu MC.DEC/3/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem sich die Russische Föderation dem Konsens über die Verlängerung der Funktionsperiode der Generalsekretärin der OSZE angeschlossen hat, möchte sie den außergewöhnlichen Charakter dieses Beschlusses, der die Leiterin dieses OSZE-Durchführungorgans nicht von ihrer Verantwortung für die strikte Einhaltung ihres von den Teilnehmerstaaten dieser Organisation verabschiedeten Mandats entbindet, unterstreichen.

Wir gehen davon aus, dass der designierte maltesische Vorsitz Anfang 2024 unverzüglich ein Auswahlverfahren zur Besetzung des gegenständlichen Postens starten wird.

Wir ersuchen, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und sie in das Journal der heutigen Sitzung aufzunehmen.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Spaniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Generalsekretärin, Helga Maria Schmid, möchte die Europäische Union folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben:

Die Europäische Union unterstützt die Verlängerung der Mandate für die vier wichtigsten Führungspositionen voll und ganz. Mit dieser Vorgehensweise wird das ordnungsgemäße Funktionieren der Organisation und ihres umfassenden Sicherheitskonzepts sichergestellt – insbesondere in dieser schwierigen Zeit, die vom fortgesetzten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geprägt ist.

Die Europäische Union begrüßt die Verlängerung des Mandats von Helga Maria Schmid. Wir unterstützen die Arbeit der Generalsekretärin und des OSZE-Sekretariats voll und ganz.

Wir bedauern jedoch zutiefst, dass aufgrund der Position eines einzelnen Teilnehmerstaates weder zu der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Wiederbestellung für drei Jahre noch zu der vom Vorsitz als Kompromisslösung vorgeschlagenen Verlängerung um ein Jahr ein Konsens erzielt wurde.

Unseres Erachtens stellt eine Verlängerung um neun Monate eine außergewöhnliche Maßnahme dar, die nicht ausreicht, um die notwendige Kontinuität und das nötige Maß an ordnungsgemäßer Verwaltung zu gewährleisten. Wir betonen, dass dies keineswegs einen Präzedenzfall für die Zukunft schafft.

Wir rufen alle Teilnehmerstaaten auf, anzuerkennen, wie wichtig es ist, für die Kontinuität der OSZE unter einer starken Führung zu sorgen, insbesondere in einer Zeit, in der ihre Prinzipien, Verpflichtungen und Werte für unsere gemeinsame Sicherheit entscheidender sind denn je.

Wir ersuchen darum, diese interpretative Erklärung dem Beschluss beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.

Die Bewerberländer Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup>, Albanien<sup>1</sup>, Ukraine, Republik Moldau und Bosnien und Herzegowina<sup>1</sup>, das potenzielle Bewerberland Georgien sowie Andorra schließen sich dieser Erklärung an.“

---

1 Nordmazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien und Herzegowina nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kanadas (auch im Namen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Monaco, Montenegro, Norwegen, der Schweiz und der Ukraine):

„Ich äußere mich im Namen der Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Monaco, Montenegro, Norwegen, Schweiz und Ukraine sowie meines eigenen Landes, Kanada, in Bezug auf den Beschluss über die Verlängerung der Bestellung der OSZE-Generalsekretärin, Helga Schmid. In diesem Zusammenhang möchten wir folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Unsere Delegationen billigen diese Beschlüsse und sprechen dem Vorsitz Nordmazedonien erneut ihre Dankbarkeit für seine herausragende Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir möchten unsere Wertschätzung für die derzeitigen Leiterinnen und Leiter der Durchführungsorgane und unser Vertrauen in sie zum Ausdruck bringen. Seit langem vertreten wir den Standpunkt, dass eine vollständige Verlängerung aller vier Mandate um drei Jahre zu unterstützen wäre.

Wir bedauern zutiefst, dass kein Konsens zu einer Wiederbestellung für drei Jahre erzielt werden konnte. Im Geiste der Zusammenarbeit unterstützen wir die derzeitige kürzere Verlängerung als eine vorübergehende und außergewöhnliche Maßnahme, die jedoch keineswegs als Präzedenzfall für künftige Beschlüsse in Bezug auf die Führung der Organisation angesehen werden sollte.

Das Konsensprinzip, das für die OSZE wesentliche Bedeutung hat, bildet die Grundlage für unsere kooperative Entscheidungsfindung. Wir müssen uns davor in Acht nehmen, dass es für individuelle Agenden missbraucht wird, denn das untergräbt unser gemeinsames Vertrauen und unsere Zusammenarbeit.

Wir ersuchen darum, diese Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Verlängerung der Bestellung der Generalsekretärin der OSZE möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich schließt sich dem Konsens über die Verlängerung der Bestellung der OSZE-Generalsekretärin an und wünscht dieser viel Erfolg. Wir schätzen ihre Bereitschaft, diese wichtige Funktion weiter wahrzunehmen – und das zu einem so späten Zeitpunkt –, ganz besonders. Wir sagen ihr die uneingeschränkte Unterstützung des Vereinigten Königreichs zu und laden andere ein, es uns gleichzutun.

Das Vereinigte Königreich bedauert, dass wir diese Beschlüsse als außerordentliche vorübergehende Maßnahmen verabschieden mussten.

Wir stellen jedoch fest, dass dieser Beschluss zusammen mit der Bestellung des neuen Vorsitzes und anderer Führungspositionen die Berechenbarkeit und Stabilität der OSZE in einer besonders schwierigen Zeit stärkt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“

**BESCHLUSS Nr. 4/23**  
**BESTELLUNG DES DIREKTORS DES BÜROS FÜR**  
**DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE**  
(MC.DEC/4/23/Corr.1 vom 1. Dezember 2023)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf die Charta von Paris von 1990 und den Beschluss des Ministerrats bei seinem zweiten Treffen 1992 in Prag betreffend die Entwicklung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR),

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass der Direktor des ODIHR seine Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat des ODIHR wahrnimmt,

in Anbetracht der Tatsache, dass die Amtszeit des derzeitigen Direktors des ODIHR, Matteo Mecacci, am 3. Dezember 2023 endet –

beschließt, dass als außerordentliche vorübergehende Maßnahme zur Sicherstellung eines für das ODIHR wesentlichen Maßes an Führung in einer Zeit, in der eine Bestellung für eine reguläre Amtsperiode nicht erfolgen kann, Matteo Mecacci bis zum 3. September 2024 als Direktor des ODIHR im Amt bleibt.

**Anlage 1 zu MC.DEC/4/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG**  
**GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER**  
**GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR**  
**SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung des Direktors des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) möchten die Vereinigten Staaten von Amerika folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die Verlängerung der Bestellung des Direktors des ODIHR, Matteo Mecacci. Auch wenn wir uns dem Konsens über diesen Beschluss als außerordentliche vorübergehende Maßnahme angeschlossen haben, die dafür sorgen soll, dass die OSZE weiterhin eine Führung hat, hätte es sich eigentlich um eine reguläre Wiederbestellung auf drei Jahre handeln müssen. Dieser Beschluss schafft keinen Präzedenzfall für künftige Bestellungen oder Wiederbestellungen des Direktors des ODIHR.

Wir stehen voll und ganz hinter der Autonomie des ODIHR und unterstützen seine Arbeit. Bedauerlicherweise wird seit einigen Jahren von einigen Teilnehmerstaaten dahingehend Druck ausgeübt, die autonomen Institutionen der OSZE zu schwächen und die ihnen

zur Verfügung gestellten Mittel zu beschneiden. Nichts in diesem Beschluss darf im Sinne einer Schmälerung der Autonomie des ODIHR oder einer Einschränkung der Tätigkeit seines Direktors in Ausübung seines Mandats ausgelegt werden.

Abschließend möchten die Vereinigten Staaten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die die Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse der Organisation verabschiedet haben, und daher in erster Linie sie selbst für deren Umsetzung verantwortlich sind.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.“

**Anlage 2 zu MC.DEC/4/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem sich die Russische Föderation dem Konsens über die Verlängerung der Funktionsperiode des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte angeschlossen hat, möchte sie den außergewöhnlichen Charakter dieses Beschlusses, der den Leiter dieses OSZE-Durchführungsorgans nicht von seiner Verantwortung für die strikte Einhaltung seines von den Teilnehmerstaaten dieser Organisation verabschiedeten Mandats entbindet, unterstreichen.

Wir gehen davon aus, dass der designierte maltesische Vorsitz Anfang 2024 unverzüglich ein Auswahlverfahren zur Besetzung des gegenständlichen Postens starten wird.

Wir ersuchen, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und sie in das Journal der heutigen Sitzung aufzunehmen.“

**Anlage 3 zu MC.DEC/4/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Spaniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR),

Matteo Mecacci, möchte die Europäische Union folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Europäische Union unterstützt die Verlängerung der Mandate für die vier wichtigsten Führungspositionen voll und ganz. Mit dieser Vorgehensweise wird das ordnungsgemäße Funktionieren der Organisation und ihres umfassenden Sicherheitskonzepts sichergestellt – insbesondere in dieser schwierigen Zeit, die vom fortgesetzten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geprägt ist.

Die Europäische Union begrüßt die Verlängerung des Mandats von Matteo Mecacci. Wir unterstützen die Arbeit des Direktors des ODIHR und des Büros selbst voll und ganz.

Wir bedauern jedoch zutiefst, dass aufgrund der Position eines einzelnen Teilnehmerstaates weder zu der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Wiederbestellung für drei Jahre noch zu der vom Vorsitz als Kompromisslösung vorgeschlagenen Verlängerung um ein Jahr ein Konsens erzielt wurde.

Unseres Erachtens stellt eine Verlängerung um neun Monate eine außergewöhnliche Maßnahme dar, die nicht ausreicht, um die notwendige Kontinuität und das nötige Maß an ordnungsgemäßer Verwaltung zu gewährleisten. Wir betonen, dass dies keineswegs einen Präzedenzfall für die Zukunft schafft.

Wir rufen alle Teilnehmerstaaten auf, anzuerkennen, wie wichtig es ist, für die Kontinuität der OSZE unter einer starken Führung zu sorgen, insbesondere in einer Zeit, in der ihre Prinzipien, Verpflichtungen und Werte für unsere gemeinsame Sicherheit entscheidender sind denn je.

Wir ersuchen darum, diese interpretative Erklärung dem Beschluss beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.

Die Bewerberländer Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup>, Albanien<sup>1</sup>, Ukraine, Republik Moldau und Bosnien und Herzegowina<sup>1</sup>, das potenzielle Bewerberland Georgien sowie Andorra schließen sich dieser Erklärung an.“

**Anlage 4 zu MC.DEC/4/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kanadas (auch im Namen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Monaco, Montenegro, Norwegen, der Schweiz und der Ukraine):

---

<sup>1</sup> Nordmazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien und Herzegowina nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

„Ich äußere mich im Namen der Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Monaco, Montenegro, Norwegen, Schweiz und Ukraine sowie meines eigenen Landes, Kanada, in Bezug auf den Beschluss über die Bestellung des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Matteo Mecacci. In diesem Zusammenhang möchten wir folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Unsere Delegationen billigen diese Beschlüsse und sprechen dem Vorsitz Nordmazedonien erneut ihre Dankbarkeit für seine herausragende Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir möchten unsere Wertschätzung für die derzeitigen Leiterinnen und Leiter der Durchführungsorgane und unser Vertrauen in sie zum Ausdruck bringen. Seit langem vertreten wir den Standpunkt, dass eine vollständige Verlängerung aller vier Mandate um drei Jahre zu unterstützen wäre.

Wir bedauern zutiefst, dass kein Konsens zu einer Wiederbestellung für drei Jahre erzielt werden konnte. Im Geiste der Zusammenarbeit unterstützen wir die derzeitige kürzere Verlängerung als eine vorübergehende und außergewöhnliche Maßnahme, die jedoch keineswegs als Präzedenzfall für künftige Beschlüsse in Bezug auf die Führung der Organisation angesehen werden sollte.

Das Konsensprinzip, das für die OSZE wesentliche Bedeutung hat, bildet die Grundlage für unsere kooperative Entscheidungsfindung. Wir müssen uns davor in Acht nehmen, dass es für individuelle Agenden missbraucht wird, denn das untergräbt unser gemeinsames Vertrauen und unsere Zusammenarbeit.

Wir ersuchen darum, dass die vollständige interpretative Erklärung dem Beschluss beigelegt und in das Journal des Tages aufgenommen wird.“

**Anlage 5 zu MC.DEC/4/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Bestellung des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich schließt sich dem Konsens über die Verlängerung der Bestellung des Direktors an und wünscht ihm viel Erfolg. Wir schätzen seine Bereitschaft,

diese wichtige Funktion weiter wahrzunehmen – und das zu einem so späten Zeitpunkt –, ganz besonders. Wir sagen ihm die uneingeschränkte Unterstützung des Vereinigten Königreichs zu und laden andere ein, es uns gleichzutun.

Das Vereinigte Königreich bedauert, dass wir diese Beschlüsse als außerordentliche vorübergehende Maßnahmen verabschieden mussten.

Wir stellen jedoch fest, dass dieser Beschluss zusammen mit der Bestellung des neuen Vorsitzes und anderer Führungspositionen die Berechenbarkeit und Stabilität der OSZE in einer besonders schwierigen Zeit stärkt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“

**Anlage 6 zu MC.DEC/4/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Armeniens:

„Herr Vorsitzender,

die Delegation der Republik Armenien möchte im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Bestellung eines neuen Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Im Interesse der Organisation und in dem Bewusstsein, dass es wichtig ist, die Funktionsfähigkeit, die Integrität und die Fähigkeit zur Fortsetzung der mandatsgemäßen Arbeit der OSZE und ihrer Institutionen zu bewahren, schließt sich die Republik Armenien dem Konsens an – davon ausgehend, dass nicht länger geduldet werden wird, wenn Institutionen schlecht und unzulänglich funktionieren, und dass die Führung des ODIHR diese Zeit nutzen wird, um Fehler in der Mandatserfüllung zu beheben.

Wir möchten Malta als designierten Vorsitz nachdrücklich auffordern, diese verlängerte Mandatszeit für eine rechtzeitige Ausschreibung der Position einer Direktorin/eines Direktors des ODIHR zu nutzen, um den Teilnehmerstaaten die Möglichkeit zu geben, eine Direktorin/einen Direktor zu bestellen, unter deren/dessen Leitung das ODIHR durch den Schutz und die Förderung der Menschenrechte und im Einklang mit seinem Mandat wesentlich zum Aufbau einer sichereren Zukunft für unsere Region beiträgt.

Ich ersuche darum, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.

Danke.“

**BESCHLUSS Nr. 5/23**  
**VERLÄNGERUNG DER BESTELLUNG DES HOHEN KOMMISSARS**  
**DER OSZE FÜR NATIONALE MINDERHEITEN**

(MC.DEC/5/23/Corr.1 vom 1. Dezember 2023)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf den Beschluss des KSZE-Gipfeltreffens von Helsinki 1992, einen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten einzusetzen,

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten seine Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten wahrnimmt,

in Anbetracht der Tatsache, dass die Amtszeit des derzeitigen Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, Kairat Abdrakhmanov, am 3. Dezember 2023 endet –

beschließt, dass als außerordentliche vorübergehende Maßnahme zur Sicherstellung eines für die Institution des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten wesentlichen Maßes an Führung in einer Zeit, in der eine Bestellung für eine reguläre Amtsperiode nicht erfolgen kann, Kairat Abdrakhmanov bis zum 3. September 2024 als Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten im Amt bleibt.

**Anlage 1 zu MC.DEC/5/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG**  
**GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER**  
**GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR**  
**SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) möchten die Vereinigten Staaten von Amerika folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die Verlängerung der Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, Kairat Abdrakhmanov. Auch wenn wir uns dem Konsens über diesen Beschluss als außergewöhnliche vorübergehende Maßnahme angeschlossen haben, die dafür sorgen soll, dass die OSZE weiterhin eine Führung hat, hätte es sich eigentlich um eine reguläre Wiederbestellung auf drei Jahre handeln müssen. Dieser Beschluss schafft keinen Präzedenzfall für künftige Bestellungen oder Wiederbestellungen des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten.

Wir stehen voll und ganz hinter der Autonomie des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und unterstützen seine Arbeit. Bedauerlicherweise wird seit einigen Jahren von einigen Teilnehmerstaaten dahingehend Druck ausgeübt, die autonomen Institutionen der OSZE zu schwächen und die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zu beschneiden. Nichts in diesem Beschluss darf im Sinne einer Schmälerung der Autonomie des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten oder einer Einschränkung seiner Tätigkeit in voller Ausübung seines Mandats ausgelegt werden.

Abschließend möchten die Vereinigten Staaten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die die Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse der Organisation verabschiedet haben, und daher in erster Linie sie selbst für deren Umsetzung verantwortlich sind.

Ich ersuche, diese interpretative Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.“

**Anlage 2 zu MC.DEC/5/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem sich die Russische Föderation dem Konsens über die Verlängerung der Bestellung des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten angeschlossen hat, möchte sie den außergewöhnlichen Charakter dieses Beschlusses, der den Leiter dieses OSZE-Durchführungsorgans nicht von seiner Verantwortung für die strikte Einhaltung seines von den Teilnehmerstaaten dieser Organisation verabschiedeten Mandats entbindet, unterstreichen.

Wir gehen davon aus, dass der designierte maltesische Vorsitz Anfang 2024 unverzüglich ein Auswahlverfahren zur Besetzung des gegenständlichen Postens starten wird.

Wir ersuchen, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und sie in das Journal der heutigen Sitzung aufzunehmen.“

**Anlage 3 zu MC.DEC/5/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Spaniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Verlängerung des Mandats des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten, Kairat Abdrakhmanov, möchte die Europäische Union folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben:

Die Europäische Union unterstützt die Verlängerung der Mandate für die vier wichtigsten Führungspositionen voll und ganz. Mit dieser Vorgehensweise wird das ordnungsgemäße Funktionieren der Organisation und ihres umfassenden Sicherheitskonzepts sichergestellt – insbesondere in dieser schwierigen Zeit, die vom fortgesetzten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geprägt ist.

Die Europäische Union begrüßt die Verlängerung des Mandats von Kairat Abdrakhmanov. Wir unterstützen die Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten voll und ganz.

Wir bedauern jedoch zutiefst, dass aufgrund der Position eines einzelnen Teilnehmerstaates weder zu der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Wiederbestellung für drei Jahre noch zu der vom Vorsitz als Kompromisslösung vorgeschlagenen Verlängerung um ein Jahr ein Konsens erzielt wurde.

Unseres Erachtens stellt eine Verlängerung um neun Monate eine außergewöhnliche Maßnahme dar, die nicht ausreicht, um die notwendige Kontinuität und das nötige Maß an ordnungsgemäßer Verwaltung zu gewährleisten. Wir betonen, dass dies keineswegs einen Präzedenzfall für die Zukunft schafft.

Wir rufen alle Teilnehmerstaaten auf, anzuerkennen, wie wichtig es ist, für die Kontinuität der OSZE unter einer starken Führung zu sorgen, insbesondere in einer Zeit, in der ihre Prinzipien, Verpflichtungen und Werte für unsere gemeinsame Sicherheit entscheidender sind denn je.

Wir ersuchen darum, diese interpretative Erklärung dem Beschluss beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.

Die Bewerberländer Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup>, Albanien<sup>1</sup>, Ukraine, Republik Moldau und Bosnien und Herzegowina<sup>1</sup>, das potenzielle Bewerberland Georgien sowie Andorra schließen sich dieser Erklärung an.“

---

1 Nordmazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien und Herzegowina nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kanadas (auch im Namen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Monaco, Montenegro, Norwegen, der Schweiz und der Ukraine):

„Ich äußere mich im Namen der Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Monaco, Montenegro, Norwegen, Schweiz und Ukraine sowie meines eigenen Landes, Kanada, in Bezug auf den Beschluss über die Verlängerung der Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, Kairat Abdrakhmanov. In diesem Zusammenhang möchten wir folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Unsere Delegationen billigen diese Beschlüsse und sprechen dem Vorsitz Nordmazedonien erneut ihre Dankbarkeit für seine herausragende Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir möchten unsere Wertschätzung für die derzeitigen Leiterinnen und Leiter der Durchführungsorgane und unser Vertrauen in sie zum Ausdruck bringen. Seit langem vertreten wir den Standpunkt, dass eine vollständige Verlängerung aller vier Mandate um drei Jahre zu unterstützen wäre.

Wir bedauern zutiefst, dass kein Konsens zu einer Wiederbestellung für drei Jahre erzielt werden konnte. Im Geiste der Zusammenarbeit unterstützen wir die derzeitige kürzere Verlängerung als eine vorübergehende und außergewöhnliche Maßnahme, die jedoch keineswegs als Präzedenzfall für künftige Beschlüsse in Bezug auf die Führung der Organisation angesehen werden sollte.

Das Konsensprinzip, das für die OSZE wesentliche Bedeutung hat, bildet die Grundlage für unsere kooperative Entscheidungsfindung. Wir müssen uns davor in Acht nehmen, dass es für individuelle Agenden missbraucht wird, denn das untergräbt unser gemeinsames Vertrauen und unsere Zusammenarbeit.

Wir ersuchen darum, diese Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Verlängerung der Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich schließt sich dem Konsens über die Verlängerung der Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE an und wünscht ihm viel Erfolg. Wir schätzen seine Bereitschaft, diese wichtige Funktion weiter wahrzunehmen – und das zu einem so späten Zeitpunkt –, ganz besonders. Wir sagen ihm die uneingeschränkte Unterstützung des Vereinigten Königreichs zu und laden andere ein, es uns gleichzutun.

Das Vereinigte Königreich bedauert, dass wir diese Beschlüsse als außerordentliche vorübergehende Maßnahmen verabschieden mussten.

Wir stellen jedoch fest, dass dieser Beschluss zusammen mit der Bestellung des neuen Vorsitzes und anderer Führungspositionen die Berechenbarkeit und Stabilität der OSZE in einer besonders schwierigen Zeit stärkt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“

**BESCHLUSS Nr. 6/23**  
**VERLÄNGERUNG DER BESTELLUNG DER**  
**OSZE-BEAUFTRAGTEN FÜR MEDIENFREIHEIT**

(MC.DEC/6/23/Corr.1 vom 1. Dezember 2023)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf Beschluss Nr. 193 des Ständigen Rates vom 5. November 1997 über die Einsetzung eines OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit,

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, dass die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit ihre Funktion in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüssen der OSZE sowie mit dem Mandat der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit wahrnimmt,

in Anbetracht der Tatsache, dass die Amtszeit der derzeitigen OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, am 3. Dezember 2023 endet –

beschließt, dass als außerordentliche vorübergehende Maßnahme zur Sicherstellung des nötigen Maßes an Führung für die Institution der/des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit in einer Zeit, in der eine Bestellung für eine reguläre Amtsperiode nicht erfolgen kann, Teresa Ribeiro bis zum 3. September 2024 als OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit im Amt bleibt.

**Anlage 1 zu MC.DEC/6/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG**  
**GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER**  
**GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR**  
**SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Bestellung der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit möchten die Vereinigten Staaten folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die Verlängerung der Bestellung der Beauftragten für Medienfreiheit, Maria Teresa Ribeiro. Auch wenn wir uns dem Konsens über diesen Beschluss als außergewöhnliche vorübergehende Maßnahme angeschlossen haben, die dafür sorgen soll, dass die OSZE weiterhin eine Führung hat, hätte es sich eigentlich um eine reguläre Wiederbestellung auf drei Jahre handeln sollen. Dieser Beschluss schafft keinen Präzedenzfall für künftige Bestellungen oder Wiederbestellungen des/der Beauftragten für Medienfreiheit.

Wir stehen voll und ganz hinter der Autonomie der Beauftragten für Medienfreiheit und unterstützen ihre Arbeit. Bedauerlicherweise wird seit einigen Jahren von einigen Teilnehmerstaaten dahingehend Druck ausgeübt, die autonomen Institutionen der OSZE zu schwächen und die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zu beschneiden. Nichts in diesem Beschluss darf im Sinne einer Schmälerung der Autonomie des/der Beauftragten für Medienfreiheit oder einer Einschränkung seiner/ihrer Tätigkeit in Ausübung des Mandats ausgelegt werden.

Abschließend möchten die Vereinigten Staaten betonen, dass es die OSZE-Teilnehmerstaaten waren, die die Prinzipien, Verpflichtungen und Beschlüsse der Organisation verabschiedet haben, und daher in erster Linie sie selbst für deren Umsetzung verantwortlich sind.

Ich ersuche, diese interpretative Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.“

**Anlage 2 zu MC.DEC/6/23/Corr.1**

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem sich die Russische Föderation dem Konsens über die Verlängerung der Bestellung der OSZE-Bbeauftragten für Medienfreiheit angeschlossen hat, möchte sie den außergewöhnlichen Charakter dieses Beschlusses, der die Leiterin dieses OSZE-Durchführungsorgans nicht von ihrer Verantwortung für die strikte Einhaltung ihres von den Teilnehmerstaaten dieser Organisation verabschiedeten Mandats entbindet, unterstreichen.

Wir gehen davon aus, dass der designierte maltesische Vorsitz Anfang 2024 unverzüglich ein Auswahlverfahren zur Besetzung des gegenständlichen Postens starten wird.

Wir ersuchen, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und sie in das Journal der heutigen Sitzung aufzunehmen.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Spaniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

„Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Beschlusses über die Verlängerung des Mandats der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, möchte die Europäische Union folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Die Europäische Union unterstützt die Verlängerung der Mandate für die vier wichtigsten Führungspositionen voll und ganz. Mit dieser Vorgehensweise wird das ordnungsgemäße Funktionieren der Organisation und ihres umfassenden Sicherheitskonzepts sichergestellt – insbesondere in dieser schwierigen Zeit, die vom fortgesetzten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geprägt ist.

Die Europäische Union begrüßt die Verlängerung des Mandats von Teresa Ribeiro. Wir unterstützen die Arbeit der Beauftragten für Medienfreiheit voll und ganz.

Wir bedauern jedoch zutiefst, dass aufgrund der Position eines einzelnen Teilnehmerstaates weder zu der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Wiederbestellung für drei Jahre noch zu der vom Vorsitz als Kompromisslösung vorgeschlagenen Verlängerung um ein Jahr ein Konsens erzielt wurde.

Unseres Erachtens stellt eine Verlängerung um neun Monate eine außergewöhnliche Maßnahme dar, die nicht ausreicht, um die notwendige Kontinuität und das nötige Maß an ordnungsgemäßer Verwaltung des Büros der Beauftragten für Medienfreiheit zu gewährleisten. Wir betonen, dass dies keineswegs einen Präzedenzfall für die Zukunft schafft.

Wir rufen alle Teilnehmerstaaten auf, anzuerkennen, wie wichtig es ist, für die Kontinuität der OSZE unter einer starken Führung zu sorgen, insbesondere in einer Zeit, in der ihre Prinzipien, Verpflichtungen und Werte für unsere gemeinsame Sicherheit entscheidender sind denn je.

Wir ersuchen darum, diese interpretative Erklärung dem Beschluss beizufügen und in das Journal des Tages aufzunehmen.

Die Bewerberländer Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup>, Albanien<sup>1</sup>, Ukraine, Republik Moldau und Bosnien und Herzegowina<sup>1</sup>, das potenzielle Bewerberland Georgien sowie Andorra schließen sich dieser Erklärung an.“

---

1 Nordmazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien und Herzegowina nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kanadas (auch im Namen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Monaco, Montenegro, Norwegen, der Schweiz und der Ukraine):

„Ich äußere mich im Namen der Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Monaco, Montenegro, Norwegen, Schweiz und Ukraine sowie meines eigenen Landes, Kanada, in Bezug auf den Beschluss über die Verlängerung der Bestellung der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro. In diesem Zusammenhang möchten wir folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Unsere Delegationen billigen diese Beschlüsse und sprechen dem Vorsitz Nordmazedonien erneut ihre Dankbarkeit für seine herausragende Führungsstärke bei der Konsensfindung zu kritischen Fragen und die daraus resultierende Stärkung der Wirksamkeit der OSZE aus.

Wir möchten unsere Wertschätzung für die derzeitigen Leiterinnen und Leiter der Durchführungsorgane und unser Vertrauen in sie zum Ausdruck bringen. Seit langem vertreten wir den Standpunkt, dass eine vollständige Verlängerung aller vier Mandate um drei Jahre zu unterstützen wäre.

Wir bedauern zutiefst, dass kein Konsens zu einer Wiederbestellung für drei Jahre erzielt werden konnte. Im Geiste der Zusammenarbeit unterstützen wir die derzeitige kürzere Verlängerung als eine vorübergehende und außergewöhnliche Maßnahme, die jedoch keineswegs als Präzedenzfall für künftige Beschlüsse in Bezug auf die Führung der Organisation angesehen werden sollte.

Das Konsensprinzip, das für die OSZE wesentliche Bedeutung hat, bildet die Grundlage für unsere kooperative Entscheidungsfindung. Wir müssen uns davor in Acht nehmen, dass es für individuelle Agenden missbraucht wird, denn das untergräbt unser gemeinsames Vertrauen und unsere Zusammenarbeit.

Wir ersuchen darum, diese Erklärung dem Beschluss und dem Journal des Tages als Anlage beizufügen.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER  
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Verlängerung der Bestellung der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit möchte das Vereinigte Königreich folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.I (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben.

Das Vereinigte Königreich schließt sich dem Konsens über die Verlängerung der Bestellung der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit an und wünscht dieser viel Erfolg. Wir schätzen ihre Bereitschaft, diese wichtige Funktion weiter wahrzunehmen – und das zu einem so späten Zeitpunkt –, ganz besonders. Wir sagen ihr die uneingeschränkte Unterstützung des Vereinigten Königreichs zu und laden andere ein, es uns gleichzutun.

Das Vereinigte Königreich bedauert, dass wir diese Beschlüsse als außerordentliche vorübergehende Maßnahmen verabschieden mussten.

Wir stellen jedoch fest, dass dieser Beschluss zusammen mit der Bestellung des neuen Vorsitzes und anderer Führungspositionen die Berechenbarkeit und Stabilität der OSZE in einer besonders schwierigen Zeit stärkt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Beifügung dieser interpretativen Erklärung zum betreffenden Beschluss und um ihre Aufnahme in das Journal des Tages.“



**II. ERKLÄRUNGEN DES  
AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER  
OSZE UND DER DELEGATIONEN**



## **ERÖFFNUNGSERKLÄRUNG DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE**

(MC.DEL/59/23 vom 13. Dezember 2023)

Exzellenzen,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre, Sie beim dreißigsten Ministerratstreffen der OSZE willkommen zu heißen. Ich habe Minister Borg eingeladen, hier vorne mit uns Platz zu nehmen, nachdem wir am Montag im Ständigen Rat einen Konsens darüber erzielt haben, dass Malta 2024 den Vorsitz übernehmen soll. Gemäß der Tagesordnung werden wir dies morgen offiziell bestätigen.

Ich freue mich besonders, Sie alle in Skopje willkommen zu heißen, in einer Stadt, die dafür berühmt ist, dass in ihr verschiedenste Kulturen, Religionen und Lebensarten aufeinandertreffen.

Ich hoffe, dass Sie Gelegenheit haben werden, das historische und kulturelle Erbe unserer Hauptstadt zu entdecken und die Atmosphäre der Vielfalt und des Miteinanders zu erleben, die hier gepflegt wird.

Als vor sechzig Jahren unsere Stadt bei einem katastrophalen Erdbeben zu 80 Prozent zerstört wurde, erfuhren wir solidarische Unterstützung aus der ganzen Welt. In der Zeit der dramatischen Spaltung im Kalten Krieg wurde Skopje zum Symbol für globale Einheit und Solidarität. Die Menschlichkeit setzte sich gegenüber Ideologien und geopolitischem Konkurrenzdenken durch.

Einige Tage nach der Katastrophe erklärte Jean-Paul Sartre: „Skopje, das ist kein Film, kein Thriller, in dem man den entscheidenden Moment erraten kann. Es ist eine Konzentration menschlicher Freiheitskämpfe – mit einem Ergebnis, das Mut macht, weitere Kämpfe zu kämpfen und keine Niederlage hinzunehmen.“

Hoffen wir und bemühen wir uns, dass Skopje trotz aller Auffassungsunterschiede und Gegensätze erneut das Beste in uns hervorzubringen vermag. Die komplexen Herausforderungen des Krieges und der Konfrontation im OSZE-Raum, die eklatanten Verstöße gegen unsere Werte und Verpflichtungen, die Krisen und das enorme menschliche Leid um uns herum – all das verpflichtet uns, mehr zu tun, es besser zu machen ... uns höhere Ziele zu stecken; all das erinnert an die Aufforderung Sartres, „keine Niederlage hinzunehmen“. Am Ende unseres Vorsitzes möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass wir diese historische Chance nicht verpassen, dass wir verantwortungsvoll auf den Ernst der Lage reagieren und dass wir die Weichen für eine vorhersehbare und konstruktive Zukunft der OSZE stellen.

Ich werde mich in meiner Erklärung als Amtierender Vorsitzender auf drei Hauptbotschaften konzentrieren.

Erstens: Die OSZE hat sich bewährt und erfüllt ihre Aufgabe nach wie vor.

Nordmazedonien hat den OSZE-Vorsitz in einem Jahr übernommen, in dem aktiv Krieg geführt wird und die Sicherheit in Europa und die internationale regelbasierte Ordnung beispiellosen Bedrohungen ausgesetzt sind.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine verstößt gegen alles, was dieser Organisation heilig ist: die Schlussakte von Helsinki und andere Schlüsseldokumente, auf denen die europäische Sicherheitsarchitektur und ihr unerschütterliches Engagement für die menschliche Sicherheit beruhen.

Dieser Krieg hat das Vertrauen, den Dialog und unsere Handlungsfähigkeit untergraben. Vor allem hat er das Leben einfacher Menschen zerstört, ihr Recht, ein Leben in Freiheit und ohne Angst vor Krieg und kriegsähnlichen Verhältnissen zu führen.

In der OSZE wurde der Dialog über Zusammenarbeit durch einen Dialog über Spaltung und Polarisierung ersetzt.

Das Konsensprinzip, das oft zur Durchsetzung nationaler politischer Ziele instrumentalisiert wird statt gemeinsamen Interessen zu dienen, wird als Waffe eingesetzt, was selbst vorsichtige Initiativen in weite Ferne rücken lässt und schwer realisierbar macht.

Vor diesem komplexen Hintergrund ist ein Arbeitsumfeld für den Vorsitz mit noch nie da gewesenen Herausforderungen entstanden. Trotz dieser äußerst schwierigen Bedingungen haben wir mit aller Entschlossenheit an unserem Kurs festgehalten und unsere Funktion als engagierter Hüter der Werte und Verpflichtungen der OSZE wahrgenommen.

Mit Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten ist es uns gelungen, nicht dem Defätismus zu verfallen, sondern unterschiedlichste Stimmen und die notwendige Energie zusammenzubringen, um gemeinsam die vielfältigen Herausforderungen für die Existenz der OSZE zu bewältigen.

Ich erlaube mir festzustellen, dass es uns gelungen ist, die Relevanz und den Nutzen unserer Organisation zu wahren. Es ist uns allen gemeinsam gelungen, die OSZE zu erhalten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die OSZE hat sich erfolgreich neu aufgestellt und hält mit Gelassenheit und Widerstandskraft allen Herausforderungen und Prüfungen stand.

Unsere Organisation übt ihre Mandate weiterhin aus, wo immer es möglich und notwendig ist. Als Vorsitz haben wir uns in allen drei Dimensionen der OSZE engagiert und die renommierten OSZE-Konferenzen sowie zahlreiche einschlägige Veranstaltungen organisiert, die zur Sichtbarkeit der OSZE beigetragen und darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Organisation weiterhin ihre Mission der kooperativen Sicherheit erfüllt.

Allen Widrigkeiten zum Trotz erfüllt die OSZE weiterhin ihre Aufgabe.

Die Feldmissionen leisten nach wie vor erfolgreich wichtige praktische Unterstützung in allen Regionen und stärken so die Kapazitäten in verschiedenen Teilnehmerstaaten.

Wir haben uns aktiv über alle Regionen hinweg ausgetauscht und unsere guten Dienste und eine unentbehrliche Plattform für Dialog bereitgestellt. Trotz der düsteren

Realität der Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten bleibt der Multilateralismus das beste Instrument zur Konfliktverhütung und zur Überwindung von Differenzen und Streitigkeiten. Die OSZE, die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation, wird als notwendiger und zuverlässiger Partner für Frieden und Stabilität anerkannt und geschätzt.

Mit Blick auf die Zukunft haben wir in mehreren wichtigen Bereichen wie Klimawandel, Cybersicherheit, Korruptionsbekämpfung, Gender und Jugend Prioritäten gesetzt und uns engagiert. So wie sich die Welt verändert, so verändert sich auch die OSZE, und wir werden uns weiter anpassen, um den Menschen besser zu dienen und der Schlussakte von Helsinki gerecht zu werden – komme, was wolle.

Zweitens: Wir müssen die OSZE für die Zukunft stärken.

Auch wenn wir die anhaltende Relevanz unserer Arbeit und die Wichtigkeit der Wahrung unserer Werte betonen, steht fest, dass unsere Organisation mit einer zusätzlichen Belastung konfrontiert ist, da keine Einigung über ihre Führung, auch betreffend den Vorsitz und die Leitung der Durchführungsorgane im Jahr 2024 sowie den Haushalt der Organisation, erzielt wurde.

Um die OSZE weiter für die Zukunft vorzubereiten, brauchen wir strategische Klarheit, nicht strategische Verwirrung.

In der Zeit unseres Vorsitzes haben wir nichts unversucht gelassen, um Lösungen für diese kritischen Herausforderungen zu finden und anzubieten. Der Vorsitz für 2024 ist davon die dringlichste.

Ich bin dankbar, dass viele Teilnehmerstaaten uns in den diesbezüglichen Bemühungen unterstützt haben und dass die Republik Malta die große Verantwortung übernommen und mit Zustimmung aller Teilnehmerstaaten angeboten hat, im Jahr 2024 die so wichtige Aufgabe der Vorsitzführung in der OSZE wahrzunehmen.

Minister Borg, ich möchte Ihnen meine Anerkennung für Ihre Führungsstärke in dieser für die OSZE so schwierigen Zeit aussprechen. Nordmazedonien wird in seiner Eigenschaft als Troika-Mitglied gemeinsam mit Finnland all seine Unterstützung und Erfahrung zur Verfügung stellen, um dazu beizutragen, dass Ihre Amtszeit als Amtierender Vorsitzender zu dem Erfolg wird, den wir alle brauchen und herbeisehnen.

Wir möchten alle Teilnehmerstaaten dazu beglückwünschen, dass sie sich in Wien dem Konsens angeschlossen haben.

Gleichzeitig bin ich davon überzeugt, dass Estland ein kompetenter und engagierter Vorsitz gewesen wäre, und bin zuversichtlich, dass sein aufrichtiges Interesse an der Ausübung des OSZE-Vorsitzes bald zum Tragen kommen wird.

Diese Organisation braucht und verdient wie jede andere eine Führung. Neben einem Vorsitz benötigt die OSZE eine Generalsekretärin oder einen Generalsekretär, eine Direktorin oder einen Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, eine Hohe Kommissarin oder einen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Medienfreiheit.

Die Teilnehmerstaaten haben ihre nachdrückliche Unterstützung für die OSZE, ihre Organe und Mandate unter Beweis gestellt, aber dieser Einsatz ist auch weiterhin notwendig, um diese zentralen Fragen zu lösen. Ohne einen Haushalt, einen Vorsitz oder Durchführungsorgane wird die OSZE große Schwierigkeiten haben, die Lösungen und Ergebnisse zu erreichen, die sich unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten.

Die Programme, Feldmissionen und Mechanismen der OSZE schaffen Zuversicht und Vertrauen in unserer gemeinsamen Region und ebnen den Weg zu mehr Sicherheit und Stabilität für uns alle. Wir können nicht zulassen, dass diese Instrumente, die das Leben so vieler Menschen entscheidend verändert haben, ungenutzt bleiben, weil wir uns organisationsintern nicht dazu durchringen können, sie auch einzusetzen. Das ist paradox und inakzeptabel und vor allem ein Verrat an den Menschen, in deren Pflicht wir stehen.

Letztes Jahr habe ich in Łódź betont, dass wir die Last der derzeitigen Ungewissheit gemeinsam zu tragen haben. Das gilt auch für die Last der Verantwortung. Ich habe betont, dass wir, wenn uns unsere eigene und die Zukunft unserer Organisation tatsächlich am Herzen liegt, im Einklang mit unseren Werten, unserem gemeinsamen Ziel und dem uns anvertrauten Mandat handeln müssen.

Was die OSZE zu bieten hat, ist einfach zu wertvoll, als dass wir es uns erlauben könnten, den Forderungen und Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht zu werden. Wir brauchen stattdessen eine gestärkte Organisation, eine Organisation, die mit neuer Energie und Kraft bereit ist, sich weiterhin den realen Herausforderungen zu stellen, vor denen wir jetzt und mit Blick auf die fernere Zukunft stehen.

Wir müssen Ergebnisse erzielen. Ich wiederhole: Wir müssen Ergebnisse erzielen; wir sind hier, um den Interessen der Menschen zu dienen.

Drittens: Die OSZE ist für die Menschen da.

In meiner Funktion als Amtierender Vorsitzender habe ich vom ersten Tag an gesagt: „Es geht um die Menschen.“ Das ganze Jahr über haben wir alles getan, um die Botschaft zu verbreiten, dass die OSZE für die in ihr lebenden Menschen da ist und arbeitet. Unser Fokus lag auch in der Tat auf den Menschen im OSZE-Raum, womit wir der Rolle und Verantwortung der OSZE bei der Verbesserung der menschlichen Sicherheit Rechnung getragen haben. Dieser Ansatz hat unser Denken und Handeln bestimmt und wird es auch in Zukunft tun. Die Entwicklung des Leitmotivs einer „OSZE für die Menschen“ wird das Vermächtnis Nordmazedoniens für die Zukunft unserer Organisation sein, und ich freue mich, dass es auf so positives Echo gestoßen ist.

Wir haben uns als Vorsitz nicht zufällig oder zu PR-Zwecken für dieses Leitmotiv entschieden. Mit unserer Aussage „Es geht um die Menschen“ wollten wir vielmehr an unsere eigenen Herausforderungen, unsere Geschichte und unsere Erfahrungen mit der OSZE erinnern. Es ist uns gelungen, in einem Jahrzehnt und einer Region, die von Krieg und Auseinandersetzungen geprägt waren, allen Widrigkeiten zum Trotz einen widerstandsfähigen multiethnischen Staat aufzubauen – kraft unserer Entschlossenheit und unseres Mutes, aber auch dank der unermüdlichen und konstruktiven Unterstützung der OSZE in den äußerst sensiblen Bereichen der menschlichen Sicherheit, des Dialogs zwischen den Volksgruppen, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Wir können mit Stolz sagen, dass die Arbeit der OSZE für die Menschen in Nordmazedonien wirklich etwas gebracht hat. Zu Beginn unseres Ministerratstreffens richte ich an uns alle die inständige

Aufforderung, uns an dieses Leitmotiv zu erinnern, seine Bedeutung zu bekräftigen und unseren Fokus weiterhin dort zu belassen, wo er sein sollte: auf den Menschen im OSZE-Raum und darauf, was für sie am besten ist, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Rasse, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder ihres Glaubens.

Es ist unsere Verantwortung und unsere Pflicht, die Schlussakte von Helsinki zu wahren und umzusetzen. Wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass wir uns in ihrem Interesse gegenseitig in die Verantwortung nehmen und dafür sorgen, dass ihre Rechte und ihre Sicherheit geschützt und gewährleistet werden.

Wir haben die verheerenden Auswirkungen der anhaltenden Aggression gegen die Menschen in der Ukraine gesehen und das inakzeptable Blutvergießen miterlebt, das von einer Regierung angerichtet wurde, die sich von den Werten und Grundsätzen der OSZE verabschiedet hat und ihre politischen Ziele unter Anwendung von Gewalt verfolgt.

Die OSZE muss in Zeiten zunehmender Spannungen und Konflikte als aktive Plattform dienen, über die Verantwortungsträger zur Rechenschaft gezogen werden.

Diese Erschütterungen sind weithin zu spüren und haben unterschiedlichste Auswirkungen auf das Leben der Menschen.

In diesem Jahr haben wir auch anderswo im OSZE-Raum humanitäre Herausforderungen beobachtet, als über 100 000 Armenierinnen und Armenier aus Karabach aus ihrer Heimat flüchten mussten, ohne zu wissen, ob oder wann sie zurückkehren können. Ihre Rechte und ihre Sicherheit zu wahren, steht im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen.

Der Vorsitz unterstützt die Fortsetzung politischer Prozesse mit dem Ziel, einen Friedensvertrag zwischen Armenien und Aserbaidschan zu erreichen.

Ein in gutem Glauben geführter nachhaltiger, konstruktiver und umfassender Dialog ist der einzige Weg zu einem dauerhaften Frieden.

Die OSZE bietet diese Plattform heute, morgen und auch in absehbarer Zukunft. Wir sollten nicht vergessen, dass die OSZE in der gesamten Region tätig ist und sich für Lösungen zur Deckung der unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen einsetzt. Wir wurden mit wertvollen Mandaten betraut, um die Erfüllung und fortgesetzte Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu fördern, müssen aber gleichzeitig auch die verschiedenen Herausforderungen in Osteuropa, Südosteuropa und Zentralasien bewältigen.

Als vertrauenswürdiger Partner ist die OSZE über ihre Durchführungsorgane, autonomen Institutionen und Feldmissionen weiterhin auf allen Ebenen unserer Gesellschaften aktiv und trägt zur umfassenden Sicherheit für alle bei.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die negativen Auswirkungen von Konflikten auf die menschliche Sicherheit führen uns nur vor Augen, wie sehr die OSZE gebraucht wird; wie wichtig ihre Werte und ihr einzigartiges Instrumentarium, ihre Mechanismen und Institutionen sind, die nicht nur der Verhütung von Konflikten, sondern auch der Bewältigung ihrer Folgen dienen.

Wie ich bereits in der Vergangenheit oft festgestellt habe, kann die OSZE während eines Krieges viel tun; aber sie kann noch viel mehr tun, um Konflikte zu verhüten und die Folgen bewaffneter Konflikte zu mildern.

Daher brauchen wir diese Organisation, um den Multilateralismus zu fördern und die Zusammenarbeit zu ermöglichen, damit die Menschen ein freies und normales Leben führen können.

Unsere Diskussionen werden schwierig sein. Aber wenn ich etwas aus meinen vielen Jahren in der Politik gelernt habe, dann das, dass die schwierigsten Diskussionen die wichtigsten sind. Und sie können die lohnendsten sein – vorausgesetzt, wir führen sie mit der nötigen Entschlossenheit und Demut.

Stellen wir uns doch gemeinsam dieser Aufgabe, denn es bin nicht ich als Amtierender Vorsitzender, der dazu aufruft, sondern es sind die Menschen im OSZE-Raum – die Menschen und die Bürgerinnen und Bürger in unseren Ländern.

Lassen Sie es mich noch einmal wiederholen: Es geht um die Menschen. Es geht nur um die Menschen.

Unsere Taten von heute sind das Vermächtnis für unsere Zukunft.

Danke.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION FINNLANDS**

(Anhang 2 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Bujar,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

obschon ich mich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich anschließe,  
möchte ich im Namen meines Landes folgende Anmerkungen hinzufügen.

Wir treffen uns unter äußerst ernsten Umständen, während Russland seinen brutalen und grausamen Angriffskrieg in der Ukraine fortsetzt. Russland verstößt nicht nur eklatant gegen die VN-Charta, sondern auch gegen die zentralen Prinzipien und Verpflichtungen, die der europäischen Sicherheitsordnung zugrunde liegen. Russland versucht seit Jahren, diese Grundprinzipien zu untergraben, so auch 2008 in Georgien und seit 2014 in der Ukraine. Diese Prinzipien sind weder verhandelbar, noch können sie verändert oder neu ausgelegt werden. Russlands Vorstellungen von Einflusssphären oder einem Nullsummenspiel haben im Europa der 2020er Jahre keinen Platz.

Russland hat sich für Krieg und Zerstörung entschieden. Wir dürfen nicht vergessen, dass Russland diesen Krieg jederzeit beenden kann und dass Russland allein dafür verantwortlich ist, wo wir jetzt stehen: vor einem weiteren Kriegswinter in Europa.

Und schon jetzt können wir sagen, dass Russland, das bei seinem Angriff einen schnellen Sieg vor Augen hatte, die Ukraine nicht besiegt hat. Die Widerstandsfähigkeit und der Mut der Ukrainerinnen und Ukrainer sind bewundernswert.

Herr Vorsitzender,

der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat der OSZE schweren Schaden zugefügt. Ich möchte Dir, lieber Bujar, und Deinem Team meine aufrichtige Anerkennung und meinen Dank für die entschlossene Führung angesichts dieser Herausforderung aussprechen. Dein Team hat hart gearbeitet, um die Zukunft dieser Organisation zu sichern.

Wir freuen uns sehr, dass diese Woche ein Konsens erzielt wurde, und sind dankbar für die Führungsqualitäten, die Malta bewiesen hat, indem es sich für den Vorsitz im Jahr 2024 zur Verfügung gestellt hat. Wir sind bereit, Sie als Teilnehmerstaat und als Teil der OSZE-Troika mit allen Mitteln zu unterstützen.

Doch mit seiner disruptiven Politik sabotiert Russland weiterhin die Funktionsfähigkeit der OSZE. Wir brauchen einen Beschluss über die Besetzung der vier höchsten Posten, und zwar zu allen.

Herr Vorsitzender,

die OSZE trägt zur Förderung und Aufrechterhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten sowie zur Konfliktverhütung und Friedensvermittlung im OSZE-Raum bei.

Wir sollten das OSZE-Instrumentarium in allen drei Dimensionen, in den autonomen Institutionen und in den OSZE-Feldoperationen in vollem Umfang nutzen.

Ohne den politischen Willen und das Engagement aller Teilnehmerstaaten für die OSZE wird das Potenzial dieser Organisation nicht voll ausgeschöpft. Diese Organisation ist nur so wirksam, wie wir es ihr als Teilnehmerstaaten ermöglichen.

So sehr Russlands Krieg gegen die Ukraine auch unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, sollten wir doch die wertvolle und konkrete Arbeit der Organisation im gesamten OSZE-Raum nicht aus den Augen verlieren. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um dem OSZE-Personal in Wien, in den autonomen Institutionen und in den Feldoperationen im gesamten OSZE-Gebiet für die wichtige Arbeit zu danken, die sie unter schwierigen Umständen leisten.

Während sich Finnland auf die Übernahme des Vorsitzes im Jahr 2025 vorbereitet, möchte ich unser Bekenntnis zur Stärkung der regelbasierten Ordnung durch die erneute Bekräftigung der Helsinki-Prinzipien und zum Schutz der Fähigkeit der OSZE, ihren Zweck zu erfüllen – also die Sicherheit im OSZE-Raum zu fördern –, hervorheben.

Danke.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION ITALIENS**

(Anhang 3 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Herr Amtierender Vorsitzender,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich mich der Erklärung der Europäischen Union anschließe, so möchte ich dabei zunächst Nordmazedonien zu seinen Anstrengungen bei der Führung der Organisation in diesen schwierigen Zeiten beglückwünschen, die geprägt sind von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und der anhaltenden russischen Obstruktionspolitik gegen das ordnungsgemäße Funktionieren der OSZE.

Trotzdem ist die OSZE ihren Grundwerten treu geblieben und hat ihr Mandat zum Schutz der Sicherheit unserer Länder und unserer Bürgerinnen und Bürger weiterhin wirksam wahrgenommen.

Italien verurteilt den Angriffskrieg, den Russland, unterstützt von Belarus als Mittäter, gegen die Ukraine führt, erneut auf das Schärfste – es ist dies ein durch nichts provoziertes, ungerechtfertigter und rechtswidriger Krieg, der seit 21 langen Monaten Tod, Zerstörung und unsägliches Leid über das ukrainische Volk bringt, negative Folgen für die Sicherheit des europäischen Kontinents und des gesamten OSZE-Raums nach sich zieht und die wirtschaftlichen Krisenpotenziale und die Ernährungsunsicherheit in vielen Ländern im Rest der Welt verschlimmert hat.

Wir bekräftigen unser unverbrüchliches Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Ein gerechter und dauerhafter Frieden lässt sich nur durch den unverzüglichen, vollständigen und bedingungslosen Abzug der russischen Truppen und ihrer Ausrüstung aus der gesamten Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen herbeiführen.

Italien bekennt sich zur Erhaltung der OSZE als einer der tragenden Säulen der regelbasierten europäischen Sicherheitsordnung. Auch dank unseres Engagements hat die Organisation nach dem 24. Februar 2022 große Resilienz an den Tag gelegt und es verstanden, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

Wir sind sehr erfreut, dass es möglich war, einen Konsens darüber zu erzielen, dass Malta mit dem OSZE-Vorsitz für 2024 betraut wird, damit die wahrhaft lebenswichtige Führung der Organisation in dem in kaum einem Monat beginnenden Jahr gewährleistet ist. Wir versichern unsere maltesischen Freundinnen und Freunde bei der Wahrnehmung der heiklen Aufgabe, die sie vor sich haben, unserer uneingeschränkten und entschlossenen Unterstützung. Gleichzeitig bedauern wir den ungerechtfertigten Widerstand einiger Teilnehmerstaaten gegen die ordnungsgemäße Kandidatur Estlands und danken Estland für das große Verantwortungsbewusstsein, das es unter Beweis gestellt hat.

Die Generalsekretärin und die Leiterinnen und Leiter der autonomen Institutionen haben ihre Sache im Einklang mit ihren jeweiligen Mandaten unter sowohl in politischer als auch organisatorischer Hinsicht wahrlich schwierigen Umständen sehr gut gemacht. Wir danken ihnen aufrichtig für ihre ausgezeichnete Arbeit und hoffen sehr, dass alle ihre

Mandate verlängert werden, um jene Kontinuität der Funktionen zu gewährleisten, die die Organisation braucht.

Herr Vorsitzender,

die OSZE durchläuft zurzeit sowohl in politischer Hinsicht als auch in Bezug auf ihre Arbeitsfähigkeit unbestreitbar eine schwierige und heikle Phase. Die Konsensregel wird missbraucht und instrumentalisiert, ohne Rücksicht darauf, dass dies irreparable Folgen für das ordnungsgemäße Funktionieren der Organisation haben könnte.

Wir stellen mit großem Bedauern fest, dass es seit 2021 nicht mehr möglich war, einen Gesamthaushaltsplan zu verabschieden. Die OSZE muss auf ausreichende finanzielle Ressourcen zählen können.

Mit Blick auf den 2025 bevorstehenden 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki möchte ich Italiens entschlossene Unterstützung für die OSZE und die grundlegenden Prinzipien und Verpflichtungen, auf denen sie aufbaut, bekräftigen – diese Prinzipien und Verpflichtungen sind weder verhandelbar, noch können sie revidiert oder neu ausgelegt werden.

Die OSZE verfügt auch über einen Acquis, der über fast 50 Jahre aufgebaut wurde und Themen betrifft, die am Ende des Konflikts von entscheidender Bedeutung sein werden, etwa vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und vor allem die Förderung der Menschenrechte unter dem Blickwinkel eines ganzheitlichen Sicherheitsprinzips.

Italien, das sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht einen der größten Beiträge zur OSZE leistet, wird sich weiterhin überzeugt und konsequent für das Gesamtinteresse der Organisation einsetzen. Wir legen allen Teilnehmerstaaten nachdrücklich nahe, es uns gleichzutun.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION TSCHECHIENS**

(Anhang 4 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der Erklärung der Europäischen Union an. Im Namen meines Landes möchte ich noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Dies ist das zweite Mal, dass der Ministerrat zusammentritt, während in Europa ein ausgewachsener Krieg tobt. Zur Stunde führt Russland einen Angriffskrieg gegen einen anderen Teilnehmerstaat. Russland muss sich an das Völkerrecht halten und seine Streitkräfte aus der gesamten Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abziehen.

Die OSZE befindet sich in einer Krise. Diese Krise ist darauf zurückzuführen, dass Russland die grundlegendsten OSZE-Prinzipien missachtet und die Beschlussfassung in der OSZE bewusst blockiert, indem es die Konsensregel der Organisation missbraucht.

Wir sind hier in Skopje zusammengekommen, um dafür zu sorgen, dass die OSZE als eine Organisation fortbesteht, die die bewährten Verfahren der Konfliktverhütung institutionalisiert, die Menschenrechte und demokratischen Werte fördert und die wirtschaftliche Entwicklung und den Umweltschutz vorantreibt. Die OSZE sollte als wertvolle Plattform für den Dialog in unserer Region erhalten bleiben.

Die Erfahrungen bei der Auswahl des neuen Vorsitzes waren schmerzhaft. Ich bedaure sehr, dass die Kandidatur Estlands von Russland und Belarus blockiert wurde.

In dieser Situation begrüßten wir die Bereitschaft Maltas, sich dieser herausfordernden Aufgabe zu stellen. Ich unterstütze die Kandidatur von Malta. Tschechien wird weiterhin Seite an Seite mit dem designierten Vorsitz für die Werte der OSZE eintreten.

Ich fordere den Ministerrat auf, auch andere notwendige Beschlüsse in Bezug auf die Institutionen zu fassen. Ich habe volles Vertrauen in die Generalsekretärin sowie in die Leiterinnen und Leiter aller drei autonomen Institutionen, die alle unter äußerst fordernden Bedingungen hervorragende Arbeit geleistet haben, und ich bin überzeugt, dass ihre Mandate verlängert werden sollten.

Die OSZE spielt eine wichtige Rolle dabei, die Ukraine bei der Bewältigung der Folgen des Krieges und seiner Auswirkungen auf das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Umwelt zu unterstützen. Tschechien ist stolz darauf, einen freiwilligen Beitrag zum Unterstützungsprogramm für die Ukraine zu leisten.

Bisher haben wir 240 000 Euro für die Aktivitäten der OSZE zur Unterstützung der Ukraine zur Verfügung gestellt. Das umfasst auch unsere jüngste Zusage zur Unterstützung des Büros des neu ernannten Sonderbeauftragten für die Ukraine.

Ich unterstütze auch die Bemühungen der OSZE, die von Russland im Zuge seiner Aggression gegen die Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Der Moskauer Mechanismus erweist sich in diesem

Zusammenhang als sehr nützliches Instrument. Russland muss und wird in vollem Umfang für das gesamte Spektrum seiner Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die OSZE muss in allen drei Dimensionen funktionsfähig bleiben. Es ist wichtig, dass Veranstaltungen wie das Prager Forum zur Wirtschafts- und Umweltdimension und die Warschauer Konferenz zur menschlichen Dimension trotz der russischen Blockaden stattgefunden haben. Allerdings sollten regelmäßige OSZE-Treffen wie durch ihr Mandat vorgeschrieben stattfinden. Ihre Abhaltung muss die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Ich würde mir wünschen, dass die Werte der OSZE im gesamten OSZE-Raum hochgehalten werden. Die territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen muss geachtet werden.

In diesem Sinne hoffen wir auch auf Fortschritte auf dem Weg zu einem dauerhaften und nachhaltigen Frieden zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die Rechte und die Sicherheit der Armenierinnen und Armenier in Karabach, einschließlich derjenigen, die in ihre Heimstätten zurückkehren möchten, müssen gewährleistet werden.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich dem derzeitigen Vorsitz Nordmazedonien meinen Dank aussprechen. Herr Minister Osmani, Sie haben in sehr schwierigen Zeiten eine starke Führungsrolle übernommen, dafür danke ich Ihnen.

Herr Vorsitzender, ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION POLENS**

(Anhang 5 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Polen möchte Nordmazedonien dafür danken, dass es das OSZE-Schiff unerschrocken durch stürmische Gewässer gesteuert hat, ebenso wie unserer Generalsekretärin, die sich darum bemüht hat, das Schiff dabei vor Schaden zu bewahren.

Die OSZE als unser aller gemeinsames Gut ist unersetzlich. Wir sind gemeinsam für ihre Vergangenheit wie für ihre Zukunft verantwortlich. Dabei müssen wir uns jedoch vor Augen halten, dass unsere Aufgabe darin besteht, das zu bewahren, was den Inhalt der OSZE ausmacht, nicht nur die äußere Hülle.

Polen hat alle Beschlüsse unterstützt, die dazu beitragen können, die wertvolle Arbeit der OSZE fortzusetzen. Daher verurteilen wir die ständige Obstruktionspolitik Russlands in Bezug auf die Prozesse, die auf die Wiederherstellung der Finanzierungssicherheit und der grundsätzlichen Funktionsfähigkeit der Organisation abzielen.

Ich möchte im Folgenden einige Punkte nennen, die Polen als Lehren aus unseren Erfahrungen und entscheidend für dauerhafte Stabilität im OSZE-Raum betrachtet.

Doch lassen Sie mich zunächst meine große Betrübnis darüber zum Ausdruck bringen, dass wir erneut zu einem Treffen des OSZE-Ministerrats zusammenkommen, das vor dem Hintergrund der fortgesetzten russischen Aggression stattfindet. Das Ministerrats-treffen in Skopje muss ein Zeichen unserer Solidarität mit dem ukrainischen Volk setzen, das Tag für Tag Opfer der mörderischen Aggression von Putins Regime wird. Russland trägt die volle Verantwortung für die in der Ukraine begangenen Verbrechen und wird die Konsequenzen daraus zu tragen haben. Die einzelnen Täterinnen und Täter müssen strafrechtlich verfolgt werden. Wir dürfen nicht von unserer entschlossenen Haltung zu Recht und Unrecht abrücken. Die Ukraine muss im Mittelpunkt der Aktivitäten der OSZE stehen, zu denen auch weitere praktische Hilfe im Rahmen des Unterstützungsprogramms für die Ukraine gehört.

Zweitens kann es keine dauerhafte Sicherheitsarchitektur geben, solange der Krieg weitergeht und die Prinzipien von Helsinki verletzt werden. Alle russischen Truppen müssen sofort hinter die international anerkannten Grenzen der Ukraine zurückgezogen werden. Solange die Invasion andauert, gibt es keinen Raum für irgendwelche „Geschäfte“ mit dem Aggressor.

Drittens müssen wir weiterhin auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten setzen. Ohne sie wird Sicherheit nicht funktionieren. Wir nennen das „umfassende Sicherheit“. Deshalb ist die menschliche Dimension der OSZE so wichtig.

Und schließlich dürfen wir nicht in die Falle tappen, Moskaus zynischer Erpressung zu weichen, um sich in Fragen von höchster Bedeutung und mit langfristigen Auswirkungen nachgiebig zu zeigen. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Krieg Russlands als „Operation“ oder „Krise“, eine Blockade als „fehlender Konsens“ bezeichnet werden, und dass „business as usual“ größeres Gewicht erhält, als der über viele Jahre entwickelte Acquis.

Abschließend möchte ich dem nächsten Vorsitz Standfestigkeit wünschen, die es braucht, um die Prinzipien und damit die Bedeutung der OSZE aufrechtzuerhalten. Letzteres wird nur dann möglich sein, wenn Ersterem Priorität eingeräumt wird.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION RUMÄNIENS**

(Anhang 6 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Herr Vorsitzender,

Rumänien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Darüber hinaus möchten wir die folgenden Bemerkungen im Namen unseres Landes hinzufügen.

Wie unsere Vorrednerinnen und Vorredner möchten auch wir Nordmazedonien und unserem Gastgeber, S. E. Minister Osmani, danken, der sich zusammen mit seinem Team mit ungeheurem Einsatz bemüht hat, unsere Organisation durch diese außerordentlichen Zeiten zu steuern. Wir begrüßen die prinzipienfeste und standhafte Haltung Nordmazedoniens zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und dass es nach wie vor dafür sorgt, dass die Organisation ihren Beitrag zur Bewältigung der vielfältigen Folgen dieses Krieges leistet.

Herr Vorsitzender,

wir sind mit einer bis dato nie gekannten Sicherheits- und humanitären Krise konfrontiert, ausgelöst durch den groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der einen eklatanten Verstoß gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts, die Charta der Vereinten Nationen und die Verpflichtungen der OSZE darstellt. Wir verurteilen erneut aufs Schärfste diesen durch nichts provozierten, ungerechtfertigten Angriffskrieg und die fortgesetzten Angriffe auf die zivile Infrastruktur der Ukraine, einschließlich der Donauhäfen unweit der Grenze zu Rumänien. Wir fordern die Russische Föderation erneut mit allem Nachdruck auf, alle ihre Streitkräfte und ihre gesamte Ausrüstung unverzüglich und bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzuziehen. Wir fordern auch Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Die vorsätzlichen Angriffe auf die zivile Infrastruktur und die Tötung unschuldiger Zivilpersonen durch die Russische Föderation sind abscheulich. Sie stellen eklatante Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar und müssen sofort unterbunden werden. Wir sind entschlossen, diejenigen, die für alle in der Ukraine begangenen schändlichen Verbrechen, einschließlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen. Rumänien trägt alle Bemühungen der internationalen Gemeinschaft mit, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, auch im Rahmen der OSZE, und schließt sich den Teilnehmerstaaten an, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben.

Rumänien wird der Ukraine weiterhin zur Seite stehen. Gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO hat Rumänien die Ukraine und das ukrainische Volk, das unter Russlands Angriffskrieg zu leiden hat, durch humanitäre, Makrofinanz- und militärische Hilfe unterstützt. Wir haben all jenen, die auf der Flucht vor dem Krieg nach Rumänien kommen, Unterkunft, Nahrung, medizinische Hilfe, Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt gewährt und werden dies auch weiterhin tun. Wir werden diese Unterstützung so lange verlässlich beibehalten, wie es nötig ist.

Wir sehen, wie das ukrainische Volk mit unglaublicher Widerstandskraft sein Land verteidigt und sich gegen den Aggressor zur Wehr setzt. Das ukrainische Volk kämpft auch um seine Zukunft in Europa: Daher ist die Zuerkennung des Status als Beitrittskandidat für die Ukraine von historischer Bedeutung, ebenso wie die jüngste Empfehlung der Europäischen Kommission, die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen.

Herr Vorsitzender,

da Russland seinen offenen Angriffskrieg fortsetzt, ist es wichtig, sich mit dessen Folgen, die über die Grenzen der Ukraine hinaus spürbar sind, auseinanderzusetzen und sie abzumildern. Wir begrüßen die Bemühungen der OSZE, die Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau zu stärken, auch im Bereich der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche, der Bekämpfung des Menschenhandels oder des Aufbaus demokratischer Institutionen. Lassen Sie mich betonen, dass Rumänien der Republik Moldau weiterhin jede erdenkliche Unterstützung zukommen lassen wird, um ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber destabilisierenden Aktivitäten externer Akteure zu stärken und ihren Weg zum Beitritt zur Europäischen Union zu unterstützen. Rumänien unterstützt nachdrücklich eine umfassende, friedliche und bestandfähige Beilegung des Konflikts in der Republik Moldau auf der Grundlage der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und ohne dass die europäische Perspektive des Landes beeinträchtigt wird. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, wie wichtig es ist, dass die russischen Truppen und die russische Munition im Einklang mit dem Völkerrecht und den OSZE-Verpflichtungen aus dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau abgezogen werden. In diesem Zusammenhang erwarten wir auch, dass das Mandat der OSZE-Mission im Einklang mit dem ordnungsgemäßen Verfahren verlängert wird.

Botschafter Viorel Moşanu, der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Südkaukasus, setzt sich mit Sachkenntnis, Energie und Engagement für die Unterstützung der internationalen Genfer Gespräche ein. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens.

In diesem Jahr kam es zu einer weiteren humanitären Krise im OSZE-Gebiet. Wir beobachten die schwierige Lage vor Ort weiterhin genau. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Souveränität, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität von Armenien und Aserbaidschan. Wir ermutigen Armenien und Aserbaidschan auch, ihr diplomatisches Bemühen mit Unterstützung der EU fortzusetzen, um umfassende Lösungen für alle offenen Fragen zu finden.

Da Russland rücksichtslos Energie und Nahrungsmittel als Kriegswaffe eingesetzt hat, sind die Auswirkungen des Krieges auch über die Ukraine hinaus spürbar. Russland trägt die Verantwortung für die weltweite Krise der Ernährungssicherheit, die es durch die Instrumentalisierung von Nahrungsmitteln in seinem Krieg gegen die Ukraine ausgelöst hat. Rumänien wird zusammen mit allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union weiterhin die zügige und zuverlässige Lieferung ukrainischer Agrarprodukte an die Weltmärkte unterstützen. Transporte von mehr als 30 Millionen Tonnen Getreide gingen durch unser Land.

Herr Vorsitzender,

diese Sicherheitskrise bisher nie gekannten Ausmaßes hat auch die OSZE als Ganzes erschüttert. Durch den Missbrauch der Konsensregel behindert die Russische Föderation das reibungslose Funktionieren der Organisation systematisch, schränkt ihre Handlungsfähigkeit

vor Ort ein und enthält ihr die dringend benötigten finanziellen Mittel vor. Russland trägt die alleinige Verantwortung für den derzeitigen Zustand der Organisation.

Aber die Organisation hat sich als widerstandsfähig erwiesen. Unser aufrichtiger Dank gilt dem vorhergehenden Vorsitz Polen sowie dem derzeitigen Vorsitz Nordmazedonien, der Generalsekretärin, den Feldoperationen und den autonomen Institutionen, die die Organisation am Laufen gehalten und den Teilnehmerstaaten und der Bevölkerung wertvolle Unterstützung geleistet haben. So leistete und leistet die Organisation der Ukraine weiterhin wertvolle Unterstützung, und zwar durch das Unterstützungsprogramm für die Ukraine (zu dessen Gebern auch Rumänien gehört) und den Sonderbeauftragten sowie durch die Arbeit der autonomen Institutionen – des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) (das die Menschenrechtslage beobachtet beziehungsweise die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft und der Verteidigerinnen und Verteidiger der Menschenrechte stärkt) und der Beauftragten für Medienfreiheit (die als Kontrollinstanz weiterhin die Medienfreiheit und die Sicherheit der Journalistinnen und Journalisten vor Ort beobachtet). Darin liegt die Bedeutung unserer Organisation und ihrer Institutionen und deshalb unternehmen wir weitere und verstärkte Anstrengungen, um dafür zu sorgen, dass sie weiterhin arbeiten kann.

In diesem Spannungsfeld kam der Konsens über den nächsten OSZE-Vorsitz zustande, den wir begrüßen; wir sind Malta dankbar, dass es diese Verantwortung übernommen hat. Ich möchte jedoch betonen, dass Estland absolut in der Lage war, die Organisation zu lenken, unsere gemeinsamen Prinzipien und Verpflichtungen zu verteidigen und sicherzustellen, dass die Organisation vor Ort handlungsfähig und auf der internationalen Bühne glaubwürdig bleibt. Die Russische Föderation hat nie ein stichhaltiges Argument dafür geliefert, warum dem nicht so sein sollte.

Wir müssen auch für Kontinuität auf der obersten Führungsebene der Organisation sorgen und unterstützen daher die Verlängerung der Mandate der derzeitigen Inhaberinnen und Inhaber der vier Spitzenpositionen: der Generalsekretärin, des Direktors von ODIHR, der Beauftragten für Medienfreiheit und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten. Wir sind ihnen für ihre unermüdliche Arbeit ebenso dankbar wie für ihre Bereitschaft, in diesen ungewissen Zeiten und mit den begrenzten Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, weiterzumachen. Lassen Sie mich diese Gelegenheit benützen, um unsere Unterstützung für die Mandate und die Autonomie der Institutionen zu bekräftigen.

Wir sind auch der Meinung, dass die Organisation mit angemessenen Ressourcen ausgestattet werden sollte, und wir haben den Vorsitz in seinem beharrlichen Bemühen, das zu gewährleisten, unterstützt, indem wir verschiedene Optionen sondiert haben. Wir leisten auch freiwillige Beiträge zu verschiedenen Projekten der Organisation.

Herr Vorsitzender,

wir brauchen eine robuste und prinzipienfeste OSZE, die auch in Zukunft ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit leistet, Russland für seine Aggression gegen einen souveränen Staat zur Rechenschaft zieht und vor Ort für ihre Teilnehmerstaaten und deren Bevölkerung etwas bewirkt. Wir werden Malta in seinen Bemühungen unterstützen, zu diesem Vorhaben beizutragen.

Danke.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS**

(Anhang 7 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich Nordmazedonien als OSZE-Vorsitz dafür danken, dass es die Organisation durch das vergangene Jahr geführt hat. Das war in der Tat keine leichte Aufgabe, denn die OSZE, nach wie vor die größte Sicherheitsorganisation der Welt, erfährt zurzeit einen rasanten Niedergang, da einst ordnungsgemäß verabschiedeten und sorgfältig ausgearbeiteten Mandaten und Verpflichtungen keinerlei Bedeutung mehr zugemessen wird.

Diese Entwicklung hat vor einigen Jahren ihren Anfang genommen, als die OSZE an der Umsetzung ihrer Kernaufgaben scheiterte: Frühwarnung und Konfliktverhütung. Leider wird sich dieser Prozess fortsetzen, wenn das gemeinsame Bewusstsein fehlt, dass eine Verletzung des Völkerrechts, in welchem Teil der Welt auch immer, unmissverständlich verurteilt werden muss und nicht geduldet werden darf, da sich andernfalls eine Atmosphäre der Straflosigkeit breitmacht, die dann auch in anderen Teilen der Welt zur neuen Normalität wird. Dabei ist der Zuständigkeitsbereich der OSZE bedauerlicherweise keine Ausnahme.

Im Südkaukasus erreichte der Bergkarabach-Konflikt, dessen Grundursachen Hass und Xenophobie in verschiedenen Ausprägungen sowie eine existenzielle Bedrohung für die Menschen waren, die in Freiheit und Würde in ihrer angestammten Heimat leben wollten, dieses Jahr seine Endphase. Nach einer neunmonatigen unmenschlichen Belagerung begann Aserbaidschan am 19. September eine weitere großangelegte Militäroffensive gegen die Bevölkerung von Bergkarabach, die die gewaltsame Massenvertreibung der einheimischen Bevölkerung zur Folge hatte. Mittlerweile können wir feststellen, dass Aserbaidschan mit der stillschweigenden Zustimmung der internationalen Gemeinschaft sein Langzeitziel erreicht hat: sich das Gebiet von Bergkarabach anzueignen, allerdings ohne dessen armenische Bevölkerung.

Doch selbst, nachdem Aserbaidschan das erreicht hatte, stellte es noch weitere Ansprüche. Mittlerweile hat es unser Nachbar auf unser gesamtes souveränes Hoheitsgebiet abgesehen. Gepaart mit ständigem Hass, militärischer Rhetorik, der Anwendung und Androhung von Gewalt und der Verweigerung der Teilnahme an den von verschiedenen internationalen Akteuren einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union ausgerichteten Treffen, führt dies deutlich vor Augen, dass Aserbaidschan nicht aufrichtig an Frieden und Stabilität in unserer Region interessiert ist.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

trotz der humanitären Katastrophe in Bergkarabach fühlt sich Armenien weiterhin dem Ziel verpflichtet, ein neues Zeitalter des Friedens im Südkaukasus einzuläuten, und glaubt daran, dass das noch immer möglich ist. Damit diese Möglichkeit Realität werden kann, brauchen wir von Aserbaidschan ein aufrichtiges Engagement auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und von den internationalen Akteuren die entschlossene Unterstützung unserer auf sorgfältig ausgearbeiteten und wohlbekanntem Prinzipien fußenden Bemühungen. Diese Prinzipien, die auf breiter Basis erörtert und von der aserbaidschanischen Seite anerkannt oder zumindest nicht zurückgewiesen wurden, umfassen:

- die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität auf Grundlage der Erklärung von Alma-Ata von 1991 ohne weitere Mehrdeutigkeiten,
- die Festlegung des Verlaufs der Staatsgrenze zwischen Armenien und Aserbaidschan auf Grundlage des neuesten und seriösesten Kartenmaterials – den Karten des Generalstabs der UdSSR von 1974 – 1978,
- die Öffnung aller Verkehrs- und wirtschaftlichen Verbindungen unter vollständiger Achtung der Souveränität und rechtlichen Zuständigkeit der beiden Länder, auch dies auf Basis der Prinzipien der Gleichbehandlung und Gegenseitigkeit.

Die armenische Seite hat jüngst ihr Bekenntnis zu den oben genannten Prinzipien bekräftigt und ihre Bereitschaft zur Einleitung praktischer Schritte bewiesen, indem sie das Konzept für ein Konnektivitätsprojekt mit dem Titel *Crossroads of Peace* vorstellte. Dieses ehrgeizige Projekt soll durch regionale Zusammenarbeit den Osten mit dem Westen und den Norden mit dem Süden verbinden, um die Voraussetzungen für die Stärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu schaffen, Gegensätze abzubauen und eine bessere Konnektivität und einen positiveren politischen Dialog zwischen den Ländern unserer Region zu fördern.

Diesbezüglich ist die Öffnung der Grenze zwischen Armenien und Türkiye von entscheidender Bedeutung. Wie Sie vielleicht wissen, haben wir eine Einigung über die Öffnung der Landgrenze für Drittstaatsangehörige sowie armenische und türkische Staatsangehörige mit Diplomatenpass erzielt, wie es auch von meinem Amtskollegen, Minister Fidan, bei unserem bilateralen Treffen am 23. Oktober bestätigt wurde. Sogar ein konkreter Zeitplan wurde genannt, nämlich die kommenden Wochen, und wir hoffen, dass wir diesen ersten, aber durchaus konkreten Schritt möglichst zeitnah umsetzen werden.

Frau Vorsitzende,

bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan stellt sich auch eine Reihe humanitärer Fragen, die nicht ignoriert werden können. Die Freilassung aller armenischen Gefangenen, einschließlich derer, die nach dem 19. September gefangen genommen wurden, die Zusammenarbeit bei der Klärung des Schicksals vermisster Personen sowie der Schutz armenischer Kulturgüter in Bergkarabach und dessen Umgebung können einem dauerhaften, gerechten und würdigen Frieden den Weg bereiten.

Abschließend möchte ich betonen, dass Armenien als verantwortungsvoller Teilnehmerstaat der OSZE bei zahlreichen Gelegenheiten bewiesen hat, dass es sich dem regionalen und weltweiten Frieden verschrieben hat, und es auch weiterhin auf dieses Ziel hinarbeiten wird. Ich möchte es noch einmal sagen: Armenien ist nach wie vor bereit zu Verhandlungen, und Aserbaidschan muss damit aufhören, die Vorschläge von Vermittlern und Vermittlerinnen für ein Treffen und die Ausarbeitung einer endgültigen Fassung eines Friedensvertrags abzulehnen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sich die interessierten Parteien sowie die internationale Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit aufrichtig darum bemühen, das Kapitel der Gewalt im Südkaukasus hinter sich zu lassen und die regelbasierte internationale Ordnung zu stärken.

Danke.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION JAPANS (KOOPERATIONSPARTNER)**

(Anhang 8 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Herr Vorsitzender,  
verehrte Ministerinnen und Minister,  
Exzellenzen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen der japanischen Regierung möchte ich der OSZE und ihrem Vorsitz Nordmazedonien meine aufrichtige Anerkennung für ihre Bemühungen bei der Vorbereitung des OSZE-Ministerratstreffens aussprechen. Es ist mir auch eine Ehre, als stellvertretender parlamentarischer Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten im Namen Japans, einem der Kooperationspartner der OSZE in Asien, an diesem Ministerratstreffen teilzunehmen.

Die internationale Gemeinschaft steht vor komplexen und vielfältigen Herausforderungen.

Vor einigen Wochen gaben die Außenministerinnen und Außenminister der G7 bei ihrem Treffen in Tokio eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie ihre übereinstimmende Einschätzung der Lage um Israel und Palästina darlegten. Wesentlich ist, dass zur Sicherstellung des Zugangs für humanitäre Hilfe humanitäre Pausen eingelegt werden, dass das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, eingehalten wird und dass auf Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten mittel- bis langfristige Frieden geschaffen wird.

Mehrmals wurden auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen Israel und der Hamas Geiseln freigelassen. Beide Seiten haben die humanitäre Pause bisher zweimal verlängert.

Japan begrüßt die fortdauernde Umsetzung der Vereinbarung. Es ist wichtig, dass die Vereinbarung stetig umgesetzt und die Pause über einen längeren Zeitraum fortgesetzt wird. Die G7-Außenminister und -Außenministerinnen kündigten an, die weitere Verlängerung dieser Pause und gegebenenfalls erforderliche künftige Pausen zu unterstützen, damit die humanitäre Hilfe ausgeweitet und die Freilassung aller Geiseln erleichtert werden kann.

Ich habe an der internationalen humanitären Konferenz für die Zivilbevölkerung in Gaza teilgenommen; dabei wurde für mich offensichtlich, wie notwendig es ist, die humanitäre Lage vor Ort so schnell wie möglich zu entschärfen, und wie wichtig die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Organisationen zu diesem Zweck ist.

Die japanische Regierung hat als Reaktion auf die sich verschlechternde humanitäre Lage im Gazastreifen ein Soforthilfepaket in Höhe von 10 Millionen US-Dollar für Nahrungsmittel, Wasser und medizinische Versorgung ausgezahlt. Darüber hinaus bereiten wir weitere Hilfeleistungen in Höhe von insgesamt ungefähr 65 Millionen US-Dollar für Palästina vor.

Aber trotz der zunehmend angespannten Situation im Nahen Osten sollten wir niemals die Ukraine vergessen. Die Aggression Russlands gegen die Ukraine ist ein ungeheurerlicher Akt, der die internationale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert. Japan verurteilt

Russland erneut aufs Schärfste. Die Haltung Japans, strenge Sanktionen gegen Russland zu verhängen und die Ukraine mit allem Nachdruck zu unterstützen, bleibt unverändert.

Japan hat der Ukraine Unterstützung in Höhe von insgesamt rund 7,6 Milliarden US-Dollar zugesagt und wird diese Unterstützung fortlaufend umsetzen. Wie im Zuge der Telefongespräche zwischen dem Premierminister Japans Kishida und dem Präsidenten der Ukraine Selenskyj im November vereinbart, wird Japan im Februar nächsten Jahres in Tokio die japanisch-ukrainische Konferenz zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Ukraine abhalten. Japan wird durch eine Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor seine Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine in der Sanierungs- und Wiederaufbauphase des Landes intensivieren.

Es ist auch wichtig, die Ukraine an der diplomatischen Front zu unterstützen. Japan wird seine Bemühungen fortsetzen, um gemeinsam mit internationalen Partnern den Prozess im Hinblick auf eine Friedensformel voranzubringen.

Was den indopazifischen Raum angeht, so wird im Ostchinesischen und Südchinesischen Meer der einseitige Versuch, den Status quo gewaltsam zu verändern, fortgesetzt oder sogar noch forciert. Außerdem stellt die Intensivierung der Nuklear- und Raketenaktivitäten Nordkoreas am 21. November eine klare Verletzung der Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen dar.

Als Partner der OSZE in Asien möchte Japan betonen, dass einseitige Änderungen des Status quo mit Gewalt nirgendwo auf der Welt geduldet werden können und dass die Sicherheit des euroatlantischen Raums untrennbar mit der des indopazifischen Raums verbunden ist.

Gestatten Sie mir, in diesem internationalen Rahmen auf die Kooperation zwischen Japan und der OSZE einzugehen. Japan war der erste Kooperationspartner der OSZE in Asien. Wir haben Beiträge zu konkreten Projekten der OSZE zur Stärkung der Demokratisierung und zur Förderung der regionalen Stabilität geleistet.

So hat Japan etwa Fachleute in die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine entsandt und finanzielle Hilfeleistungen zur Stärkung der Grenzmanagementkapazität in Zentralasien und Afghanistan bereitgestellt. Diese Kooperationsprojekte Japans beruhen auf der Erkenntnis, dass die Sicherheit auch im entferntesten Winkel der Welt untrennbar mit der Sicherheit im Rest der Welt verbunden ist.

Japan wird seine Zusammenarbeit mit der OSZE, die einen umfassenden Sicherheitsansatz unter Einbeziehung von politischen, militärischen, Wirtschafts- und Umwelt- sowie Menschenrechtsfragen verfolgt, in der Zukunft weiter verstärken.

Herr Vorsitzender,  
verehrte Ministerinnen und Minister,  
Exzellenzen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Japan wird nächstes Jahr Gastgeber der OSZE-Asienkonferenz sein. In einer Zeit, in der die internationale Gemeinschaft vor einer Zeitenwende steht, wird Japan die Zusammenarbeit mit der OSZE weiter verstärken, um eine freie und offene internationale Ordnung auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit zu erhalten, die die Welt zu Kooperation statt zu Spaltung und Konfrontation führt.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION VON TÜRKIYE**

(Anhang 9 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Danke, Herr Vorsitzender. Danke, Minister Osmani, auch für Ihre herzliche Gastfreundschaft hier in Skopje.

Erlauben Sie mir, Ihnen und Nordmazedonien für die Übernahme des OSZE-Vorsitzes in diesem Jahr zu danken und Ihnen meine Anerkennung für Ihren äußerst großen Einsatz auszusprechen.

Auch möchte ich Generalsekretärin Schmid und den vier höchsten Führungskräften sowie dem gesamten Personal dieser Organisation meine Anerkennung aussprechen. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen in der kommenden Zeit.

Türkiye dankt Malta für seine Bereitschaft zur Übernahme des Vorsitzes 2024 und spricht ihm seine Glückwünsche aus.

Wir kommen erneut unter außergewöhnlichen Umständen zusammen, um uns für Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene einzusetzen.

Der tragische Krieg in der Ukraine dauert nun schon seit bald zwei Jahren an.

In der Ukraine herrschen unermessliche Verwüstung, Zerstörung und menschliches Leid.

Die Auswirkungen des Krieges nehmen auch auf regionaler und globaler Ebene dramatisch zu.

Dieser Krieg schadet uns allen.

Ich möchte noch einmal unsere konsequente Haltung, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu unterstützen, sowie unser Bekenntnis zur Aufrechterhaltung von Dialog und Diplomatie im Hinblick auf eine politische Beilegung bekräftigen.

Seit unserer letzten erweiterten Sitzung Ende September ist es in einem anderen Teil der Welt, nicht allzu weit vom OSZE-Raum entfernt, ebenfalls zu furchtbarer Verwüstung, Zerstörung und unermesslichem menschlichen Leid gekommen.

Bedauerlicherweise mussten wir am 7. Oktober und danach massive Verluste von Menschenleben unter der Zivilbevölkerung miterleben, die uns zutiefst erschüttert haben. Zunächst moralisch im Recht, hat Israel in der Folge wahllos Zivilpersonen und alle Arten ziviler Infrastruktur, darunter Krankenhäuser in Gaza, gezielt und massiv angegriffen.

In der jüngeren Geschichte hatte die Welt noch nie so hohe Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, vor allem von Frauen und Kindern, in so kurzer Zeit zu beklagen gehabt. Die Vereinten Nationen selbst haben noch nie eine so große Menge an zivilem Personal in einem bewaffneten Konflikt verloren.

Der Leitspruch des nordmazedonischen Vorsitzes lautet „Es geht um die Menschen“. Ja, das sollte es. Nicht nur um die eigenen Leute, sondern um alle Menschen.

Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist keine Übertreibung, dass die OSZE die schwierigste Zeit ihrer Geschichte durchlebt.

Auch in der Vergangenheit hat es schwierige Zeiten gegeben; Zeiten, in denen es nicht leicht war, Entscheidungen zu treffen.

Zu einer Situation wie der heutigen ist es jedoch noch nie gekommen.

Trotzdem behält die Organisation ihre Bedeutung als inklusivste Plattform für umfassende Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Diese Plattform gilt es zu bewahren.

Wenn es uns nicht gelingt, die Organisation aus der schwierigen Lage zu befreien, in der sie sich zurzeit befindet, welche Hoffnung auf kooperative Sicherheit – egal, wo und wann – bleibt uns dann überhaupt noch? Ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, versänke in Konfrontation, ja sogar Konflikten. Es gäbe keine Transparenz, keine Rüstungskontrolle, kein Vertrauen und keine Sicherheit. Es ist Zeit, dass wir uns besinnen und die Dinge in die Hand nehmen.

Reformen sollten ein fester Bestandteil unserer Arbeit sein.

Ich glaube, dass das alte, aber äußerst relevante Konzept der kooperativen Sicherheit, das die Sicherheitsarchitektur und den Sicherheitsdiskurs in Europa nach dem Kalten Krieg bestimmt hat, 2024 und 2025 eine neue Chance erhalten sollte.

Gäbe es die OSZE heute nicht schon, wären wir nicht in der Lage, sie ins Leben zu rufen. Sie ist ein einzigartiges und wertvolles Gebilde. Vor diesem Hintergrund möchte mein Land, Türkiye, die anderen Teilnehmerstaaten auffordern, sich um Konsens, aber auch um Kompromisse und Visionen zu bemühen, um diese Organisation zu stärken und ein neues Kapitel der kooperativen Sicherheit in Europa aufzuschlagen.

Um die Debatte darüber anzuregen, werden wir uns beim bevorstehenden Diplomatieforum in Antalya im März diesem Thema widmen – also genau dem Forum, das die Ukraine und Russland 2022 zum ersten Mal nach Beginn des Krieges zusammenbrachte.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## **ERKLÄRUNG DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

(Anhang 10 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Die Delegation Spaniens übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union dankt dem Amtierenden Vorsitzenden, Außenminister Osmani, sowie Nordmazedonien als OSZE-Vorsitz 2023 für ihre Gastfreundschaft hier in Skopje und dafür, wie sie die Organisation in diesen turbulenten Zeiten geleitet haben. Wir möchten auch Botschafter Igor Djundev und seinem engagierten Team in Wien für ihren unermüdlichen Einsatz im gesamten vergangenen Jahr unsere Anerkennung zollen. Dieses Jahr war geprägt davon, dass sich der OSZE-Raum und die Organisation aufgrund von Russlands rechtswidrigem, durch nichts provoziertem und ungerechtfertigtem Angriffskrieg gegen die Ukraine ständigen Herausforderungen gegenübersehen. Wir sind dem Vorsitz Nordmazedonien besonders dankbar dafür, dass er dieser Aggression stets einen prominenten Platz auf der Tagesordnung der Organisation eingeräumt hat. Die EU spricht dem Vorsitz auch ihren Dank für die engagierten Bemühungen um die Konsensfindung in Angelegenheiten von hoher Dringlichkeit für die Funktionsfähigkeit der OSZE aus.

Wir begrüßen die Beschlüsse des Ministerrats über die Übernahme des Vorsitzes durch Malta im Jahre 2024 sowie über die Verlängerung der Mandate der Generalsekretärin und der Leiterinnen und Leiter der drei autonomen Institutionen. Wir freuen uns darauf, mit Malta zusammenzuarbeiten und es in seinem Vorhaben zu unterstützen, die Organisation zu führen und dabei sicherzustellen, dass die OSZE im Umgang mit den beispiellosen Herausforderungen für die Sicherheit in Europa, denen wir zurzeit gegenüberstehen, ihren Beitrag leistet.

Wir bekräftigen unsere nachdrückliche Unterstützung für die Generalsekretärin, das Sekretariat und die anderen Durchführungsorgane der OSZE, darunter die Feldoperationen, sowie für die autonomen Institutionen und deren Leiterinnen und Leiter. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, die Wirksamkeit der Organisation und ihre Handlungsfähigkeit unter diesen schwierigen Umständen zu erhalten und ihr zu ermöglichen, in allen drei Dimensionen effektiv agieren zu können, auch indem wir sie mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten. Wir freuen uns auch auf die weitere fruchtbare Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie mit den OSZE-Kooperationspartnern.

Wir rufen alle Teilnehmerstaaten auf, anzuerkennen, wie wichtig es ist, für die Kontinuität der OSZE unter einer starken Führung zu sorgen, insbesondere in einer Zeit, in der ihre Prinzipien, Verpflichtungen und Werte für unsere gemeinsame Sicherheit entscheidender sind denn je.

Schon das zweite Jahr in Folge war das Ministerratstreffen von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine geprägt. Genauso wenig wie letztes Jahr ist es Russland jedoch gelungen, dieses Forum dazu zu missbrauchen, seinen Angriffskrieg zu legitimieren und von seiner Verantwortung dafür abzulenken. Den haltlosen Behauptungen und falschen Anschuldigungen Russlands wurde erneut mit einer entschiedenen Verurteilung seines brutalen Angriffskriegs gegen die Ukraine als eklatanter Verletzung des Völkerrechts, einschließlich der VN-Charta, und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie als größte Bedrohung für unsere gemeinsame Sicherheit begegnet. Vor diesem Hintergrund hat

die anhaltende überwältigende Unterstützung der Teilnehmerstaaten für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen die Nichtverhandelbarkeit und Unwiderrufbarkeit der zentralen Normen, Prinzipien und Verpflichtungen unterstrichen, die für die Sicherheit in Europa wesentlich sind.

Da sie diese Normen und Prinzipien hochhalten, sind die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten entschlossen, der Ukraine und ihrer Bevölkerung so lange zur Seite zu stehen, wie es nötig ist. 90 Jahre nach den Ereignissen des Holodomor bringen wir erneut unsere tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass sich die schändlichen Taten der Vergangenheit wiederholen und Russland ein weiteres Mal Nahrungsmittel als Waffe einsetzt, was schwerwiegende und tragische Folgen für viele Länder auf der ganzen Welt nach sich zieht.

Schon das zweite Ministerratstreffen in Folge erschallte laut und deutlich die Forderung, sicherzustellen, dass die Verantwortlichen für alle im Zuge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine verübten Gräueltaten, einschließlich des Verbrechens der Aggression, zur Rechenschaft gezogen werden. Wir haben diesbezüglich auch die Empfehlungen der Parallelkonferenz der *Civic Solidarity Platform* sowie die Schlussfolgerungen der von der Ukraine angeregten Nebenveranstaltung mit dem Titel „Im Schatten der russischen Besatzung – wie können Rechenschaftspflicht und die Rückkehr ziviler Gefangener sichergestellt werden?“ aufmerksam zur Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang werden wir von Russland weiterhin die unverzügliche Freilassung aller Personen einfordern, die unrechtmäßig ihrer Freiheit beraubt wurden, einschließlich der drei willkürlich festgehaltenen OSZE-Personalangehörigen. Russland muss gewährleisten, dass die Behandlung aller Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich in russischer Gefangenschaft befinden, in voller Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen steht.

Auf der Grundlage unserer gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen und unserer erstarkten Entschlossenheit zu deren Umsetzung werden wir die Instrumente und Mittel der Organisation in allen drei Dimensionen der Sicherheit weiterhin nutzen, erhalten und sogar noch ausbauen.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Krise, mit der wir derzeit konfrontiert sind, keine Unzulänglichkeit in den Regeln und Prinzipien widerspiegelt, die der europäischen Sicherheitsordnung zugrunde liegen. Sie ist kein Versagen der OSZE. Sie ist das Versagen eines einzelnen Teilnehmerstaates, der sich, aktiv unterstützt von einem anderen Teilnehmerstaat, nicht an diese Regeln und Prinzipien hält. Wir fordern Russland auf, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine unverzüglich zu beenden und all seine Truppen und all seine militärische Ausrüstung vollständig und bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzuziehen. Wir können einen Raum der gemeinsamen, unteilbaren Sicherheit schaffen, der auf Vertrauen und Zusammenarbeit beruht und in dem Frieden herrscht, wenn alle 57 Teilnehmerstaaten die universellen Werte, Prinzipien und Regeln hochhalten, auf die sie sich aus freien Stücken verständigt haben.

Wir ersuchen um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung des Ministerrates.

Die Bewerberländer Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup>, Albanien<sup>1</sup>, Ukraine, Republik Moldau und Bosnien und Herzegowina<sup>1</sup>, das potenzielle Bewerberland Georgien und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Liechtenstein sowie Andorra, Monaco und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Nordmazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien und Herzegowina nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LUXEMBURGS  
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BELGIEN, BULGARIEN,  
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,  
FRANKREICH, GRIECHENLAND, ISLAND, ITALIEN, KANADA,  
KROATIEN, LETTLAND, LITAUEN, MONTENEGRO, DEN  
NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN, POLEN,  
PORTUGAL, RUMÄNIEN, SCHWEDEN, DER SLOWAKEI,  
SLOWENIEN, SPANIEN, TSCHECHIEN, TÜRKIYE, UNGARN,  
DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND  
DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 11 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung erfolgt im Namen der NATO-Bündnispartner und des Beitrittskandidaten Schweden.

Der Frieden im OSZE-Raum ist zerstört. Der rechtswidrige, ungerechtfertigte und unprovokierte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, den wir aufs Schärfste verurteilen, untergräbt die euroatlantische Sicherheitsordnung auf besorgniserregende Weise. Er stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, dar und verletzt Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE, wie sie beispielsweise in der Schlussakte von Helsinki enthalten sind.

Wir bekräftigen unsere unverbrüchliche Solidarität mit der Ukraine. Wir werden die rechtswidrigen und unrechtmäßigen Annexionsversuche Russlands, einschließlich der versuchten Annexion der Krim, niemals anerkennen. Wir unterstützen voll und ganz das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und auf die freie Wahl ihrer sicherheitspolitischen Dispositionen. Die Zukunft der Ukraine ist in der NATO. Fest entschlossen werden wir die politische und praktische Unterstützung für die Ukraine weiterhin verstärken, so lange es nötig ist. Wir begrüßen die Unterstützung der Ukraine durch andere OSZE-Teilnehmerstaaten.

Es darf keine Straffreiheit für die von Russland begangenen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, darunter Kriegsverbrechen wie die Zwangsdeportation von Kindern, geben. Ferner verurteilen wir sämtliche Angriffe auf die Energieinfrastruktur, insbesondere im Winter. Russlands Krieg hat auch der Umwelt, der nuklearen Sicherheit sowie der weltweiten Energie- und Ernährungssicherheit schweren Schaden zugefügt. Wir setzen uns dafür ein, dass die ukrainischen Getreideexporte fortgesetzt werden und unterstützen aktiv die internationalen Bemühungen zur Linderung der weltweiten Nahrungsmittelkrise.

Wir fordern alle Länder nachdrücklich auf, keinerlei Beihilfe zur russischen Aggression zu leisten. Belarus trägt mit seiner Unterstützung maßgeblich zu dieser Aggression bei, indem es Russland weiterhin sein Hoheitsgebiet und seine Infrastruktur für dessen Angriffe auf die Ukraine zur Verfügung stellt. Belarus muss aufhören, Russland Beihilfe zu leisten, und zur Einhaltung des Völkerrechts zurückkehren. Wir verurteilen die

von Russland angekündigte Stationierung nuklearer Waffen und nuklearfähiger Systeme in Belarus.

Russland ist die größte und unmittelbarste Bedrohung für unseren Frieden, unsere Sicherheit und unsere Stabilität. Es versucht, durch Zwang, Subversion, Desinformation, Aggression und rechtswidrige Annexionsversuche Einflussphären zu schaffen und direkte Kontrolle auszuüben. Russlands militärischer Aufmarsch, unter anderem in der Ostsee-, Schwarzmeer- und Mittelmeerregion und im hohen Norden, sowie seine militärische Integration mit Belarus sind eine Herausforderung für unsere Sicherheit. Die Drohgebärden Russlands, seine intensivierten hybriden Aktionen, unter anderem durch Stellvertreter, und seine unverantwortliche nukleare Rhetorik sowie die Anwendung von Gewalt zur Verfolgung seiner politischen Ziele unterminieren die regelbasierte internationale Ordnung.

Wir suchen keine Auseinandersetzung und bedrohen Russland nicht. Russland muss sein aggressives Verhalten einstellen und das Völkerrecht vollständig einhalten. Wir sind weiterhin bereit, die Kommunikationskanäle mit Moskau offen zu halten, um mit Risiken umzugehen und sie zu mindern, eine Eskalation zu verhindern und die Transparenz zu erhöhen, auch im Rahmen der OSZE. Wir werden die Abschreckung und die Verteidigung erheblich verstärken, unsere Widerstandsfähigkeit erhöhen und unsere Partner bei der Abwehr von böswilliger Einmischung und Aggression unterstützen.

Russland hat Konflikte im OSZE-Raum entfacht und die Bemühungen um deren Beilegung vereitelt. Wir fordern Russland auf, seine Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zu beenden und alle seine Streitkräfte samt Material abzuziehen, die in Georgien und der Republik Moldau ohne deren Zustimmung stationiert wurden. Wir unterstützen nachdrücklich deren Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Russland legt weiterhin demonstrativ Geringschätzung gegenüber der Rüstungskontrolle an den Tag. Wir verurteilen den Rücktritt Russlands vom wegweisenden Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), der zur Folge hat, dass die verbündeten Vertragsstaaten beabsichtigen, die Anwendung des KSE-Vertrags so lange wie nötig auszusetzen. Geschlossen bekennen wir uns nach wie vor zu einer wirksamen konventionellen Rüstungskontrolle als Schlüsselement der euroatlantischen Sicherheit. Dies ergänzt das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv des Bündnisses, das die Bündnispartner weiter zu stärken beschlossen haben.

Russland muss seinen Angriffskrieg unverzüglich beenden und sich vollständig und bedingungslos aus der Ukraine zurückziehen. Wir setzen uns für einen gerechten und dauerhaften Frieden ein, der den Prinzipien der VN-Charta entspricht, und begrüßen daher die Friedensformel von Präsident Selenskyj.

Angesichts der beispiellosen Herausforderungen, mit denen die Organisation konfrontiert ist, weisen wir erneut auf die große Bedeutung der OSZE als einzigartiges Forum für Dialog und die Förderung der umfassenden Sicherheit hin. Wir werden die Arbeit der OSZE in allen drei Dimensionen der Sicherheit weiterhin unterstützen und uns dafür einsetzen, dass sie, einschließlich ihrer unabhängigen Institutionen und Feldmissionen, wirksam und ungehindert funktionieren kann.

Die Teilnehmerstaaten, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um deren Aufnahme in das Journal dieses Ministerratstreffens.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

(Anhang 12 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Zunächst möchte ich Ihnen und Ihrem engagierten Team im Namen des Vereinigten Königreichs danken. Danke für den herzlichen Empfang hier in Skopje. Danke auch für die hervorragende Führung in diesem schwierigen Jahr. Unsere höchste Wertschätzung und unser aufrichtiger Dank gehen auch an unsere Generalsekretärin – an Dich, liebe Helga –, an die Leiterinnen und Leiter der autonomen Institutionen und das engagierte Personal der OSZE.

Wie Lord Cameron diese Woche sagte, wird das Vereinigte Königreich der Ukraine so lange zur Seite stehen, wie es nötig ist. Wir werden weiterhin politische, wirtschaftliche, militärische und moralische Unterstützung leisten, um sicherzustellen, dass die Ukraine siegt, und um für dauerhaften Frieden, den das ukrainische Volk verdient, und die Sicherheit, die unser Kontinent angesichts einer solchen hemmungslosen, ungerechtfertigten Aggression braucht, zu sorgen.

Wie die überwältigende Mehrheit der Mitglieder dieser Organisation in dieser Woche immer wieder bekräftigt hat, ist Russland – mit Unterstützung des belarussischen Regimes – allein für die rechtswidrige, groß angelegte Invasion der Ukraine verantwortlich. Zu Russland möchten wir nur eines sagen: Ihr Handeln, Ihre Verstöße gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki sind durch nichts zu rechtfertigen.

Wie es die überwältigende Mehrheit hier in Skopje zum Ausdruck gebracht hat: Diese Prinzipien – Souveränität und territoriale Integrität – sind wirklich wichtig, diese Organisation ist wirklich wichtig, und wenn es wirklich wichtig ist, dann stehen wir zusammen – das haben wir erneut bewiesen –, um die Organisation und ihre Prinzipien zu verteidigen.

Gestern haben wir von Außenminister Lawrow gehört, die OSZE stehe am „Rande des Abgrunds“. Ein Kommentar von geringer Aussagekraft, kommt er doch vom Vertreter eines Landes, das 2008 in Georgien einmarschiert ist, 2014 die Krim widerrechtlich annektiert und letztes Jahr eine groß angelegte Invasion in der Ukraine gestartet hat. Ein Kommentar von geringem Überraschungswert, wenn man bedenkt, dass die OSZE eine entscheidende Rolle dabei spielt, Russland zur Verantwortung zu ziehen, unter anderem im Rahmen des Moskauer Mechanismus. Ein Kommentar, von dem sich, wie dieses Ministerstatstreffen zeigt, niemand hat täuschen lassen.

Herr Vorsitzender, wir haben gezeigt, dass wir die OSZE brauchen. In einer unruhigen Region genießen die OSZE-Einrichtungen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte weltweite Anerkennung, da sie Staaten zur Rechenschaft ziehen. OSZE-Feldmissionen sind auf dem gesamten Balkan und in Zentralasien aktiv und arbeiten mit den Regierungen der Gastländer zusammen, um langfristige Veränderungen zu bewirken.

Das Vereinigte Königreich ist hocherfreut darüber, dass man sich auf einen neuen Vorsitz geeinigt hat, und begrüßt die Verlängerung der Mandate der Generalsekretärin und der Leiterinnen und Leiter der autonomen Institutionen. Wir danken ihnen, dass sie sich so kurzfristig zur Verfügung gestellt haben, um die fortgesetzte Wirksamkeit der OSZE zu gewährleisten. Sie können alle mit der uneingeschränkten Unterstützung des Vereinigten Königreichs rechnen. Herr Vorsitzender, wie wir alle wissen, fehlt der OSZE noch immer ein gemeinsam verabschiedeter, angemessener Haushaltsplan. Wir freuen uns darauf, im Geiste

der Konsensfindung nach Wien zurückzukehren, um diese wichtige Angelegenheit endgültig zum Abschluss zu bringen.

Herr Vorsitzender, wir werden auch im Jahr 2024 der Ukraine weiterhin zur Seite stehen. Wir werden uns weiterhin für die OSZE einsetzen. Und wir werden weiterhin für die Grundlagen und Werte unserer kollektiven europäischen Sicherheit eintreten. Das ist der Weg, für den wir uns entschieden haben, und genau deshalb sind wir hier.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ISLANDS  
(AUCH IM NAMEN VON BULGARIEN, DÄNEMARK, ESTLAND,  
FINNLAND, IRLAND, KANADA, LETTLAND, LITAUEN,  
NORWEGEN, POLEN, RUMÄNIEN, SCHWEDEN, DER SLOWAKEI,  
TSCHECHIEN, DER UKRAINE, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH  
UND DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 13 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Herr Vorsitzender,  
verehrte Ministerinnen und Minister,  
sehr geehrte Frau Generalsekretärin der OSZE,  
Exzellenzen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Island möchte Bujar Osmani und unseren nordmazedonischen Gastgebern von ganzem Herzen dafür danken, dass sie unsere Organisation durch diese unglaublich schwierigen Zeiten geführt haben. Unser Dank gilt auch unserer Generalsekretärin, den Leiterinnen und Leitern der Institutionen der OSZE und dem gesamten OSZE-Personal.

Wir möchten auch Malta dafür danken, dass es in letzter Minute die große Verantwortung für den Vorsitz unserer Organisation im Jahr 2024 übernommen hat, und wir versichern Minister Ian Borg der vollen Unterstützung Islands.

Herr Vorsitzender,

die OSZE wurde gegründet, um Frieden und Sicherheit zu verteidigen und Gerechtigkeit und Zusammenarbeit zu fördern.

Unsere Organisation bietet seit geraumer Zeit eine tragfähige Plattform für Dialog, Diplomatie, Zusammenarbeit und Vertrauensbildung im OSZE-Raum. Sie hat die Weichen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und friedliche Koexistenz gestellt.

Doch nun, fast 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, sind wir damit konfrontiert, dass die Russische Föderation einen anderen OSZE-Teilnehmerstaat brutal überfallen hat.

Der durch nichts provozierte und rechtswidrige Angriffskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt, verursacht seit mehr als 21 Monaten verheerendes Leid, Tod und Zerstörung und hat die europäische Sicherheitsarchitektur in ihren Grundfesten erschüttert. Russlands Angriffskrieg ist ein Schlag gegen das multilaterale System, die demokratischen Werte und die regelbasierte internationale Ordnung.

Lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit sagen: Island steht angesichts der brutalen Aggression Russlands nach wie vor in unerschütterlicher Solidarität an der Seite der Ukraine und wird sie eines Sinnes mit seinen Verbündeten und Partnern unterstützen, solange es nötig ist.

Herr Vorsitzender,

Russland unterminiert auch diese unsere Organisation ganz gezielt, indem es den Konsens über Beschlüsse, die für ihre Zukunft und ihr Funktionieren von entscheidender Bedeutung sind, blockiert.

Es ist besonders bedenklich – aber auch aufschlussreich – zu sehen, dass Russland seine Angriffe direkt gegen jene Institutionen richtet, deren Aufgabe es ist, die demokratischen Werte und Menschenrechte zu verteidigen und zu fördern.

Nicht genug damit: Der Rücktritt Russlands vom Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa und die Rücknahme der Ratifizierung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen sind ein weiteres Beispiel für das aggressive Verhalten Russlands, das darauf abzielt, die Sicherheit in Europa und weltweit zu untergraben.

Russlands Verhalten ist inakzeptabel und steht in krassem Widerspruch zu den OSZE-Verpflichtungen, zu deren Einhaltung sich alle hier im Saal vertretenen Teilnehmerstaaten, auch Russland, bekannt haben.

Herr Vorsitzender,

in Zeiten wie diesen ist eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit von allergrößter Wichtigkeit.

Wir dürfen vor den Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, nicht zurückschrecken, seien es der Krieg in Europa, die Auswirkungen des Klimawandels oder der Demokratieabbau.

Stattdessen müssen wir dieser Abwärtsspirale entgegenwirken und beharrlich für Demokratie, Freiheit und einen auf Gerechtigkeit aufbauenden Frieden eintreten.

Diese Organisation ist fester Bestandteil des multilateralen Systems und ihr wirksames Funktionieren ist unsere gemeinsame Verantwortung, eine Verantwortung, die uns allen ein Herzensanliegen sein muss.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle versichern, dass Island seinerseits weiterhin vom hohen Wert der OSZE, ihrer Feldmissionen und ihrer unabhängigen Institutionen überzeugt ist. Wir sind fest entschlossen, ihre Arbeit weiterhin zu unterstützen.

Danke, Herr Vorsitzender.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SCHWEDENS  
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,  
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DÄNEMARK,  
DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH,  
GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN,  
KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN,  
LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO, MONTENEGRO, DEN  
NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN,  
ÖSTERREICH, PORTUGAL, RUMÄNIEN, SAN MARINO, DER  
SCHWEIZ, SERBIEN, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN, SPANIEN,  
TSCHECHIEN, DER UKRAINE, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH,  
DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

(Anhang 14 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Ich beehre mich, diese Erklärung zu Frauen und Frieden und Sicherheit im Namen der folgenden 43 Teilnehmerstaaten abzugeben: Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ukraine, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern sowie im Namen meines eigenen Landes, Schweden.

Erstens bekräftigen wir unser Bekenntnis zur Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit – die in diesem Jahr ihren 23. Jahrestag beging – als Eckpfeiler der Verwirklichung von umfassendem und dauerhaftem Frieden und nachhaltiger Sicherheit im OSZE-Raum. In ihrer Funktion als regionale Sicherheitsorganisation spielt die OSZE eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit und wird dies auch weiterhin tun. Die nach wie vor breite Unterstützung der Teilnehmerstaaten für die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit und unsere Fähigkeit, die OSZE als Plattform wirksam zu nutzen, wurden in diesem Jahr deutlich unter Beweis gestellt. Die Konferenz des nordmazedonischen Vorsitzes in Tetovo über die Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung von Frauen war ein wichtiges Forum für den Austausch von Empfehlungen und die Erörterung von Verpflichtungen in Bezug auf die Stärkung des dimensionenübergreifenden Gender-Mainstreaming in der OSZE. Unsere drei Vorsitze im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) bemühten sich darüber hinaus unablässig darum, den Schwerpunkt beizubehalten, den die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der VN im Mandat des FSK innehat. Diese Erfolge zeigen, dass wir in der Lage sind, das Thema Frauen und Frieden und Sicherheit dort zu verankern, wo es hingehört: ganz oben auf unserer und auf der Agenda der OSZE.

Wenn wir das vergangene Jahr Revue passieren lassen, wird deutlich, wie wichtig und dringlich die Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit in unserer Region ist. Die internationale Gemeinschaft hat vor langem erkannt, wie bedeutsam es ist, genderbewusste Sichtweisen in die Konfliktverhütung, Konfliktlösung und Konfliktnach-sorge einzubeziehen. Das Verständnis und die Einbeziehung dieser Ansätze sind eine wesent-

liche Voraussetzung, wenn man sich mit den ungleich stärkeren Auswirkungen auseinandersetzt, die Konflikte auf Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt haben. Und das gerade in einer Zeit, in der die Frauenrechte generell eine Rückentwicklung verzeichnen und wir konzertierte Versuche feindlicher Akteure erleben, die die Geschlechterfrage als Waffe einsetzen, um das regelbasierte internationale System zu schwächen und Demokratien zu destabilisieren. Die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in der militärischen, politischen, humanitären und diplomatischen Planung ermöglicht es uns, die Wirksamkeit von Konfliktpräventionsmaßnahmen zu erhöhen und effektiver auf diese Gegebenheiten einzugehen, was zu besseren Ergebnissen während und nach Konflikten führt.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine waren ukrainische Frauen bei der heldenhaften Verteidigung der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit ihres Landes unverzichtbar. Sie haben auch beim Wiederaufbau der Zukunft ihres Landes eine entscheidende Rolle gespielt, obwohl sie einem größeren Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt und konfliktbedingter sexueller Gewalt ausgesetzt sind. Die Bemühungen der Ukraine, ihren nationalen Aktionsplan während des Krieges zu überarbeiten, belegt nicht nur ihr Engagement für die Agenda 1325, sondern auch die entscheidende Rolle, die der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit im Hinblick auf den Umgang mit den geschlechtsbezogenen Aspekten von Konflikten zukommt.

Wir müssen etwas gegen die Unterrepräsentation von Frauen im politischen, öffentlichen und Sicherheitssektor und besonders in Führungspositionen unternehmen. Die vollständige, gleichberechtigte und wirkungsvolle Einbeziehung von Frauen in die Sicherheitskräfte gewährleistet eine größere Meinungsvielfalt, die in jeder Organisation mit mehr Innovation und größerer Effizienz einhergeht. Es ist auch erwiesen, dass eine sinnvolle Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen zu breiter abgestützten Friedensvereinbarungen führt, die wirksam sind und länger halten. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass strukturelle Hindernisse und die eigentlichen Ursachen für die Unterrepräsentation von Frauen beseitigt werden, wobei die sektorenübergreifenden Aspekte zu berücksichtigen sind.

Ich möchte betonen, dass wir die globalen Herausforderungen von heute nicht ohne die volle Beteiligung von Frauen lösen können – ohne die volle Mitwirkung von Soldatinnen, Polizistinnen, Menschenrechtsverteidigerinnen und ohne Friedensstifterinnen und deren Netzwerke. Ebenso wenig können wir die Gleichstellung der Geschlechter erreichen, ohne dass die Männer diese unterstützen, sich dafür engagieren und in die Verantwortung genommen werden. Nur gemeinsam können wir eine Welt schaffen, in der es mehr Gleichberechtigung gibt. Wir müssen bedenken, dass die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur einigen wenigen nützt, sondern allen gemeinsam zugutekommt.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Ausarbeitung eines OSZE-weiten Aktionsplans für Frauen und Frieden und Sicherheit zur Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats und der nachfolgenden Resolutionen. Im Jahr 2020 haben wir Empfehlungen ausgesprochen, die von der Ausarbeitung nationaler Aktionspläne für Frauen und Frieden und Sicherheit bis hin zur Förderung und Unterstützung des Austauschs von Erfahrungen und vorbildlichen Verfahren betreffend die vollständige, gleichberechtigte und wirkungsvolle Beteiligung von Frauen an der Konfliktverhütung, Konfliktlösung und Konfliktnachsorge reichen. Ich werde die Erklärung von 2020 der schriftlichen Fassung unserer heutigen Erklärung beifügen und möchte den Teilnehmerstaaten ans Herz legen, diese Empfehlungen zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.

Abschließend unterstreichen wir unser Bekenntnis zu nachhaltigen Bemühungen zur Verwirklichung unseres gemeinsamen Ziels, die volle, gleichberechtigte, wirkungsvolle und sichere Beteiligung von Frauen, auch an allen Aktivitäten der OSZE, zu gewährleisten.

Danke.

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DÄNEMARKS  
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,  
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DEUTSCHLAND,  
ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH, GEORGIEN,  
GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN, KANADA,  
KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN,  
LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO, MONTENEGRO, DEN  
NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN,  
ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, SAN MARINO,  
SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, SERBIEN, DER SLOWAKEI,  
SLOWENIEN, SPANIEN, TSCHECHIEN, DER UKRAINE, UNGARN,  
DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN  
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**  
(Anhang 15 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Ich beehre mich, diese Erklärung im Namen der folgenden 45 Teilnehmerstaaten abzugeben:

Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien – Europäische Union, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern sowie im Namen meines eigenen Landes Dänemark.

Herr Vorsitzender,

2023 jährt sich zum 75. Mal die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, nach der alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind und die Menschenrechte die Grundlage einer freien, gerechten und friedlichen Weltordnung bilden. Die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE sind ein anschauliches Beispiel dafür.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir große Fortschritte bei der Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gemacht. In den letzten Jahren jedoch ist es offensichtlicher geworden denn je, dass der Kampf für Freiheit, die Gleichstellung der Geschlechter, Gerechtigkeit und Demokratie noch lange nicht vorbei ist und dass ihre Verteidigung unsere fortgesetzte Wachsamkeit und unser prinzipientreues Handeln erfordert. In der gesamten Region schrumpft der Freiraum für die Zivilgesellschaft und für unabhängige Medien rasant, sowohl offline als auch online. Fanatismus und Gewalt aus antisemitischen und islamfeindlichen Beweggründen haben im OSZE-Raum in alarmierender Weise zugenommen. Diskriminierung schließt immer noch viele von einer vollständigen, gleichberechtigten und bedeutsamen Teilhabe an unserer Gesellschaft aus. Friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende sind allzu oft Drohungen und Gewalt ausgesetzt.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, mitgetragen vom Lukaschenko-Regime in Belarus, illustriert das am drastischsten und gemahnt uns alle daran, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu den ersten Zielscheiben jedes Aggressors gehören und die Gewährleistung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zwingende Voraussetzung für langfristige Sicherheit und dauerhaften Frieden zwischen und innerhalb von Staaten ist. Wir sind entsetzt über die unabhängigen Berichte, wie den nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE, die schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und „eindeutige Muster von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht durch die russischen Streitkräfte“ in der Ukraine festgestellt haben, darunter gezielte Tötungen von Zivilpersonen, unrechtmäßige Festnahmen, Entführungen, gewaltsame Überführungen und Massendeportationen sowie die Anwendung von Folter und anderen Misshandlungen, auch sexueller Gewalt. Wir verurteilen diese abscheulichen Menschenrechtsverletzungen und -verstöße und die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht auf das Schärfste. Alle mutmaßlichen Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, alle Kriegsverbrechen und alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen ordnungsgemäß und gründlich untersucht werden. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten wesentliche Voraussetzung für umfassende Sicherheit ist, ist in den Leitprinzipien der Schlussakte von Helsinki verankert. Seit ihren Anfängen ist diese Organisation eine führende Plattform für die Verteidigung der Freiheit, Würde und Gleichheit aller Menschen, die diese Region ihre Heimat nennen. Wir werden weiter unsere Stimme erheben, wenn demokratische Grundsätze, Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt oder missachtet werden. Egal, ob es um Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende geht, die für ihre mutige Arbeit Repressalien einschließlich Haft ausgesetzt sind, oder um das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten, die einen demokratischen Wandel anstreben. Wir werden weiter für die Rechte von Frauen und Mädchen kämpfen und die Gleichstellung der Geschlechter fördern. Wir werden auf die Freilassung aller Menschen drängen, die willkürlich festgehalten oder inhaftiert sind, weil sie ihre Rechte kennen und wahrgenommen haben. Wir werden weiterhin die Beseitigung von Folter und sonstiger Misshandlung einfordern. Wir werden weiterhin freie und faire Wahlen unterstützen. Wir werden Toleranz fördern und Hassverbrechen verurteilen, untersuchen und strafrechtlich verfolgen. Wir werden Stereotypen und Vorurteile hinterfragen, Mythen und Desinformation mit Fakten bekämpfen und eine Welt fördern, in der niemand zurückgelassen wird oder dafür angegriffen wird, wer er oder sie ist, wen er oder sie liebt, wie er oder sie aussieht oder was er oder sie glaubt oder sagt.

Herr Vorsitzender,

die Zivilgesellschaft ist ein unentbehrlicher Teil des Gewissens unserer Länder und ein wichtiger Partner bei der Förderung der Werte und der Arbeit dieser Organisation. Sie ist eine entscheidende Komponente einer offenen, inklusiven und lebendigen Demokratie. Wir würdigen alle Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich unermüdlich für unser gemeinsames Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten engagieren. Sie verdienen unsere Anerkennung, unseren Schutz und unsere Unterstützung. Wir danken allen, die an der Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft am 29. November 2023 teilgenommen haben.

Wir messen dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) als wichtiger Plattform für die Teilnehmerstaaten und die Zivilgesellschaft zur gemeinsamen Überprüfung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension sehr hohen Wert bei. Nachdem das jährliche HDIM bedauerlicherweise wiederholt nicht stattgefunden hat, hat sich die Warschauer Konferenz zur menschlichen Dimension erneut als wertvolle Gelegenheit für einen Meinungs austausch mit der Zivilgesellschaft erwiesen. Die fortgesetzte Vereitelung des HDIM ist nicht hinnehmbar. Es ist wichtig, dass das HDIM nächstes Jahr mandatsgemäß abgehalten wird, und wir werden die diesbezüglichen Bemühungen des Vorsit zes für 2024 unterstützen. Wir messen den autonomen Institutionen der OSZE hohen Wert bei und zollen ihnen Anerkennung für ihre Bemühungen um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte als unentbehrlicher Komponente einer friedlichen, inklusiven und demokratischen Gesellschaft. Ihre Arbeit, ihre Mandate und ihre Unabhängigkeit als Institutionen sind für die Förderung und die Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit in unserer Region von wesentlicher Bedeutung. Da viele der Konflikte in unserer Region mit der Nichteinhaltung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension einhergehen, sind diese Bemühungen unabdingbar.

Alle Teilnehmerstaaten haben kategorisch erklärt, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten sind und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Grundsätze bei unserer Arbeit in dieser Organisation an oberster Stelle steht – zugunsten aller, die den OSZE-Raum ihre Heimat nennen.

Abschließend möchten wir dem OSZE-Vorsitz und dem Vorsitz des Ausschusses zur menschlichen Dimension dafür danken, dass sie auch in diesen herausfordernden Zeiten in unserem Auftrag für die Stärkung der menschlichen Dimension tätig sind.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

Danke.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

(Anhang 16 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Zuerst einmal, Herr Botschafter Djundev, lieber Igor, möchte ich Dir danken. Danke für die herausragende Führungsstärke, die Du und Außenminister Osmani an den Tag gelegt habt, für Eure – wie man, so denke ich, ohne Übertreibung sagen kann – übermenschlichen Bemühungen darum, dass diese Organisation auf ihre Grundprinzipien fokussiert bleibt, und für die Beharrlichkeit, mit der Ihr das große Ganze im Auge behalten habt. Zu Beginn des Jahres habt Ihr das Motto „Es geht um die Menschen“ formuliert. Das ist völlig richtig, denn ja – ohne irgendwem in diesem Rat nahetreten zu wollen –, es geht eben nicht nur um uns Diplomatinen und Diplomaten. Es geht um Menschen wie Tatjana und Oleksander. Ich wünschte, alle in diesem Rat hätten sich die Zeit genommen, den beiden bei der gestrigen Nebenveranstaltung zuzuhören. Oleksander beschrieb die unmenschlichen Bedingungen, unter denen er von den russischen Behörden festgehalten wurde – die Erniedrigungen, Misshandlungen und Verletzungen seiner Menschenwürde. Den unauslöschlichen Schmerz, der ihm für immer ins Gedächtnis gebrannt ist und den er niemals, niemals wird vergessen können. Oder denken Sie an Tatjanas Sohn, der noch immer irgendwo in einem russischen Filtrations-Gulag dahinvegetiert. Verschollen und seiner Familie entrissen.

Jede Minute, die wir darauf verwenden, über Verfahrensregeln oder Regularien dieser Organisation zu diskutieren, ist eine Minute weniger, die wir dem Leid von Menschen wie Oleksander oder Tatjana widmen. Das ist nichts Abstraktes. Es ist etwas Reales, etwas, das jetzt gerade in der Ukraine geschieht, während wir uns hier austauschen. Filtrationen, Folter, Verschwindenlassen. All das passiert genau jetzt. Ja, es geht um die Schlussakte von Helsinki und die Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit von Grenzen. Aber dabei handelt es sich nicht nur um abstrakte völkerrechtliche Prinzipien. Es geht um das Leben und das Leid von Kindern, Frauen und Männern im Hier und Jetzt, die zur Zielscheibe wurden, nur weil sie Ukrainer sind.

Nun bin ich überzeugt: Je stärker unsere Organisation ist, desto mehr können wir – auf unsere eigene Weise – zur Unterstützung der Ukraine beitragen. Wir haben bewiesen, dass wir ganz konkret etwas bewegen können – indem wir den Moskauer Mechanismus nutzen, um in Butscha Kriegsverbrechen zu dokumentieren, indem wir die Opfer von Filtrationslagern einladen, bei Nebenveranstaltungen zu sprechen, indem wir Kindern und Familien psychologische Unterstützung zur Verfügung stellen und jede Woche im Ständigen Rat ihren Geschichten Gehör verschaffen. Militärisch können unsere Länder die Ukraine bilateral unterstützen, in diesem Rat können wir sie moralisch unterstützen. Langfristig werden wir so auch Russland unterstützen, denn die Prinzipien, auf die wir uns in Helsinki und Paris verständigt haben, werden allen Bürgerinnen und Bürgern im OSZE-Raum ungeachtet ihrer Nationalität zugutekommen.

Unseren Freundinnen und Freunden in Malta danken wir dafür, dass sie sich bereit-erklärt haben, die riesige Verantwortung für die Verteidigung unserer Werte auf sich zu nehmen. Wir haben Vertrauen in Ihre Führungskompetenz. Wir geloben, Sie auf jede uns mögliche Art und Weise zu unterstützen. Es wartet so viel Arbeit auf uns: im Südkaukasus die Förderung des Friedens zwischen Armenien und Aserbaidschan und die Beendigung der Besatzung in Georgien, in Moldau und auf dem Westbalkan die Unterstützung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, in Zentralasien die Verbesserung der Konnektivität und

des Handels, dazu die Bekämpfung von Antisemitismus und Islamophobie. Wir wissen, dass Sie all das und noch viel mehr in Angriff nehmen werden.

Verehrte Generalsekretärin, liebe Helga, wir wissen es ungemein zu schätzen, wie Du diese Organisation leitest und Dich darauf verstehst, führende Entscheidungsträgerinnen und -träger zusammenzubringen, um mutige neue Initiativen wie die Veranstaltung auf hoher Ebene zum Klimawandel auf den Weg zu bringen.

Verehrter Direktor Mecacci, lieber Matteo, Deine Institution spielt eine zentrale Rolle für unsere gemeinsamen Werte – die Verteidigung der Menschenrechte und die Stärkung demokratischer Institutionen.

Verehrte Beauftragte für Medienfreiheit, liebe Teresa, Deine Stimme für die Medienfreiheit ist von entscheidender Bedeutung für die Unterstützung der Demokratie in unserer Region.

Verehrter Hoher Kommissar, lieber Kairat, Du weißt, wie wesentlich die Rechte nationaler Minderheiten für Frieden, Stabilität und Demokratie sind, und wir werden die Arbeit Deiner Institution weiterhin unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben viel Arbeit vor uns. Sie können sich darauf verlassen, dass die Vereinigten Staaten gemeinsam mit Ihnen unsere Grundwerte verteidigen werden. Je geeinter wir sind, desto stärker sind wir, und desto mehr können wir tun, um die Prinzipien zu unterstützen, die wir – einst – alle hochzuhalten gelobt haben.

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**  
**(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,**  
**BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DÄNEMARK,**  
**DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH,**  
**GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN,**  
**KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN,**  
**LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONTENEGRO, DEN**  
**NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN,**  
**ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, SAN MARINO,**  
**SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, DER SLOWAKEI, SLOWENIEN,**  
**SPANIEN, TSCHECHIEN, DER UKRAINE, UNGARN, DEM**  
**VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND ZYPERN)**

(Anhang 17 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Ich beehre mich, diese Erklärung im Namen der 43 Teilnehmerstaaten Albanien, Andorra, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern sowie der Delegation der Europäischen Union abzugeben.

Herr Vorsitzender, unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung zum 75. Jahrestag des Holodomor der Jahre 1932 und 1933 auf dem fünfzehnten Treffen des Ministerrats der OSZE sowie auf die Resolution der Parlamentarischen Versammlung der OSZE aus dem Jahre 2008 gedenken wir des Holodomor der Jahre 1932 und 1933, der sich dieses Jahr zum 90. Male jährt.

Während des Holodomor kam es durch das grausame Vorgehen und die gnadenlose Politik des stalinistischen Regimes zu einer brutalen und anhaltenden massiven Hungersnot, der Millionen unschuldiger Menschen in der Ukraine zum Opfer fielen.

Wir gedenken der Opfer dieser Tragödie, die über die Bevölkerung der Ukraine gebracht wurde. Angesichts der OSZE-Verpflichtung aus dem Kopenhagener Dokument 1990, „Totalitarismus klar und unmissverständlich zu verurteilen“, unterstreichen wir erneut, wie wichtig es ist, die Öffentlichkeit auf die tragischen Ereignisse unserer gemeinsamen Vergangenheit aufmerksam zu machen, Toleranz und Nichtdiskriminierung zu fördern sowie die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu stärken, um in Zukunft solche menschlichen Tragödien zu verhindern.

Wir würdigen die Anstrengungen, die in den letzten Jahren in den OSZE-Teilnehmerstaaten sowie in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen zur Aufklärung der Öffentlichkeit über den Holodomor unternommen worden sind. Wir anerkennen die Verabschiedung der einschlägigen UNESCO-Resolution durch 193 Mitgliedstaaten am 1. November 2007. Wir sind angesichts der maßgeblichen Rolle der OSZE bei der Förderung der

Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde entschlossen, an einschlägigen Veranstaltungen teilzunehmen, und laden alle OSZE-Teilnehmerstaaten ein, es uns gleichzutun.

Wir fordern die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, die Verbreitung von Informationen zu fördern, die Bevölkerung über den Holodomor in der Ukraine aufzuklären und das Andenken an dieses dunkle Kapitel der Weltgeschichte zu pflegen. Ein ehrlicher Umgang mit der Geschichte ehrt das Andenken an die Opfer, gibt deren Leid Raum und wirft ein Schlaglicht auf den Heldenmut derjenigen, die Widerstand gegen diese totalitären Verbrechen geleistet haben.

Eine solche Erinnerungskultur rückt auch die Verantwortlichkeit von Despoten ins Bewusstsein, die Katastrophen herbeiführen, ohne die Betroffenen überhaupt als Menschen zu sehen. Im Rahmen ihrer nationalen Ansätze zur Förderung des Gedenkens an die Tragödie und die Aufklärung darüber haben manche Teilnehmerstaaten den Holodomor der Jahre 1932 und 1933 als staatlich verordnete Aushungerungskampagne anerkannt, während ihn eine Reihe von Teilnehmerstaaten beziehungsweise deren Legislativen als Völkermord einordnen.

Jahrzehntelang wurde der Holodomor – ein abscheulicher Akt der Unmenschlichkeit – von der Sowjetunion totgeschwiegen und geleugnet. Heute erleben wir anhaltende Versuche der Russischen Föderation, den Stalinismus zu verherrlichen und den Holodomor und andere Gräueltaten des kommunistischen Regimes zu leugnen, indem unter anderem alle Personen und Organisationen verfolgt werden, die diese Gräueltaten der Sowjetära öffentlich aufarbeiten möchten. Wir verleihen unserer tiefen Besorgnis darüber Ausdruck, dass sich die skrupellosen Schandtaten der Vergangenheit wiederholen.

Wieder versucht der Kreml heute, die Bevölkerung der Ukraine gewaltsam unter sein Joch zu zwingen. Wieder verwendet er Nahrungsmittel als Waffe, nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen viele Länder weltweit, indem er die ukrainischen Nahrungsmittelexporte einschränkt, die für die weltweite Ernährungssicherheit von entscheidender Bedeutung sind. Wieder geht die Aggression Russlands mit stalinistischen Methoden einher: Kampagnen zur Entmenschlichung von Bevölkerungsgruppen, massenhaften Gräueltaten, grausamen Filtrationsverfahren, zwangsweisen Überführungen und Deportationen, auch von Kindern, und Verfahren zur Leugnung, Unterdrückung und Bestrafung des Ausdrucks der ukrainischen Identität.

All dies zielt darauf ab, den Willen des ukrainischen Volkes zu brechen und den souveränen Staat Ukraine zu unterjochen. Wir wiederholen unser Bekenntnis dazu, alle Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen – im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens sowie im Hinblick auf die Verhütung künftiger derartiger Gräueltaten und Übergriffe.

Wir zollen den Initiativen der Ukraine unsere Anerkennung, mit denen sie die weltweite Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen trachtet und so den Versuchen der Russischen Föderation trotzt, die Nahrungsmittelversorgung durch Einschränkung der Nahrungsmittelexporte der Ukraine zu instrumentalisieren, womit sie die weltweite Ernährungssicherheit untergräbt und die Nahrungsmittellieferungen gefährdet, auf die die Menschen auf der ganzen Welt angewiesen sind. Wir bedauern in höchstem Maße, dass die Russische Föderation ukrainische landwirtschaftliche Erzeugnisse, Geräte und Infrastrukturanlagen stiehlt und zerstört und zu verhindern trachtet, dass ukrainische Nahrungsmittel weltweit die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen erreichen.

Herr Vorsitzender, wenn sich dieses Jahr der Holodomor in der Ukraine der Jahre 1932 und 1933 zum 90. Male jährt, so ruft uns das mit Nachdruck die Gefahren in Erinnerung, die von autokratischen Regimen ausgehen. Die Geschichte des Holodomor gemahnt uns auch an unsere gemeinsame Verantwortung, die Menschlichkeit und unsere gemeinsame Achtung vor dem menschlichen Leben zu verteidigen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS**

(Anhang 18 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Herr Vorsitzender,

zusätzlich zu den Erklärungen, denen sich Kanada angeschlossen hat, möchte ich noch einige Bemerkungen im Namen meines eigenen Landes anbringen.

Zunächst möchte ich der Regierung Nordmazedoniens und insbesondere dem Außenministerium und der OSZE-Delegation Nordmazedoniens für ihre herzliche Gastfreundschaft beim diesjährigen Treffen des Ministerrats sowie den verschiedenen sonstigen Treffen danken, die Sie im Laufe des vergangenen Jahres in Ihrem schönen Land ausgerichtet haben.

Ich möchte erneut den Dank von Parlamentssekretär Oliphant und den Dank Kanadas an das gesamte Personal der OSZE dafür zum Ausdruck bringen, dass es mit Kreativität, Entschlossenheit und Resilienz unter derart schwierigen Umständen das Mandat dieser Organisation hochgehalten hat. Den gleichen Dank möchte ich auch dem Team der Delegation Nordmazedoniens in Wien aussprechen. Wir hätten uns keine besseren Partner für dieses herausfordernde Jahr wünschen können, und ich unterstreiche dies insbesondere in Bezug auf Kanadas Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation.

Herr Vorsitzender,

auch wenn die Organisation im vergangenen Jahr zahlreichen Herausforderungen gegenüberstand, hat die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die wichtigsten Fragen doch eine überwältigende Einigkeit an den Tag gelegt. Das betrifft die Notwendigkeit, die OSZE-Verpflichtungen hochzuhalten, die Unterstützung für die Arbeit des Sekretariats, der autonomen Institutionen und der Feldmissionen, die Bedeutung der Wahlbeobachtung, das Gebot, sich auf einen Haushalt zu verständigen, der die Organisation mit den zur Erfüllung ihres Mandats benötigten Ressourcen ausstattet, die Abhaltung der durch ein Mandat vorgesehenen Treffen, die Notwendigkeit, sich mit der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel zu befassen, die Bedeutung der Stärkung demokratischer Institutionen und menschenrechtlicher Schutzmechanismen und – als dringendstes Thema – die Verurteilung von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Diese allgemeine Einigkeit in den Zielsetzungen, gepaart mit der Bereitschaft zum redlichen Austausch über Fragen, über die wir uns uneinig sind, ist fast allen Teilnehmerstaaten gemein – natürlich mit einer eklatanten Ausnahme: der Russischen Föderation.

Mit seinem groß angelegten Einmarsch in die Ukraine hat Russland seine völlige Abkehr von der VN-Charta und unseren gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen demonstriert. Durch seine unablässigen Angriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten sowie zivile Objekte und seine Gräueltaten in den besetzten Gebieten hat es bewiesen, dass ihm seine Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts nichts bedeuten. Leider hat die Russische Föderation auch Belarus mit hineingezogen und es sich nicht nur bei ihrem Akt der Aggression gegen die Ukraine, sondern auch bei ihren unablässigen Versuchen, diese Organisation von innen zu zersetzen, zum Komplizen gemacht.

Kanada steht bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie an der Seite der Ukraine.

Kanada setzt sich auch für einen wirksamen Multilateralismus ein.

Die OSZE wurde in einer Zeit der Spaltung als Plattform für die Suche nach Gemeinsamkeiten geschaffen. Trotz der Herausforderungen, mit denen die OSZE zurzeit konfrontiert ist, bleiben wir bei unserer Überzeugung, dass sie weiterhin eine wichtige Rolle spielen kann, um den Menschen der Region einen unmittelbaren Nutzen zu bringen und die euroatlantische Sicherheitsarchitektur wiederherzustellen. Wie Sie und Ihr hervorragendes Team so deutlich unter Beweis gestellt haben, Herr Vorsitzender: Es geht um die Menschen.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns sehr auf die Zusammenarbeit mit Malta als Vorsitz im Jahr 2024. Wir hegen keinen Zweifel daran, dass Malta die Organisation prinzipientreu führen und die wesentlichen Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE hochhalten und verteidigen wird. Wir werden ihm bei diesen Bemühungen zur Seite stehen.

Kanada möchte abschließend Ihnen und dem gesamten Team des Vorsitzes noch einmal aufrichtig für Ihren herausragenden Einsatz in diesem Jahr danken. Kanada zollt Ihrer konsequenten und prinzipienfesten Vorsitzführung seine Hochachtung. Als wir in dieser Sitzungsperiode den Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation führten, wussten wir diese enge Zusammenarbeit ganz besonders zu schätzen, und wir möchten Ihnen, Botschafter Djundev, und Ihrem hervorragenden Team unsere tief empfundene Dankbarkeit, Hochachtung und Bewunderung aussprechen.

Danke.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**  
**(AUCH IM NAMEN DER REPUBLIK BELARUS, DER REPUBLIK**  
**KASACHSTAN, DER KIRGISISCHEN REPUBLIK UND**  
**DER REPUBLIK TADSCHIKISTAN)**

(Anhang 19 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

In Bekräftigung des Bekenntnisses zur Entwicklung von freundschaftlichen, gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Beziehungen zwischen den Staaten im euroatlantischen und eurasischen Raum und zur Idee der Schaffung einer freien, gerechten, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft auf der Grundlage vereinbarter Prinzipien und gemeinsamer Verpflichtungen und Ziele,

unter Betonung der Notwendigkeit, die zentrale koordinierende Rolle der Vereinten Nationen in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu bewahren und die übergeordnete Rolle des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit und bei der Erleichterung der Lösung internationaler Probleme weiter zu stärken,

im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki, der Gedenkklärung von Astana und anderen Konsensdokumenten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

geleitet von dem gemeinsamen Ziel, das harmonische Zusammenleben verschiedener Völker und ethnischer, religiöser und sprachlicher Gruppen im euroatlantischen und eurasischen Raum zu gewährleisten, und in Anerkennung ihres unbestreitbaren Rechts auf zivilisatorische, kulturelle, politische, religiöse und ideologische Vielfalt und Identität,

in Anbetracht der Unzulässigkeit einer Politik des Exzeptionalismus, der Dominanz, einer Politik, die Völkern ihnen fremde kulturelle und wertebezogene Paradigmen aufzwingt, sowie in Anbetracht der Unzulässigkeit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten,

geleitet von der Notwendigkeit, das grundlegende Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit einzuhalten und zu achten, wobei keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisation mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität als anderen zukommen darf oder einer/eine die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken darf –

bestätigen wir die Wichtigkeit der Erhaltung der OSZE als regionales Forum, das auf der Grundlage der Konsensregel und des Prinzips der souveränen Gleichheit der Staaten tätig ist, im Interesse der Stärkung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten;

sind wir von der Notwendigkeit überzeugt, die Wirksamkeit der OSZE zu erhöhen, nach verbindenden Themen zu suchen sowie doppelte Standards und geografische und thematische Ungleichgewichte bei ihren Aktivitäten zu beseitigen;

halten wir es für wichtig, die Geschäftsordnung und andere Beschlüsse der OSZE-Beschlussfassungsorgane zu beachten und die Grundsätze der Unparteilichkeit, Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten;

setzen wir uns für die Förderung einer positiven Agenda ein, für die Offenheit, die schwierigsten Fragen und Herausforderungen zu erörtern, und für ein Bekenntnis zum ideologiefreien, pragmatischen Dialog zur Lösung gemeinsamer Sicherheitsprobleme, was insbesondere Folgendes umfasst:

- gemeinsame Bemühungen um die Bekämpfung aktueller grenzüberschreitender Herausforderungen und Bedrohungen auf Grundlage der Gleichberechtigung, in erster Linie des internationalen Terrorismus und Extremismus, der organisierten Kriminalität, der illegalen Migration, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Bedrohungen für die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologien, des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und mit Drogen sowie des Menschenhandels,
- Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit im Umgang mit den Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich im OSZE-Raum, Ausbau der Zusammenarbeit, frei von Protektionismus und Diskriminierung, in den Bereichen Verkehr, Energie, Handel, Investitionen, Bildung, Gesundheitswesen, Landwirtschaft und Tourismus, Stärkung der Konnektivität und Gewährleistung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der Bürgerinnen und Bürger,
- Achtung der vielfältigen zivilisatorischen, kulturellen und historischen Identität der OSZE-Teilnehmerstaaten,
- Schutz der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündeten Menschenrechte und Grundfreiheiten und bedingungslose Achtung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und anderer ethnischer Gruppen,
- Verstärkung des Kampfes gegen alle Formen der Diskriminierung, einschließlich der Diskriminierung aufgrund der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Sprache, des Geschlechts und der Religion, in Sport, Kultur, Bildung und Wissenschaft, sowie gegen die Ideologie der Überlegenheit einer Rasse, Religion oder Nationalität gegenüber anderen und gegen Erscheinungsformen von Antisemitismus, Christenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit, aggressivem Nationalismus und Neonazismus,
- Wahrung und Förderung der Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger und der menschlichen Kontakte, des freien Waren- und Kapitalverkehrs ohne ideologische und politische Trennlinien, Förderung der Schaffung eines offenen, gerechten und nichtdiskriminierenden Umfelds für eine Entwicklung ohne Protektionismus, einseitige Sanktionen und andere Arten von Druck,
- gemeinsame Anstrengungen zur Aufrechterhaltung eines offenen und sicheren globalen Informationsraums, der auf den Grundsätzen des Pluralismus und der Meinungsfreiheit beruht und frei von Hassrede und der Manipulation der öffentlichen Meinung ist.

Andere OSZE-Teilnehmerstaaten und die Kooperationspartner können sich dieser Erklärung anschließen.

Ich ersuche um Beifügung des Wortlauts dieser gemeinsamen Erklärung als Anhang zum Journal der Schlussitzung des Ministerrats.

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

(Anhang 20 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Sehr geehrter Herr Amtierender Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu den Ergebnissen der Erörterungen in Skopje.

Lassen Sie mich zunächst Nordmazedonien als amtierendem Vorsitz der OSZE und Minister Bujar Osmani ganz persönlich samt seinem Team für die effiziente Organisation dieser wichtigsten jährlichen OSZE-Veranstaltung und für die Gastfreundschaft danken. Wir halten den Meinungsaustausch, der unter den derzeit äußerst schwierigen Umständen stattfand, für sehr nützlich, trotz der erwartungsgemäß völlig gegensätzlichen Ansichten und Einschätzungen einiger Teilnehmerstaaten. Wir werden daraus keine Tragödie machen. Wir haben immer betont, dass Dialog in jeder Situation nützlich ist – und genau dafür wurde unsere Organisation ja geschaffen.

Eine der Prämissen, auf denen der Helsinki-Prozess aufbaut und von denen ausgehend er entwickelt wurde, ist die gemeinsame Überzeugung, dass die Grundlage für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent die gegenseitige Achtung der Interessen der Staaten, die souveräne Gleichheit der Staaten und die kollektive Suche nach Antworten auf neu auftretende Herausforderungen für die globale Stabilität ist. Die OSZE ist und bleibt fester Bestandteil eines weiter gefassten Europas. Dies spiegelt sich ja bereits im Namen unserer Organisation wider.

Leider hat die OSZE in den letzten Jahrzehnten aufgrund der Bemühungen der Länder der westlichen Allianz erheblich an Potenzial eingebüßt und befindet sich in einer akuten Identitätskrise. Ich bin sicher, dass jeder der hier vertretenen Staaten in der Organisation gerne ein nützliches Instrument für die Verfolgung seiner Interessen sehen möchte. Das ist recht und billig. Aber nur, wenn die Interessen der anderen auch berücksichtigt werden. Ein solches ausgewogenes Verhältnis muss dem zukünftigen Vorgehen der OSZE zum Wohle aller Teilnehmerstaaten ohne Ausnahme zugrunde liegen.

Vor unseren Augen ist eine neue, gerechtere und demokratischere Weltordnung im Entstehen. Neue wirtschaftliche, kulturelle und zivilisatorische Zentren gewinnen rasch an Einfluss und Attraktivität. Im OSZE-Raum warten nach wie vor gemeinsame Aufgaben in allen Sicherheitsdimensionen auf uns. Die Bedrohungen durch Terrorismus, Drogenhandel und Menschenhandel sind noch immer da. In der Wirtschafts- und Umweltdimension gibt es noch einiges zu tun. Im Bereich der sprachlichen, bildungspolitischen und religiösen Rechte und Freiheiten gibt es noch viele Probleme. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, wenn die OSZE auf den Weg des offenen und ehrlichen Dialogs zurückkehrt, den Hang zur Konfrontation und zur Verfolgung beschränkter Gruppeninteressen überwindet und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis unter unbedingter Beachtung der grundlegenden Konsensregel unter Beweis stellt.

Wir vertrauen darauf, dass Malta als amtierender Vorsitz der OSZE im Jahr 2024 unter strikter Einhaltung des bestehenden Mandats agieren und es ihm auch gelingen wird,

die Pflege eines diplomatischen Dialogs und intensiver Konsultationen wiederherzustellen. Wir sind zuversichtlich, dass die verehrte Generalsekretärin Helga Schmid dem maltesischen Vorsitz jede erforderliche Unterstützung zukommen lassen wird.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Schlussitzung des Ministerrats als Anhang beizufügen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## **ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN (AUCH IM NAMEN VON POLEN, MALTA UND FINNLAND)**

(Anhang 21 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Nordmazedonien, Polen, Malta und Finnland sind sich als ehemalige, gegenwärtige beziehungsweise designierte Vorsitzländer der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für die Jahre 2022 bis 2025 bewusst, dass sich die Rahmenbedingungen im OSZE-Raum seit Februar 2022 zum Negativen entwickelt haben, was sich unmittelbar auf die Sicherheit in Europa und die Arbeit der OSZE auswirkt. Wir stehen der Ukraine in ihrem Recht, frei über ihre Zukunft zu bestimmen, solidarisch zur Seite und verurteilen erneut die Anwendung von Gewalt durch die Russische Föderation. Russland trägt die volle Verantwortung für den Krieg, den es gegen die Ukraine führt.

Wir fordern Russland auf, seinen Krieg gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen und alle seine Streitkräfte und seine gesamte militärische Ausrüstung vollständig und bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzuziehen.

Im Hinblick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki müssen die Teilnehmerstaaten ihr Bekenntnis zu den Prinzipien erneuern, denen sie alle in diesem historischen Dokument zugestimmt und die sie seither immer wieder bekräftigt haben. Die Fortsetzung von Russlands Krieg gegen die Ukraine ist eine massive Bedrohung für unsere Organisation und die Sicherheit in Europa. Dieser Krieg verstößt in gravierender Weise gegen die regelbasierte internationale Ordnung, einschließlich der Grundprinzipien der OSZE, und untergräbt die Fähigkeit der Organisation, wirksam zu arbeiten. Die Existenzberechtigung der OSZE liegt darin, was sie konkret für die Menschen leistet, und es ist an uns, ihre Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit bewahren. Es ist unsere Aufgabe, die Prinzipien der OSZE und ihre einzigartige Rolle als regionale Sicherheitsorganisation zu bewahren, die geschaffen wurde, um Konflikte zu verhüten, umfassende Sicherheit zu verwirklichen, die Menschenrechte und die Demokratie zu fördern und dabei die Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt zu stellen. In Krisenzeiten wird die Führung der OSZE weiterhin die wesentlichen Funktionen der Organisation aufrechterhalten und absichern und den Prozess der Lösungsfindung unter den Teilnehmerstaaten hinsichtlich der aktuellen institutionellen Fragen und der gegenwärtigen Bedrohungen für die Sicherheit im OSZE-Raum anleiten. Dabei dürfen die Werte und Verpflichtungen der OSZE nicht infrage gestellt werden.

Wir trauern um die Tausenden von unschuldigen Menschen, die im Krieg Russlands gegen die Ukraine ihr Leben gelassen haben. Wir beklagen das große Leid, das der Krieg den Menschen in der Ukraine zugefügt hat, sowie die Spannungen und die Instabilität, die er über unsere Region und in unsere Organisation gebracht hat. Wir unterstützen die Bemühungen, sicherzustellen, dass alle Verantwortlichen für die im russischen Krieg gegen die Ukraine begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen und vor Gericht gestellt werden. Bald zehn Jahre nach der rechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland nehmen wir die rechtswidrige Annexion von Regionen der Ukraine durch Russland einschließlich der Autonomen Republik Krim weiterhin nicht hin. Der Verzicht auf die Anwendung von Gewalt, die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität sowie der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind Grundpfeiler der OSZE und dürfen niemals untergraben werden.

Wir fordern Belarus auf, den fortgesetzten Krieg Russlands gegen die Ukraine nicht länger mitzutragen. Wir setzen uns weiterhin für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden ein, der auf der uneingeschränkten Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen beruht, und bekräftigen unsere Unterstützung für die von Präsident Selenskyj vorgelegte Friedensformel. In unseren kollektiven Bemühungen müssen wir eine Erneuerung des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten anstreben, was nur durch die Wiederherstellung der Achtung der Grundsätze der Schlussakte von Helsinki und aller OSZE-Verpflichtungen erreicht werden kann.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen in Konfliktsituationen am stärksten gefährdet sind und besonders geschützt werden müssen. Wir verurteilen jeden Versuch, durch gezielte Angriffe auf die zivile Infrastruktur die Zivilbevölkerung einzuschüchtern und zu terrorisieren. Ebenso verurteilen wir die Entführung und Deportation von Zivilpersonen, einschließlich Kindern, sowie die willkürliche Inhaftierung aus politischen Gründen. Wir fordern von der Russischen Föderation die sofortige Freilassung der drei OSZE-Bediensteten, die noch immer in Donezk und Luhansk festgehalten werden. Wir fordern ferner die Rückgabe der Vermögenswerte der OSZE, die unrechtmäßig beschlagnahmt und aus ihren jeweiligen Lagereinrichtungen entwendet wurden.

Wir verurteilen die Zerstörung des Staudamms bei Kachowka, die zu einer Umweltkatastrophe im Süden der Ukraine geführt hat. Derartige Taten sind durch nichts zu rechtfertigen, und wir fordern, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Umweltschutz ist eine wesentliche Komponente des umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE, und wir fordern alle Teilnehmerstaaten auf, ihre einschlägigen Verpflichtungen einzuhalten. Durch die Zerstörung der ukrainischen zivilen Hafeninfrastuktur und der Lagereinrichtungen für Getreide, die Blockade der ukrainischen Schwarzmeerküste und die Störung der rechtmäßigen Transitdurchfahrt in ukrainischen Hoheitsgewässern und Wasserstraßen beziehungsweise durch diese hindurch verschärft Russland die weltweite Nahrungsmittelkrise. Wir erklären erneut, dass Russland die globale Nahrungsmittelversorgung nicht als Kriegswaffe einsetzen darf. Im Bewusstsein, dass die nukleare Sicherheit eine wesentliche Komponente unserer gemeinsamen Sicherheit ist, fordern wir Russland auf, die Kontrolle über das Kernkraftwerk in Saporischschja wieder an die zivilen Behörden der Ukraine zu übergeben.

Wir zollen der ukrainischen Bevölkerung und Gesellschaft unsere Hochachtung für ihre Widerstandsfähigkeit sowie ihr Bekenntnis zu den Prinzipien der OSZE. Die OSZE steht hinter dem ukrainischen Volk und spricht den OSZE-Teilnehmerstaaten ihre Anerkennung aus, die den Flüchtlingen aus der Ukraine Zuflucht bieten, den Kindern unter ihnen Zugang zu Schulbildung verschaffen und ihnen den Zugriff auf dringend benötigte Sozialleistungen ermöglichen. Auch der Arbeit des Unterstützungsprogramms der OSZE für die Ukraine gilt unsere Anerkennung. Die OSZE wird sich weiterhin in der Ukraine engagieren, sowohl während des Krieges als auch in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg. Wir sind uns bewusst, dass die OSZE auf vielfältige Weise auf die Krise reagieren muss.

Angesichts des fortgesetzten Krieges Russlands gegen die Ukraine bekräftigen wir, dass die OSZE über das nötige Instrumentarium verfügt, um Beweise zu sammeln, mit dem Ziel, zu Ermittlungen über mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen

das humanitäre Völkerrecht, einschließlich möglicher Kriegsverbrechen, beizutragen. Verschiedene Missionen von Expertinnen und Experten, die im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE entsandt wurden, haben wichtige Berichte geliefert und die Grundlagen dafür geschaffen, dass Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden können.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die mittelbaren Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine, wie die Vertreibung der Zivilbevölkerung und die dynamischen Veränderungen in der Sicherheitslandschaft, Auswirkungen auf die Republik Moldau und in der Folge auch auf den Prozess der Beilegung des Transnistrien-Konflikts haben. Wir begrüßen das Bekenntnis beider Seiten zu einer friedlichen Lösung der noch offenen Fragen im Rahmen der etablierten Formate und anerkennen die entscheidende Rolle der OSZE-Mission in Moldau in diesem Prozess.

Wir bekräftigen unsere nachdrückliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Wir halten die Bedeutung der Internationalen Genfer Gespräche unter dem gemeinsamen Vorsitz der Europäischen Union, der OSZE und der Vereinten Nationen bei der Bewältigung der Folgen des Konflikts in Georgien im Jahre 2008 fest und begrüßen die Durchführung von drei Verhandlungsrunden in diesem Format im Jahr 2023. Wir nehmen zur Kenntnis, dass am 5. und 6. Dezember die 59. Runde der Internationalen Genfer Gespräche stattfinden wird, bei der die wichtigsten strategischen und humanitären Fragen, die in der Sechs-Punkte-Waffenstillstandsvereinbarung festgehalten sind, erörtert und Ergebnisse für die vom Konflikt betroffene Bevölkerung erzielt werden sollen. Wir würdigen auch die Arbeit des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Ergneti, der von der OSZE und der Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien unterstützt wird, und fordern die unverzügliche Reaktivierung des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Gali.

Wir befürworten den fortgesetzten Dialog zwischen Armenien und Aserbaidschan und betonen, dass Dialog und Diplomatie das einzige Mittel zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten sein sollten. Die Anwendung von Gewalt zur Überwindung von Differenzen ist inakzeptabel, und wir rufen die Parteien dazu auf, nach Treu und Glauben Verhandlungen aufzunehmen, um die Vereinbarungen zu erarbeiten, derer es für einen dauerhaften Frieden und nachhaltige Stabilität in der Region bedarf. Wir betonen, dass die OSZE über die Erfahrung, die Expertise und die Instrumente verfügt, um als Plattform für den weiteren Dialog und die Umsetzung vertrauensbildender Maßnahmen zu fungieren.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass eine langfristige Beilegung von Konflikten und ein dauerhafter Frieden nur durch Zusammenarbeit im gesamten OSZE-Raum und über diesen hinaus erreicht werden können. Wir schätzen den Wert einer wirksamen Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien als Unterstützung unserer Arbeit bei der Bewältigung globaler Herausforderungen und sind von ihrem Nutzen nach wie vor überzeugt. Eine enge Zusammenarbeit sowie ein aufrichtiger und kontinuierlicher Dialog sind unerlässlich, um gegenseitiges Vertrauen und Stabilität im OSZE-Raum zu schaffen. Wir freuen uns auf die Fortsetzung und Vertiefung unserer guten Zusammenarbeit.

Wir begrüßen die auf dem Ministerrattreffen gefassten Beschlüsse über den Vorsitz für 2024 sowie die vier wichtigsten Führungspositionen in der Organisation. Es ist uns be-

wusst, dass ein klares Mandat für den designierten Vorsitz für die Zukunft unserer Organisation und für die Stärkung der Stabilität der OSZE unerlässlich ist. Wir würdigen die Bemühungen um eine einvernehmliche Lösung. Wir bedauern die Behinderung dieses Prozesses durch Russland und Belarus und fordern sie auf, in Zukunft verantwortungsbewusst und im besten Interesse unserer Organisation zu handeln.

Wir erinnern daran, dass alle OSZE-Teilnehmerstaaten der OSZE als Plattform für den gesamteuropäischen Dialog auf Basis gemeinsamer Werte und Prinzipien beigetreten sind, denen alle zugestimmt haben. Wir bringen erneut unser uneingeschränktes Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen und zu allen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen zum Ausdruck, angefangen mit der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris für ein neues Europa. Die OSZE ist einzigartig, sowohl in ihrem geografischen Geltungsbereich als auch als wesentliches Instrument für einen Dialog auf Augenhöhe über europäische Sicherheitsfragen. Wir empfehlen nachdrücklich die Nutzung dieses Forums zur Beilegung von Streitigkeiten und Konflikten.

Abschließend sprechen wir der Organisation unsere Anerkennung dafür aus, dass sie weiterhin ihre Kernaufgaben erfüllt, indem sie eine Plattform für den Dialog bietet und wichtige Arbeit vor Ort leistet. Wir sind uns bewusst, dass wir an einem Scheideweg der Geschichte stehen, nicht nur was unsere Organisation, sondern auch was die Sicherheit und Stabilität in Europa betrifft. Wir sind es künftigen Generationen schuldig, ihnen die Möglichkeit zu bieten, in einer freien, demokratischen und friedlichen Welt aufzuwachsen. Nur durch die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in unserer Region können wir die in den Gründungsdokumenten festgelegten Prinzipien auch wirklich einhalten und zu einem konstruktiven Dialog zurückkehren.

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION NORDMAZEDONIENS**  
**(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,**  
**BOSNIEN UND HERZEGOWINA, BULGARIEN, DÄNEMARK,**  
**DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND, FRANKREICH,**  
**GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND, ITALIEN,**  
**KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN, LITAUEN,**  
**LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO, MONTENEGRO, DEN**  
**NIEDERLANDEN, NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL,**  
**RUMÄNIEN, SAN MARINO, SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, SERBIEN,**  
**DER SLOWAKEI, SLOWENIEN, SPANIEN, TSCHECHIEN, DER**  
**UKRAINE, UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN**  
**VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

(MC.DEL/51/23 vom 5. Dezember 2023)

In Anerkennung der wesentlichen Rolle, die Medienfreiheit, Pluralismus und Meinungsvielfalt für die Ermöglichung und Aufrechterhaltung von Demokratie und umfassender Sicherheit spielen, ist es zwingend geboten, dass die Staaten ihre Bemühungen zum Schutz der Rechte und der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten verstärken. Besonders besorgniserregend ist der alarmierende Anstieg von Gewalt und Verunglimpfung im Internet, die sich unverhältnismäßig oft gegen Journalistinnen richten und gravierende Auswirkungen auf Pluralität und Demokratie haben. Angesichts der Tatsache, dass fast drei Viertel der Journalistinnen im Rahmen ihrer Arbeit geschlechtsspezifische Gewalt im Internet erleben müssen, sind verstärkte gemeinsame Anstrengungen dringend erforderlich, um die Sicherheit von Journalistinnen sowohl online als auch offline zu fördern.

Zudem belegen Studien einen eindeutigen Kausalzusammenhang zwischen der Bedrohung von Journalistinnen und geschlechtsspezifischen Verunglimpfungen online und anschließenden Angriffen gegen sie offline. Geschlechtsspezifische Gewalt online und offline sowie geschlechtsspezifische Verunglimpfungen gefährden das Wohl von Journalistinnen und ihre Fähigkeit, ihre beruflichen Aufgaben zu erfüllen. Solche Taten haben eine abschreckende Wirkung und veranlassen Journalistinnen zur Selbstzensur oder sogar zur Aufgabe ihrer Berufslaufbahn, und das nicht nur zum Schaden der Betroffenen, sondern auch der Medienfreiheit und -vielfalt insgesamt.

Dadurch verstetigt sich außerdem ein Klima der Straflosigkeit in Bezug auf Verbrechen gegen sie. Es bedarf daher verstärkter Bemühungen um die Einhaltung zentraler OSZE-Verpflichtungen, insbesondere des Ministerratsbeschlusses Nr. 3/18 über die Sicherheit von Journalisten, sowie der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen und der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Ausgehend von der Konferenz des OSZE-Vorsitzes zur Gleichstellung der Geschlechter und der Arbeit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit im Bereich der Sicherheit von Journalistinnen im Internet (SOFJO) bekräftigen wir hiermit unser Bekenntnis zu einer umfassenden Verbesserung der Sicherheit von Journalistinnen und zur Förderung von Medienfreiheit und Informationsintegrität.

Das Treffen des Ministerrats der OSZE 2023, das auf die Vorstellung der SOFJO-Leitlinien für die laufende Beobachtung durch die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit folgt, ist eine hervorragende Gelegenheit für die Staaten, die entscheidende Rolle hervorzuheben, die der SOFJO-Agenda für die Prinzipien der Gleichstellung, der Medienfreiheit und der Demokratie im OSZE-Raum zukommt. In Anerkennung der Notwendigkeit, die Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Journalistinnen und ihrer geschlechtsbezogenen Verunglimpfung im Internet besser zu erfassen und zu analysieren, sprechen wir der Beauftragten für Medienfreiheit unsere Anerkennung zur Einführung der SOFJO-Leitlinien für die laufende Beobachtung aus und befürworten die Zielsetzung der Leitlinien, eine wirksamere Beobachtung und Erfassung sowie eine wirksamere transparente Berichterstattung über entsprechende Vorfälle zu verwirklichen. Zu diesem Zweck erklären wir, dass wir dem wichtigen Thema der Online-Sicherheit von Journalistinnen sowohl auf internationaler Ebene als auch in unserer jeweiligen nationalen Zuständigkeit Vorrang einräumen werden, und erinnern daran, wie wichtig es ist:

- Vorfälle geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Journalistinnen und ihrer geschlechtsbezogenen Verunglimpfung im Internet als eine der schwerwiegendsten aktuellen Bedrohungen für ihre Sicherheit und als Beeinträchtigung der Medienfreiheit zu verurteilen, wie in der Gemeinsamen Erklärung über Meinungsfreiheit und Geschlechtergerechtigkeit von 2022 hervorgehoben wird;
- die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten ganzheitlich zu behandeln, unter anderem durch die Anwendung einer Genderperspektive, durch die Berücksichtigung der mannigfaltigen und intersektionalen Formen der Diskriminierung von Journalistinnen und Journalisten und durch die Anerkennung der Komplexität der Bedrohungen, denen Journalistinnen und Journalisten ausgesetzt sind. Es ist uns bewusst, dass physische, rechtliche, psychologische, digitale und wirtschaftliche Risiken miteinander verknüpft sind und oft in einer Wechselwirkung mit umfassenderen Herausforderungen für die Medienfreiheit stehen;
- die Datenerfassung, die Analyse und die Berichterstattung über Fälle von geschlechtsspezifischer Online-Gewalt auf der Grundlage der SOFJO-Leitlinien für die laufende Beobachtung zu verbessern, um eine Eskalation der Gewalt zu verhindern, die Forschung zu erleichtern, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und die Gestaltung wirksamer Schutzmaßnahmen und -strategien zu unterstützen;
- die wechselseitige Zusammenarbeit zur Förderung eines inklusiven, gendersensiblen und gesamtgesellschaftlichen Ansatzes zu stärken. Der Austausch nachahmenswerter Methoden bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Online-Gewalt trägt dazu bei, ein Umfeld zu schaffen, das Pluralismus und Medienfreiheit begünstigt;
- Digitaltechnologieunternehmen, insbesondere Online-Plattformen, zu ermutigen, ihrer Verantwortung für die Achtung der Rechte von Frauen und Mädchen proaktiv nachzukommen, ihre Politik und Praxis auf die Menschenrechte auszurichten und transparente und nachvollziehbare Mechanismen zur Berichterstattung einzuführen;
- ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen für den Umgang mit geschlechtsspezifischer Online-Gewalt gegen Journalistinnen bereitzustellen und die Betroffenen zu unterstützen.

Wir betonen, dass es von größter Wichtigkeit ist, die Medienfreiheit hochzuhalten, in unsere Befassung mit der Achtung, dem Schutz und der Verwirklichung des Rechts auf freie Meinungsäußerung eine Genderperspektive einfließen zu lassen und die psychische und physische Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten sowohl offline als auch online zu verbessern. Wir rufen alle OSZE-Teilnehmerstaaten dazu auf, tätig zu werden, und fordern alle Staaten auf, sich uns anzuschließen und die Bemühungen um Medienfreiheit und Gleichstellung der Geschlechter im gesamten OSZE-Raum zu verstärken.

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION NORDMAZEDONIENS**  
**(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BOSNIEN UND**  
**HERZEGOWINA, MONTENEGRO UND SERBIEN)**

(MC.DEL/47/23 vom 5. Dezember 2023)

Wir, die Außenminister der südosteuropäischen Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, –

unter Hinweis auf die einschlägigen im Bereich der Verhütung und Bekämpfung der Korruption verabschiedeten OSZE-Dokumente, insbesondere den Ministerratsbeschluss Nr. 11/04 über die Bekämpfung der Korruption, den Ministerratsbeschluss Nr. 5/14 über die Verhütung von Korruption, den Ministerratsbeschluss Nr. 4/16 über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Förderung der Konnektivität, den Ministerratsbeschluss Nr. 5/18 über die Entwicklung des Humankapitals im digitalen Zeitalter sowie den Ministerratsbeschluss Nr. 6/20 über die Verhütung und Bekämpfung der Korruption durch Digitalisierung und erhöhte Transparenz,

unter Betonung unserer entschiedenen und bedingungslosen Entschlossenheit zur Zusammenarbeit im Dienste der Verhütung, Bekämpfung, Untersuchung und Verfolgung von Korruption in Südosteuropa, auch mithilfe von Finanzermittlungen, Digitalisierung und der Wiedererlangung von Vermögenswerten,

in der Erkenntnis, dass Korruption auf allen Ebenen die Rechtsstaatlichkeit schwächt und das Vertrauen in staatliche Institutionen untergräbt, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität gefährdet, die Stabilität und Sicherheit der Teilnehmerstaaten unterminiert, die gemeinsamen Werte der OSZE bedroht und alle Arten krimineller Machenschaften begünstigt,

unter Hervorhebung der zentralen Rolle, die den Strafverfolgungs-, Justiz- und Verwaltungsbehörden bei der Korruptionsverhütung und -bekämpfung zukommt,

in Bekräftigung unserer Verpflichtung zur nationalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, in Partnerschaft mit einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen, im Hinblick auf die umfassende Verhütung und Bekämpfung der Korruption, auch mithilfe der Möglichkeiten der digitalen Transformation, unter Berücksichtigung der Verbindungen zwischen Korruption und Geldwäsche und mithilfe eines optimierten Einsatzes von Maßnahmen zur Wiedererlangung von Vermögenswerten im Zuge der Erreichung dieses gemeinsamen Ziels,

unter Bestätigung der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit zwischen nationalen Korruptionsbekämpfungs- und sonstigen einschlägigen Einrichtungen im Hinblick auf den Austausch von Wissen und nachahmenswerten Verfahren unter den mit Korruptionsbekämpfung befassten Fachleuten sowie der fortgesetzten Entwicklung wirksamer Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen,

erfreut darüber, dass alle südosteuropäischen OSZE-Teilnehmerstaaten das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind und sich darum bemühen, ihre Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen,

sowie unter Würdigung der Unterstützung der OSZE bei der Begleitung der Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die Umsetzung des Übereinkommens,

in Kenntnis der Unterstützung der OSZE beim Kampf gegen die Korruption in Form von Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau und Sensibilisierungsveranstaltungen, von Sondierungs- und Beratungsmissionen, von Aktivitäten zur Stärkung der institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie der Arbeit der OSZE im Hinblick auf die verstärkte Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in Südosteuropa durch bessere regionale Zusammenarbeit bei der Beschlagnahme, Einziehung, Verwaltung und Wiederverwendung von Vermögenswerten und andere Aktivitäten zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bemühungen um die Wiedererlangung von Vermögenswerten,

unter Hervorhebung der Bedeutung der Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen internationalen Organisationen bei der Verhütung und Bekämpfung von Korruption –

verpflichten uns gemeinsam,

- den Einsatz digitaler Hilfsmittel zur Früherkennung und Verhütung von Korruption und Verbesserung der Transparenz zu fördern;
- unsere einzelstaatlichen Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption durch den effizienten Einsatz von Instrumenten zur Wiedererlangung von Vermögenswerten weiter zu verstärken. Im Zuge dieser Bemühungen sollten auch die einzelstaatlichen gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden, um eine wirksame Nachverfolgung, Beschlagnahme und Einziehung der Tatwerkzeuge und Erträge aus Straftaten zu ermöglichen;
- die Kapazitäten im Umgang mit den Risiken im Zusammenhang mit virtuellen Vermögenswerten einschließlich Kryptowährungen in Bezug auf Geldwäsche weiterzuentwickeln;
- die regionale und internationale Zusammenarbeit zu fördern und zu verbessern, um die grenzüberschreitende Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten einschließlich virtueller Vermögenswerte zu erleichtern;
- unseren Fokus erneut auf die Förderung des Austauschs von Informationen, nachahmenswerten Verfahren und Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten zu richten, um eine möglichst weitgehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Wiedererlangung der Erträge aus Korruption und grenzüberschreitender Kriminalität zu erzielen;
- eingezogene Vermögenswerte verstärkt für soziale und kriminalpräventive Zwecke zu verwenden. Die Verwendung eingezogener Vermögenswerte oder Gelder für Investitionen in das Gemeinwohl vermittelt die Botschaft, dass sich Korruption und Kriminalität nicht lohnen. Die gesetzlichen und politischen Mechanismen sollten eine solche Verwendung eingezogener Vermögenswerte erleichtern und eine transparente und verantwortliche Vorgehensweise zur Wiederverwendung dieser Vermögenswerte für das Gemeinwohl gewährleisten, auch durch eine bessere behördenübergreifende Zusammenarbeit auf nationaler Ebene, beispielsweise durch die Einrichtung eines behördenübergreifenden Ausschusses oder Arbeitskreises, in dessen Rahmen die

Strategien zur Wiederverwendung von Erträgen aus Straftaten koordiniert und bewährte Verfahren studiert werden;

- die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Behörden im Zuge des gesamten Prozesses der Wiedererlangung von Vermögenswerten zu stärken. In Anerkennung der wichtigen Rolle der Zivilgesellschaft bei der Korruptionsbekämpfung sollten größere Anstrengungen unternommen werden, um die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene zu verbessern, auch durch die Verwendung eingezogener Vermögenswerte für soziale Zwecke;
- Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und anderweitigen Information der Öffentlichkeit über die Wiederverwendung von Vermögenswerten für soziale Zwecke zu unterstützen. Die Bewusstseinsbildung betreffend wirksame Mechanismen zur Wiedererlangung von Vermögenswerten und die Sichtbarmachung der Wiederverwendung eingezogener Vermögenswerte für soziale Zwecke tragen zur Abschreckung der Beteiligung an organisierter Kriminalität bei, indem die klare Botschaft vermittelt wird, dass „sich Verbrechen nicht lohnt“;
- Aktivitäten zu entwickeln, die speziell darauf ausgerichtet sind, junge Menschen über die negativen Folgen der Korruption für die Gesellschaft sowie über die Chancen zu informieren, die sich durch zivilgesellschaftliches Engagement, Digitalisierung und die Wiedererlangung von Vermögenswerten in der Korruptionsverhütung und -bekämpfung eröffnen;
- unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Frauen und aufgrund ihrer Lebensumstände besonders gefährdete Menschen unverhältnismäßig stark unter Korruption leiden, die Teilhabe von Frauen an der Entwicklung und Umsetzung von Korruptionsbekämpfungsaktivitäten zu unterstützen und sicherzustellen, dass genderbezogene Überlegungen durchgängig in die Korruptionsbekämpfungsarbeit einfließen.

## **SCHLUSSERKLÄRUNG DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE**

(MC.DEL/60/23 vom 13. Dezember 2023)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,  
Exzellenzen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre wertvollen Meinungen und Erkenntnisse.

Es war dies ein ereignisreiches Ministerratstreffen nach einem Jahr voller Herausforderungen. Es war mir eine Freude und Ehre, Sie hier in Skopje empfangen und 2023 den Vorsitz in dieser Organisation führen zu dürfen.

Da dies die Schlusssitzung des Ministerrats ist, hoffe ich, dass Sie mir gestatten, etwas länger als vorgesehen zu sprechen.

Während mein Team und ich uns bemüht haben, diese Organisation zu führen, standen wir vor beispiellosen inneren und äußeren Herausforderungen.

Ich sage das nicht einfach so.

Seit dem neuerlichen Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 und seiner fortgesetzten Aggression gegen sein souveränes Nachbarland, ebenfalls ein OSZE-Teilnehmerstaat, sieht sich diese Organisation gezwungen, auf unbekanntem Terrain zu manövrieren. Die OSZE ist mit einer Bedrohung der Prinzipien und Werte konfrontiert, die ihre ureigenen Grundfesten bilden. Auch die Sicherheitsarchitektur, auf die wir uns alle verlassen, um die Stabilität zu erhalten und Konflikte zu verhüten, aber auch mit deren nachteiligen Folgen umzugehen, wurde untergraben.

Gleichzeitig haben wir in Wien und hier in Skopje mit allen Teilnehmerstaaten zusammen daran gearbeitet, Vereinbarungen zu erzielen und Konsens herzustellen, um dafür zu sorgen, dass die OSZE über das nötige Maß an Führung und finanzieller Planungssicherheit verfügt, damit sie weiterhin ihre wesentlichen Zielsetzungen erfüllen und wertvolle Ergebnisse für die Menschen in unserer gemeinsamen Region liefern kann.

Ich sage es noch einmal: Um die OSZE weiter auf die Zukunft vorzubereiten, brauchen wir strategische Klarheit, nicht strategische Verwirrung.

Dazu gehört eine mittel- bis langfristige Vorhersehbarkeit, um dramatische Pattsituationen zu vermeiden und weiterhin in allen drei Dimensionen Resultate zu erzielen. Wir können es uns nicht leisten, dass diese eminent wichtige Mission durch Vorbedingungen und Zwangsaufgaben behindert wird. Dialog und Zusammenarbeit nach Treu und Glauben sind die DNA der OSZE. Wenn wir wirklich eine robuste und wirksame Organisation für die Zukunft aufbauen wollen, muss der Austausch zwischen uns insgesamt von Aufrichtigkeit geprägt sein. Anders geht es nicht. Sonst laufen wir Gefahr, die OSZE gerade jetzt, da ihr Instrumentarium am meisten nottut, zu schwächen und in ihrer Handlungsfähigkeit zu beschneiden. Das wäre ein Misserfolg für alle.

Ich möchte noch einmal meiner Dankbarkeit dafür Ausdruck verleihen, dass die Republik Malta sich in der Erkenntnis, dass die Organisation Führung braucht, bereit erklärt hat, 2024 den Vorsitz zu übernehmen.

Und doch, meine Damen und Herren, ist es damit noch nicht getan, und weder Nordmazedonien noch Malta noch irgendein anderer Vorsitz ist für sich allein in der Lage, diese Fragen zu bewältigen und diese Schwierigkeiten zu lösen.

Alle OSZE-Teilnehmerstaaten haben sich verpflichtet, die Prinzipien und Werte der Schlussakte von Helsinki hochzuhalten, und die Verantwortung übernommen, diese Organisation zu schützen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

Ich blicke mit Stolz auf all das zurück, was wir dieses Jahr mit Nordmazedonien als OSZE-Vorsitz erreicht haben. Durch aktiven Austausch und flexible, innovative und zugleich prinzipientreue Ansätze haben wir es geschafft, die OSZE in ihrer Bedeutung und Sichtbarkeit zu schützen, während manche sie aushebeln wollten. Ich möchte noch einmal all jenen danken, die uns bei dieser Aufgabe zur Seite gestanden sind und sich unermüdlich für die Organisation und ihre Werte und Prinzipien verwendet haben.

Ist es uns auch gelungen, die brennendsten Herausforderungen zu meistern, so harren durchschlagendere Erfolge noch ihrer Verwirklichung.

Wir müssen Mittel und Wege finden, um die verschiedenen Hürden zu überwinden und sicherzustellen, dass unsere Organisation ihre Bedeutung sowie ihre Handlungsfähigkeit im Hinblick auf künftige Bedrohungen, die sich bereits am Horizont abzeichnen, behält.

Ausgehend von dieser Prämisse wird Nordmazedonien die OSZE auch weiterhin in höchsten Ehren halten und steht bereit, mit dem nächsten Vorsitz, Malta, und dem zuverlässigen Troika-Partner Finnland zusammenzuarbeiten, um eine stärkere OSZE für die Zukunft zu schaffen.

Ich bin völlig überzeugt, dass Estland, hätte man es ihm ermöglicht, ebenso gut in der Lage gewesen wäre, diese Herausforderung zu bewältigen, also diese Organisation zu führen und sich den Herausforderungen und Bedrohungen zu stellen, die wir gemeinsam angehen müssen. Ich hoffe, dass Estland in Zukunft einmal die Ehre und Verantwortung zuteilwird, seinen Platz als Vorsitz einnehmen zu dürfen, den es sich mehr als verdient hat.

Der Aufbau einer starken OSZE ist eine gemeinsame Investition. Ihr Ertrag wird Friede, Stabilität und ein Leben in Würde für alle Menschen im OSZE-Raum sein, und das auf Jahre hinaus. Dies muss sowohl der Leitstern sein, dem unseren Gedankenaustausch folgt, als auch unser Endziel.

Daher bin ich auch erfreut darüber, dass die Teilnehmerstaaten eine Einigung über die Verlängerung der Mandate der Führungspositionen in den Durchführungsorganen der OSZE erzielt haben. Dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Lage sind, uns zu einigen und einen Konsens unter allen 57 Teilnehmerstaaten zu erzielen, zeigt neuerlich, wie wichtig und effektiv es ist, durch Verhandlungen und Kompromisse im Interesse unserer gemeinsamen Ziele zu einer Verständigung zu finden.

Trotz unserer Differenzen und Meinungsverschiedenheiten haben wir die strategische Weitsicht bewiesen, derer wir bedürfen, um unsere konstruktiven Bemühungen fortzusetzen, die besonderen Stärken der OSZE durch die Arbeit ihrer Durchführungsorgane zum Nutzen aller unserer Bürgerinnen und Bürger umzusetzen und anzuwenden.

Ich rege an, diese positive Dynamik fortzusetzen. Denn das ist zwingend nötig. Wir müssen weiterhin nach Treu und Glauben zusammenarbeiten, um nicht nur die komplizierten internen Fragen zu lösen, die sich uns in der OSZE stellen, sondern auch die größeren Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität unserer Region zu meistern.

Mögen uns der Geist von Skopje und der heute erzielten Erfolge weiterhin begleiten, wenn wir mit schwerwiegenden Angelegenheiten konfrontiert werden, die noch gravierendere Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserer Region haben.

Eine persönliche Anmerkung:

Ich meine es ernst, wenn ich sage: Wenn es die OSZE nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Im Laufe dieses Jahres ist mir die Organisation ans Herz gewachsen. Ich war von Anfang bis Ende voller Motivation und hatte keine Angst davor, bei der Suche nach Möglichkeiten zur Schaffung einer positiven Dynamik Misserfolge einzustecken. Wir haben alle Hebel in Bewegung gesetzt und alles Menschenmögliche getan, um Fortschritte zu erzielen.

Es wäre falsch gewesen, es nicht zu versuchen. Mein Team hat sich der Aufgabe beherzt und ohne zu zögern gestellt. Die Worte Winston Churchills bringen gut auf den Punkt, mit welcher Einstellung wir den wiederholten Herausforderungen begegnet sind: „Erfolg ist nichts Endgültiges, Misserfolg nichts Fatales – es ist der Mut, weiterzumachen, der zählt.“ Da stehen wir nun also, und ein langes, ein schwieriges, aber auch ein bereicherndes Jahr liegt hinter uns.

Rückblickend werden wir uns nicht nur wegen der erzielten Endergebnisse an dieses Jahr erinnern, sondern auch wegen der Prozesse, die wir angestoßen haben, während wir mit Begeisterung und Entschlossenheit das Banner mit unserem Leitsatz „Es geht um die Menschen“ für alle sichtbar hochgehalten haben, denn ja: in der OSZE geht es um die Menschen, so und nicht anders sollte es sein, und das sollte unser gemeinsames Hauptanliegen bleiben.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich einige Worte der Dankbarkeit an „meine Leute“ – das Team in Skopje und Wien und unser internationales entsandtes Personal – für ihren aufrichtigen Einsatz, ihre Unverzagtheit und ihre Beharrlichkeit richten. Ihr habt gezeigt, dass wir es schaffen können, und so haben wir es auch geschafft. Hut ab vor dieser Leistung.

Ich möchte auch allen Diplomatinen und Diplomaten des Außenministeriums für ihre harte Arbeit und ihr Engagement dafür danken, dass dieses Treffen nicht nur möglich, sondern auch zu einem Erfolg wurde.

Auch all meinen Kolleginnen und Kollegen und Freundinnen und Freunden in Nordmazedonien danke ich für ihre Unterstützung.

Aufseiten der OSZE richte ich meine Worte der Dankbarkeit für die Unterstützung und Zusammenarbeit an meine Kolleginnen und Kollegen aus den OSZE-Teilnehmerstaaten, insbesondere an meine Troika-Kollegen, Ministerin Valtonen und Minister Rau, aber auch an:

- die Generalsekretärin der OSZE Helga Schmidt und das kompetente Personal des OSZE-Sekretariats,
- die Präsidentin und den Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung, Pia Kauma und Roberto Montella,
- die Spitzen der autonomen Institutionen der OSZE, Theresa Ribeiro, Kairat Abdrakhmanov und Matteo Mecacci,
- meine Persönlichen Beauftragten und Sonderbeauftragten, die intensiv an verschiedenen Themenportfolios gearbeitet haben, sowie an alle Leiterinnen und Leiter der OSZE-Feldoperationen, die das Engagement unserer Organisation vorbildlich verkörpern.

Ein besonderer Dank geht schließlich an das hervorragende Team des Konferenz- und Sprachendienstes.

Ich wünsche unseren maltesischen Freundinnen und Freunden viel Erfolg und ein weniger herausforderndes Jahr. Wir sind gerne für Euch da, um Euch bei all Euren Bemühungen zu unterstützen.

Danke.

### **III. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT**



**BERICHT**  
**DER GENERALEKRETÄRIN AN DAS**  
**DREISSIGSTE TREFFEN DES MINISTERRATS**

(MC.GAL/3/23 vom 1. Dezember 2023)

Herr Ministerpräsident,  
Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung,  
Exzellenzen,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

dies ist mein drittes Ministerratstreffen als Generalsekretärin der OSZE, und es ist mir eine Ehre, Ihnen meinen Bericht zu unterbreiten. Während wir hier in Skopje versammelt sind, sind wir im gesamten OSZE-Raum mit einem Sicherheitsumfeld konfrontiert, das für uns alle sehr bedrückend ist. Wir haben gerade von Ministerpräsident Kovačevski, von Minister Osmani und von Präsidentin Kauma gehört, vor welchen schwerwiegenden Herausforderungen wir stehen – vom offenen Krieg über schwelende Spannungen bis hin zum Terrorismus, von organisierter Kriminalität und Korruption bis hin zum Klimawandel, vom Menschenhandel über geschlechtsspezifische Gewalt bis hin zu Intoleranz und Diskriminierung.

Diese Organisation – beruhend auf Prinzipien und Verpflichtungen, auf die sich alle ihre Teilnehmer vor fast fünfzig Jahren in Helsinki verständigt haben – dient nicht nur der Befassung mit einer Reihe von Sicherheitsherausforderungen, sondern soll ihre Teilnehmer auch in die Verantwortung nehmen.

Ich habe meine Funktion unter drei Amtierenden Vorsitzenden wahrgenommen: Ministerin Linde aus Schweden, Minister Rau aus Polen und unserem derzeitigen Vorsitzenden, Minister Osmani aus Nordmazedonien. Sie alle haben sich unermüdlich für die Wahrung und Förderung der OSZE-Prinzipien eingesetzt, auch im Angesicht schwerwiegender Verstöße. Es erfüllt mich mit großem Stolz, dass auch ich meine Arbeit in den Dienst dieser Prinzipien gestellt habe – ebenso wie meine Kollegin Teresa Ribeiro und meine Kollegen Matteo Mecacci und Kairat Abdrakhmanov.

Nehmen wir etwa die Arbeit von Teresa Ribeiro, unserer Beauftragten für Medienfreiheit, und ihrem Team. Sie setzen sich unerschütterlich für freie Meinungsäußerung, freie Medien und die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten ein – alles lebenswichtige Dinge für eine freie und faire Gesellschaft.

Oder denken wir an Matteo Mecacci und seine Bediensteten im Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Sie fördern und verteidigen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie helfen bei der Stärkung einer verantwortungsvollen Regierungsführung und bieten Unterstützung und Fachwissen im Hinblick auf eine breite Palette an OSZE-Prinzipien.

Kairat Abdrakhmanov wiederum, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, und sein Team in Den Haag tragen durch die Förderung eines inklusiven Dialogs und die Stärkung von Konsultationsmechanismen in und zwischen den Teilnehmerstaaten zur Konfliktverhütung bei.

Wir haben von Anfang an einen ganzheitlichen Ansatz in Bezug auf die OSZE verfolgt, und ich bin dankbar für die hervorragende Zusammenarbeit – auch mit der Parlamentarischen Versammlung, zurzeit unter ihrer Präsidentin Kauma und ihrem Generalsekretär Montella.

Zum Abschluss des dritten Jahres meiner Amtszeit als Generalsekretärin möchte ich Ihnen schildern, was ich in diesen höchst bewegten Zeiten über die Organisation gelernt habe.

Ich habe erlebt, wie die konsensbasierte Entscheidungsfindung zu einem Würgegriff werden kann, wenn sie nicht mit Kompromissbereitschaft einhergeht.

Ich habe erlebt, welche Belastung es bedeutet, wenn kein Haushalt verabschiedet wird, und welche Beeinträchtigung es mit sich bringt, wenn nach mehr als einem Jahrzehnt des nominalen Nullwachstums unzureichende Ressourcen zur Verfügung stehen.

Ich habe am 24. Februar letzten Jahres die Last der Verantwortung für unsere Bediensteten in der Ukraine gespürt: die Dringlichkeit ihrer Verlegung oder Evakuierung, die tiefe Erschütterung über den Verlust eines Bediensteten durch Artilleriebeschuss und die anhaltende Sorge um drei unserer Kollegen, die nach wie vor wegen ihrer Arbeit festgehalten werden – ungeachtet der ihnen zustehenden dienstlichen Immunität.

Gründe zur Ernüchterung gibt es genug.

Und doch habe ich dabei auch stets erlebt, wie viel diese Organisation zu bieten hat. Ich habe erlebt, wie es unseren Bediensteten mit ihrem Einsatz und ihrem Einfallsreichtum gelungen ist, allen Widrigkeiten zum Trotz Ergebnisse zu erzielen. Ich habe den wahrhaft einzigartigen und besonderen Wert unserer Arbeit für die Regierungen und die Gesellschaft im gesamten OSZE-Raum gesehen.

Die Arbeit der OSZE zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass wir in der Lage sind, regionale Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen mitzugestalten. Nehmen Sie zum Beispiel unsere Arbeit in Zentralasien. Ich habe 2021 in Stockholm Vorschläge unterbreitet, wie wir unsere Teilnehmerstaaten in Zentralasien beim Umgang mit den Auswirkungen der brutalen Machtübernahme der Taliban in Afghanistan unterstützen können. Sie haben mich mit der Ausarbeitung eines Plans beauftragt, der ein breites Spektrum von Herausforderungen in der Region abdeckt. Also haben wir im Sekretariat ein Programm entwickelt – in Zusammenarbeit mit unseren Feldmissionen. Dank verschiedener Geber, darunter auch Partner, setzen wir diesbezüglich zurzeit außerbudgetäre Projekte im Ausmaß von 77 Millionen Euro um, die uns letztlich allen zugutekommen.

Die lokale Expertise, die wir durch unsere Präsenz vor Ort aufgebaut haben – auch hier in Südosteuropa –, ist ein weiterer wesentlicher Aspekt des Mehrwerts der OSZE. Während beispielsweise die Majevisa in Bosnien und Herzegowina einst von bewaffneten Konflikten heimgesucht wurde, arbeiten heute, dank der Hilfe der dortigen OSZE-Mission, die Bürgermeister der fünf Gemeinden in der Majevisa gemeinsam an der wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen, die ich nennen könnte. Der springende Punkt ist, dass wir durch einen regionalen Ansatz einen einzigartigen Nutzen schaffen. Dank der Art und Weise unserer Zusammenarbeit mit den Regierungen und dem über die Jahrzehnte

aufgebauten lokalen Sach- und Fachwissen genießt unsere Arbeit größere Akzeptanz und zeitigt eine stärkere Wirkung. An dieser Stelle möchte ich unseren hervorragenden Ortskräften meine Anerkennung aussprechen, die einen wesentlichen Anteil daran haben, dass die OSZE so effektiv ist.

Wir müssen uns diese Wirksamkeit erhalten, damit wir handlungsfähig sind, wenn Teilnehmerstaaten um Unterstützung ersuchen. In der Ukraine mussten wir letztes Jahr zwar beide unsere Missionen schließen, doch wir unterstützen Staat und Gesellschaft weiterhin beim Umgang mit den Auswirkungen des Krieges und bei der Stärkung der demokratischen Institutionen des Landes. Dies ist möglich, weil die gesamte Arbeit im Land auf außerbudgetärer Basis stattfindet, wobei die Finanzierung von dreißig Teilnehmerstaaten und der Europäischen Union übernommen wurde und ein eigener Sonderbeauftragter vor Ort tätig ist. Damit werden zwanzig Projekte unterstützt, die sich mit Fragen befassen, die von den Auswirkungen von Landminen über die Folgen des Krieges für die Umwelt bis zum Menschenhandel reichen.

Letzte Woche war ich anlässlich der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Eriwan. Unter anderem habe ich dabei die humanitäre Lage der Armenierinnen und Armenier aus Karabach angesprochen, die vor fast zwei Monaten aus ihrer Heimat geflohen sind. Wir haben diese Situation aufmerksam verfolgt und sind bereit, eine für alle nachhaltige Lösung zu unterstützen. Unsere langjährige Erfahrung mit dem Konfliktzyklus, auch in Bezug auf Vertrauensbildung und Aussöhnung, kann hier von Nutzen sein.

Wir bieten einerseits Lösungen an, die ganz auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnitten sind, und befassen uns andererseits auch mit Herausforderungen, die jeden einzelnen der Teilnehmerstaaten betreffen. Schätzungsweise 25 Millionen Menschen werden pro Jahr Opfer von Menschenhandel, und die meisten Täterinnen und Täter werden niemals zur Rechenschaft gezogen. Dies ist nicht nur ein Menschenrechtsproblem, sondern auch ein Sicherheitsproblem, weshalb wir – im gesamten OSZE-Raum – mit Regierungen und Parlamenten zusammenarbeiten, um unser Vorgehen gegen den Menschenhandel einheitlicher zu gestalten. Ich bin stolz darauf, dass die OSZE in diesem Kampf weltweit eine führende Rolle spielt.

Was die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit betrifft – eine Frage, in der die OSZE mehr tun sollte, wie Sie alle in Stockholm vereinbart haben –, spielen wir eine wahrhaft einzigartige Rolle.

Auf der Konferenz auf hoher Ebene, die ich im Juli ausgerichtet habe, wurde dies auch von den Ministerinnen und Ministern unterstrichen, die darüber sprachen, wie die OSZE bei der Förderung der regionenübergreifenden Zusammenarbeit als Impulsgeberin fungiert. Durch die Zusammenarbeit mit Akteuren aus anderen internationalen Organisationen und die Einbindungen aller Teile der Gesellschaft, nicht zuletzt der Frauen und Jungen, stellen wir sicher, dass unsere Anstrengungen nicht nur effizient, sondern auch nachhaltig sind.

Ich bin sehr stolz auf die Arbeit, die wir leisten, um jene einzubinden, die möglicherweise unterrepräsentiert sind – nationale Minderheiten, die Jugend und natürlich Frauen. Wir bekämpfen nicht nur geschlechtsspezifische Gewalt, sondern fördern auch die Rolle von Frauen als Triebfedern des Wandels, sei es beim Wassermanagement oder in der bürgernahen Polizeiarbeit. Über ein von mir letztes Jahr ins Leben gerufenes Netzwerk unterstützen wir in der Friedensstiftung und Mediation tätige Frauen aus dem gesamten OSZE-Raum sowie aus

Afghanistan. Wir helfen ihnen beim Ausbau ihrer Kompetenzen und bei der Erweiterung ihrer Netzwerke, weil wir auf allen Entscheidungsebenen mehr Frauen brauchen.

Ich könnte noch viele weitere Beispiele anführen – aus Themenbereichen wie Cybersicherheit, Konnektivität, Korruptionsbekämpfung und vielen mehr. Doch Sie sind sich des Nutzens der OSZE ja bewusst und wissen, dass wir trotz der Herausforderungen, vor denen wir stehen, weiterhin greifbare Ergebnisse erzielen.

Als Generalsekretärin bin ich die leitende Verwaltungsbeamtin der OSZE. Ich bin ungeheuer stolz auf unser Personal im Sekretariat, in den Feldmissionen und in den Institutionen. Ihm ist es letztlich zu verdanken, dass wir den Widrigkeiten zum Trotz derart konstant einen solchen Mehrwert schaffen können.

Ich bemühe mich seit jeher beharrlich um die Verbesserung der Arbeitsabläufe im Sekretariat und in der gesamten OSZE. Wie bei meinem Amtsantritt versprochen, habe ich unsere internen Strategien modernisiert, mit besonderem Augenmerk auf Wirksamkeit, einschließlich ergebnisorientiertem Management und Evaluierung. Im Einklang mit meiner Fürsorgepflicht haben wir die OSZE-interne Rechtspflege überarbeitet und einen Nulltoleranz-Ansatz in Bezug auf alle Arten von Belästigung umgesetzt.

Wir haben auch die funktionale Überprüfung des Sekretariats abgeschlossen; dabei handelt es sich um einen zweistufigen Änderungsprozess, in den sich weite Teile des Sekretariatspersonals mit eigenen Beiträgen einbrachten. Die Ergebnisse umfassen viele Verbesserungen bei den Abläufen, den Systemen, den Strukturen und der Arbeitsorganisation im gesamten Sekretariat. All dies wurde erreicht, ohne dass der Organisation zusätzliche Kosten angefallen wären.

Innerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs suchen wir stets nach Wegen, die Arbeitsweise der OSZE zu verbessern und ihre Effizienz und Effektivität zu erhöhen. Es besteht jedoch ein hoher Reformbedarf in Belangen, in denen es auf Sie, die Teilnehmerstaaten, ankommt.

Was die Ressourcen betrifft, so verzeichnen wir Rekordbeträge an außerbudgetären Beiträgen; diese haben sich während meiner Amtszeit verdoppelt. Auch wenn ich dies als Zeichen des Vertrauens sehe und allen, die sich so großzügig zeigen, wirklich dankbar bin, kann dies doch kein Ersatz für einen ordnungsgemäßen Haushalt sein. Wie Sie wissen, ist seit 2021 kein Gesamthaushaltsplan mehr verabschiedet worden.

Infolgedessen müssen wir mit Ressourcen arbeiten, deren Höhe schlichtweg nicht nachhaltig ist. Um die Inflation und andere steigende Ausgaben auszugleichen, mussten wir in diesem Jahr einen Sonderfonds einrichten, um unsere wesentlichen Betriebskosten decken zu können. Ich bin den Teilnehmerstaaten, die zu diesem Sonderfonds beigetragen haben, zutiefst dankbar – nur so konnten wir 2023 der Insolvenz entgehen. Aber so kann man eine Organisation nicht führen.

Obwohl wir unsere Gehaltstabellen denen der Vereinten Nationen angleichen sollten – wie die Teilnehmerstaaten vereinbart haben –, ist uns das nicht möglich. In manchen unserer Feldmissionen liegt die Quote gerade einmal bei sechzig Prozent. Dass wir nach wie vor derart hervorragendes Personal haben, ist bemerkenswert – aber nicht nachhaltig. Wir verlieren überall in der Organisation Bedienstete – Menschen, die die Arbeit der OSZE gerne unterstützen würden, sich das aber schlicht nicht leisten können.

Es gibt Mittel und Wege, um diese und andere Herausforderungen anzupacken, aber dazu brauchen wir Ihre Unterstützung.

Verehrte Ministerinnen und Minister,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

zum Abschluss meines Berichtes an Sie möchte ich sagen, dass ich überzeugter denn je bin, dass die OSZE ein maßgeblicher Teil der Sicherheitsarchitektur ist.

Unser einzigartiger Beitrag wird dringender gebraucht als je zuvor.

Ich bin stolz auf die Arbeit, die wir leisten, die Ergebnisse, die wir erzielen, und die Wirkung, die wir in mannigfaltiger Hinsicht im gesamten OSZE-Raum entfalten. Diese Organisation verfügt über ein eminent wichtiges Instrumentarium zur Unterstützung von Frieden und Sicherheit. Sie bringt alle für die Sicherheit in Europa und Eurasien wesentlichen Akteure – einschließlich unserer Kooperationspartner – an einen Tisch. Herr Vorsitzender, lieber Bujar, ich möchte Dir noch einmal für Deine Gastfreundschaft danken – und auch für Deine engagierte Führung in diesem ganzen Jahr.

Die OSZE war und ist eine Kraft, die leise, aber wirkungsvoll Veränderungen für so viele Bürgerinnen und Bürger im gesamten OSZE-Raum anstößt. Es geht in der Tat um die Menschen. Mit Ihrer Unterstützung kann die OSZE einen entscheidenden Beitrag zu einer besseren Zukunft leisten.

**SCHREIBEN DER VORSITZENDEN  
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION AN DEN  
MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
NORDMAZEDONIENS UND VORSITZENDEN DES  
DREISSIGSTEN TREFFENS DES MINISTERRATS DER OSZE**

(Anhang 22 zu MC(30) Journal vom 30. November und 1. Dezember 2023)

Als Vorsitzende des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) beehre ich mich, Sie über die Arbeit des Forums im Jahr 2023 zu informieren.

Dieses Schreiben entstand in Abstimmung mit den beiden anderen FSK-Vorsitzen im Jahr 2023, Bosnien und Herzegowina und Bulgarien. Wir haben 2023 eng zusammengearbeitet, um bei der Umsetzung des Jahresarbeitsprogramms des Forums für Kontinuität und Effizienz zu sorgen.

Es war dies das zweite Jahr, in dem die Tätigkeit des FSK vor dem Hintergrund der beispiellosen Sicherheitslage und der noch nie dagewesenen geopolitischer Spannungen stattfand, die sich aus dem ungerechtfertigten und durch nichts provozierten Krieg gegen die Ukraine ergeben haben, den Russland am 24. Februar 2022 begonnen hat. Dieser Krieg wirkt sich weiterhin nachteilig auf die gesamte Sicherheitsarchitektur in Europa und darüber hinaus aus und gefährdet das kooperative Sicherheitskonzept, das dieser Organisation zugrunde liegt. In Reaktion auf diese beispiellose Sicherheitslage war die Arbeit des FSK in enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Ständigen Rates und dem OSZE-Sekretariat vom Gedanken getragen, sein Mandat angesichts der gegenwärtigen Sicherheitsherausforderungen zu schützen. Alle drei FSK-Vorsitze hoben immer wieder die Rolle des FSK bei der Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Demokratie hervor und förderten den in seinem Rahmen geführten Dialog über die Sicherheit im gesamten OSZE-Raum.

Unter Wahrung der Rolle des FSK als wichtiger Plattform für den Informations- und Meinungsaustausch zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten fanden zusätzlich zum Austausch über den Krieg gegen die Ukraine unter dem FSK-Tagesordnungspunkt „Allgemeine Erklärungen“ insgesamt zwölf Sicherheitsdialoge statt<sup>1</sup>.

Alle drei FSK-Vorsitze hoben die Bedeutung von Antiminenmaßnahmen und der Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) hervor, wobei jeder von ihnen jeweils einen

---

1 Die Themen der Sicherheitsdialoge im Jahr 2023 waren: Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Lagerbestände konventioneller Munition in Südosteuropa; der OSZE-Verhaltenskodex und der Sicherheitssektor; Antiminenmaßnahmen; \*gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates zu UNSCR 1325/Frauen und Frieden und Sicherheit; die Schwarzmeerregion – sicherheitspolitischer Ausblick; Aufbau von Kapazitäten auf dem Gebiet der humanitären Minenräumung; OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (humanitäres Völkerrecht, private Militär- und Sicherheitsunternehmen); UNSCR 1325/Frauen, Frieden und Sicherheit; \*gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates zum Thema Sicherheit und Umwelt; Maßnahmen zur Minenräumung (mit Schwerpunkt auf den Auswirkungen auf Kinder); Frauen und Frieden und Sicherheit; \*gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates zu den Auswirkungen des Krieges auf die psychische Gesundheit.

Sicherheitsdialog zu diesem Themenbereich abhielt: Bosnien und Herzegowina über Südosteuropa, Bulgarien über den Aufbau von Kapazitäten und Kanada über die Auswirkungen auf Kinder.

Alle drei FSK-Vorsitze legten angesichts der fortgesetzten Konflikte in der Region besonderes Augenmerk auf die Bedeutung des humanitären Völkerrechts, wobei sie sich von den Normen und Prinzipien leiten ließen, die im OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit verankert sind.

Seit dem letzten Ministerratstreffen der OSZE haben einige Teilnehmerstaaten unterschiedliche Initiativen entwickelt, um durch Aktualisierung des freiwilligen Fragebogens zur Durchführung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats die Umsetzung der bestehenden politisch-militärischen Verpflichtungen auf dem Gebiet des Informationsaustauschs über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zu unterstützen. Um das Bewusstsein für das Thema Kinder in bewaffneten Konflikten zu schärfen, hat der zuständige Freundeskreis einen neuen freiwilligen Fragebogen zum Thema Kinder in bewaffneten Konflikten entwickelt.

Im Interesse einer höheren Sensibilität und eines breiteren Verständnisses für die zerstörerischen Auswirkungen von Kriegen und ihrer Folgen befassten sich zwei gemeinsame Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates mit den wichtigen Themen des Zusammenhangs zwischen Sicherheit und Umwelt (unter dem bulgarischen FSK-Vorsitz) und der Auswirkungen des Krieges auf die psychische Gesundheit (unter dem FSK-Vorsitz Kanadas).

Alle drei FSK-Vorsitze veranstalteten Sicherheitsdialoge – einen davon (unter dem Vorsitz von Bosnien und Herzegowina) im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des FSK und des Ständigen Rates – über das Thema der Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates und der Förderung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit im Sinne einer vollen, gleichberechtigten und bedeutsamen Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung über Sicherheitsfragen im OSZE-Raum. Im gesamten Jahresverlauf unterstützten die FSK-Vorsitze das Ausbildungsprogramm 2023 im Rahmen des OSZE-Stipendiums für Frieden und Sicherheit, das Nachwuchskräfte, insbesondere Frauen, zur bedeutsamen Teilhabe an politischen, Planungs- und Umsetzungsprozessen auf dem Gebiet der Konfliktverhütung und -lösung durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung im OSZE-Raum ermächtigt.

Unter den Vorsitzen Bosnien und Herzegowina und Bulgarien legte das FSK bei seiner Arbeit außerdem den Fokus auf die regionale Sicherheit in Südosteuropa beziehungsweise in der Schwarzmeerregion.

Die Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation wurde durch die Abnahme des Vertrauens unter den Teilnehmerstaaten beeinträchtigt. Trotz der Bemühungen der FSK-Vorsitze im Jahr 2023 fanden drei von fünfzehn vorgeschlagenen Sicherheitsdialogen nicht statt, weil ein Teilnehmerstaat den Tagesordnungen der entsprechenden Treffen nicht zustimmte. Die jeweiligen FSK-Vorsitze veranstalteten, unterstützt von der FSK-Troika, Nebenveranstaltungen über den Nutzen subregionaler Initiativen zur Rüstungskontrolle, das humanitäre Völkerrecht mit besonderem Schwerpunkt auf der Befehlsverantwortung sowie das Thema Informationsintegrität im militärischen Bereich.

Der Austausch militärischer Informationen wurde mit hoher Intensität fortgesetzt, auch wenn sich einige Teilnehmerstaaten angesichts der gegenwärtigen Sicherheitslage dafür

entschieden, entweder gar keine Informationen auszutauschen oder sie nicht allen Teilnehmerstaaten zu übermitteln. Das OSZE-Informations- und -Berichterstattungssystem (iMARS) wurde weiterentwickelt, wobei die Bemühungen darauf abzielten, den Zugriff der Staaten über das OSZE-Kommunikationsnetz auszuweiten und *Data Loader* zur täglichen Aktualisierung von iMARS mit eingehenden Daten zu schaffen.

Das FSK unterstützte weiterhin die Arbeit der OSZE in der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit auf dem Gebiet der praktischen Hilfestellung bei der Kontrolle von SALW und Lagerbeständen konventioneller Munition. Die Hilfsprojekte der OSZE im SALW- und SCA-Bereich leisteten auch 2023 stetige Unterstützung. Die OSZE verwaltete 2023 ein Portfolio von 19 Hilfsprojekten im Wert von 52 Millionen Euro mit einem breiten Spektrum an maßgeschneiderten technischen Hilfeleistungen für den gesamten OSZE-Raum. Mehrere Projekte sollen eine sichere Verwaltung von Lagerbeständen von SALW und SCA durch die Verbesserung von Infrastruktur, Material und Ausrüstung in Lagerstätten sowie die Einrichtung von Laboren zur chemischen Analyse der Stabilität von SCA und deren Überwachung gewährleisten. Ein wichtiger Teil des Projekts war die Unterstützung der Bemühungen um die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW im gesamten OSZE-Raum. Zentralasien erhielt beträchtliche Unterstützung bei der Bekämpfung der Bedrohungen und Risiken durch den potenziellen Schmuggel mit SALW und SCA von Afghanistan aus sowie bei der Verbesserung der physischen Sicherheitsvorkehrungen für SCA. Auch in Südosteuropa wurden konsequent Fortschritte erzielt. Weitere Informationen und Einzelheiten zu den einzelnen SALW- und SCA-Hilfsprojekten sind jederzeit über das SALW-Portal (<https://salw.osce.org/>) erhältlich.

Im Jahr 2023 waren bei den Plenarsitzungen des FSK und den Koordinierungssitzungen der politisch-militärischen Kontaktstellen im Durchschnitt 30 Prozent der Teilnehmenden Frauen und 70 Prozent Männer. Bei den im Rahmen der Sicherheitsdialoge und/oder der Nebenveranstaltungen zu den Podiumsdiskussionen eingeladenen Fachleuten betrug der Frauenanteil 2023 38 Prozent, der Männeranteil 62 Prozent.

Die Sicherheitslage machte es 2023 unmöglich, die FSK-relevanten jährlichen Treffen abzuhalten. Trotz größter Bemühungen kam jeder Vorsitz letztlich zu dem Schluss, dass angesichts der gegenwärtigen Sicherheitslage keine Einigkeit über die Abhaltung dieser Treffen bestand. In Ermangelung eines jährlichen Treffens wurde für die Teilnehmerstaaten, die Kooperationspartner, das OSZE-Sekretariat und die Feldoperationen eine informelle Unterrichtung über die SALW- und SCA-Projekte in der OSZE veranstaltet. Da kein Konsens über die Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zustande kam, wurde in der zweiten Sitzung ein eigens diesem Thema gewidmeter FSK-Sicherheitsdialog abgehalten.

Die FSK-Vorsitze möchten die Arbeit des Konfliktverhütungszentrums an der Entwicklung sowohl einführender als auch vertiefender E-Learning-Module zu FSK-relevanten Themen würdigen, mit deren Hilfe die Wissensvermittlung unter anderem zum Austausch militärischer Information, zum Wiener Dokument und den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, zu SALW und SCA, zur konventionellen Rüstungskontrolle und zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit systematischer gestaltet werden soll. Bisher haben mehr als 1 000 Personen, darunter 350 Frauen aus 48 Teilnehmerstaaten, an dem Programm teilgenommen. Diese ausgezeichneten Hilfsmittel stehen den Delegierten der Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner in Wien, den nationalen Kontaktstellen in ihren Hauptstädten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verifikationszentren in englischer und russischer Sprache zur Verfügung.

Leider musste das Forum 2023 den Rücktritt eines Vertragsstaats vom Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa miterleben, gefolgt von der Aussetzung des Vertrags seitens einer großen Mehrheit der übrigen Vertragsstaaten. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa ist eine der tragenden Säulen des OSZE-Rahmens für Rüstungskontrolle.

Abschließend sei festgehalten, dass das Forum für Sicherheitskooperation sich weiterhin zu seiner Funktion als wichtige Plattform für den Dialog und die Beschlussfassung in der ersten Dimension bekennt, in deren Rahmen die Teilnehmerstaaten politisch-militärische Sicherheitsfragen erörtern, Sicherheitsbesorgnisse zur Sprache bringen und einander hinsichtlich der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in die Verantwortung nehmen können.